ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Benjamin-Immanuel Hoff
Horst Kahrs
Andreas Stahl

www.benjamin-hoff.de
www.horstkahrs.de, kahrs@roalux.de
Andreas.stahl@rosalux.de

Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I. Zusammenfassung der Wahlergebnisse und erste Bewertung ... 3

1. Ergebnisse im Überblick ... 3
2. Ausblick auf die Koalitionsbildung in den drei Ländern ... 7
3. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf den Bundesrat ... 9

II. Wahlkampf und Erkenntnisse der Vorwahlbefragungen ... 10

1. Anmerkungen zu den Wahlkämpfen der Parteien ... 10
2. Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“ ... 14
3. Zufriedenheit mit der Landesregierung ... 18

3.1. Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Parteianhänger/-innen ... 19
3.2. Wechselstimmung: Welche Partei sollte die nächste Landesregierung führen? ... 21
3.3. Grundstimmung ... 22

4. Vergleich der Spitzenkandidat/-innen ... 23

4.1. Direktwahl Ministerpräsident/-in ... 23
4.2. Profilvergleich Amtsinhaber/-in und Herausforderer/-in ... 25

5. Koalitionspräferenzen ... 26

III. Erste Analyse der Wahlergebnisse ... 29

1. Das Wahlergebnis im Spiegel der Vorwahlen ... 29
2. Erkenntnisse der Wahltags-/Nachwahlbefragungen ... 32

2.1. Wanderungsbilanzen ... 32
2.2. Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses ... 36

IV. Ausgewählte Aspekte der Wahlergebnisse ... 41

1. Die AfD nach den Landtagswahlen vom 03. März 2016 ... 41
2. Der Einfluss der Flüchtlingspolitik auf das Ergebnis der Landtagswahlen ... 55

3. Erwartungen und Bewertungen politischer Kommentatoren 67

3.1. Die Wahlen als politischer Richtungswechsel 67
3.2. Die Bedeutung der Wahlen für Merkel und die CDU 70
3.4. Die Bedeutung der Wahlen für die AfD 74
3.5. Die Bedeutung der Wahlen für Die Linke 75

V. Hintergründe und Rahmenbedingungen 77

1. Die Wahl- und Parteiensysteme 77

1.1. Baden-Württemberg 77
1.2. Rheinland-Pfalz 83
1.3. Sachsen-Anhalt 86

2. Sozioökonomische Rahmendaten 89

»Wahlnachtberichte«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 in loser Folge zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Die Autoren geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Ältere Ausgaben der Wahlnachtberichte sowie weitere Texte zu Wahlen, Struktur und Entwicklung der Wähler/-innenschaft etc. finden sich u.a. hier:

http://www.benjamin-hoff.de; http://www.horstkahrs.de;
https://www.rosalux.de/staatdemokratie/parteienwahlanalysen.html

Autoren

Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und seit 2014 Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Staatskanzlei beim Freistaat Thüringen. Zuletzt erschien von ihm beim Hamburger VSA-Verlag „die linke: partei neuen typs? milieus-strömungen-parteireform“. Kontakt: benjamin.hoff@sussex.ac.uk

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot.. Kontakt: kahrs@rosalux.de

Andreas Stahl studiert in Trier Philosophie, Politikwissenschaften und Soziologie. Er interessiert sich innerhalb und außerhalb des Studiums für kritische, linke Gesellschaftsanalyse und betreibt mit Anderen die Website www.rosasalon.de

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 13./14. März 2016 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

I. Zusammenfassung der Wahlergebnisse und erste Bewertung

1. Ergebnisse im Überblick

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahlen am 13.03.2016

Baden-Württemberg								
	Wahl-beteilig.	Grüne	CDU	SPD	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
Stimmenanteile in %								
2016	70,4	30,3	27,0	12,7	8,3	2,9	15,1	3,7
2011	66,2	24,2	39,0	23,1	5,3	2,8	-	5,6
Differenz	4,2	6,1	-12,0	-10,4	3	0,1	15,1	-1,9
Sitze								
2016	143	47	42	19	12	-	23	-
2011	138	36	60	35	7	-	-	-
Differenz	5	11	-18	-16	5	-	23	-
Rheinland-Pfalz								
	Wahl-beteilig.	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere
Zweitstimmen in %								
2016	70,4	36,2	31,8	5,3	6,2	2,8	12,6	5,1
2011	61,8	35,7	35,2	15,4	4,2	3,0	-	6,4
Differenz	8,6	0,5	-3,4	-10,1	2	-0,2	12,6	-1,3
Sitze								
2016	101	39	35	6	7	-	14	-
2011	101	42	41	18	-	-	-	-
Differenz	0	-3	-6	-12	7	-	14	-
Sachsen-Anhalt								
	Wahl-beteilig.	CDU	LINKE	SPD	Grüne	FDP	AfD	Andere
Zweitstimmen in %								
2016	61,1	29,8	16,3	10,6	5,2	4,9	24,2	9,0
2011	51,2	32,5	23,6	21,5	7,1	3,8	-	11,5
Differenz	9,9	-2,7	-7,3	-10,9	-1,9	1,1	24,2	-2,5
Sitze								
2016	87	30	17	11	5	-	24	-
2011	105	41	29	26	9	-	-	-
Differenz	-18	-11	-12	-15	-4	-	24	-
Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Zusammenstellung								

Die Landtagswahlen am 13. März 2016 waren die ersten Wahlen in Flächenländern seit der Europa-Wahl 2014 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen. Mit knapp 13 Millionen Wahlberechtigten war ein gutes Fünftel aller Wahlberechtigten Deutschlands zur Stimmabgabe aufgerufen. Die Wahlen 2014 mit ihren Erfolgen der „Alternative für Deutschland“ waren bereits von den Themen Zuwanderung und Flucht beeinflusst.

Die aktuellen Wahlen standen stark unter diesem bundespolitischen Thema. Insofern waren die bundespolitischen Erwartungen an die Ergebnisse hoch. Hinweise auf Zustimmung und Ablehnung für den Kurs der Bundesregierung wurden ebenso erwartet wie auf eine Neuordnung der Parteienlandschaft. Von den Wahlen in den beiden südwestdeutschen Flächenländern wurden Hinweise auf die weiteren Erfolgsaussichten der AfD einerseits und Wahlkampfstrategien für die Bundestagswahl 2017 andererseits erwartet.

Grundsätzlich kann festgehalten werden: Die Mehrzahl der vergangenen Landtagswahlen bestätigte rot-grüne Landesregierungen. Bei diesen Landtagswahlen wurden rot-grüne Landesregierungen zweimal abgewählt, in dem jeweils der kleinere Koalitionspartner stark ver-

lor. Auch in Sachsen-Anhalt halbierte sich das Ergebnis für die SPD und sanken die Grünen ab. Für Arithmetiker von Mitte-Links- oder Mitte-Rechts-Konstellationen ist bei diesen Landtagswahlen kein Honig zu saugen.

Die **Wahlbeteiligung** ist nicht zuletzt dank der Dominanz der bundespolitischen Auseinandersetzungen um Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik und der damit verbundenen Polarisierung in der Gesellschaft gestiegen, was bei rein landespolitisch geprägten Wahlkämpfen vermutlich nicht eingetreten wäre. Vorteile brachte die gestiegene Wahlbeteiligung für verschiedene Parteien.

Alle drei Regierungskoalitionen wurden abgewählt, wobei die Ministerpräsidentin und die Ministerpräsidenten – in unterschiedlicher Qualität – bestätigt wurden. Gewollt wird ein „kleiner" Regierungswechsel, der aber schwer zu machen sein wird. Die Landtagswahlen haben das Parteiensystem auf Landesebene erneut verändert. Es sind neue Viel-Parteien-Parlamente entstanden.

Unter diesen Bedingungen erfordert die Regierungsbildung bisher nicht gekannte Konstellationen, da in zwei Ländern die bisherige „Notlösung" einer Koalition aus CDU und SPD, die „große" Koalition, über keine Mehrheit mehr verfügen würde.

Zu beobachten ist auch eine gesteigerte Personalisierung: In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, den beiden benachbarten Ländern, ziehen der Amtsinhaber und die Amtsinhaberin ihre jeweiligen Parteien nach oben, während eben diese Parteien, SPD und Grüne, in dem jeweils anderen Land zweistellige Verluste einfahren.

Zudem legen mit Winfried Kretschmann und Malu Dreier zwei Personen stark bzw. leicht zu, die die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ausdrücklich unterstützten. Gleichzeitig verloren alle drei CDU-Spitzen, die sich mehr oder weniger deutlich vom Kurs der Kanzlerin abzusetzen versuchten.

Generell scheint keine der im Bundestag vertretenen Partei hinzugewonnen zu haben, in denen prominente Vertreter/-innen der Partei in der Flüchtlingspolitik mehr oder weniger demonstrativ Positionen mit Ähnlichkeit zur AfD bezogen haben. Dieser Aussage wird auch durch den baden-württembergischen Lokalkonflikt um die Aussagen des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer nicht widersprochen. Hier überstrahlte die Popularität des grünen Ministerpräsidenten. Signale in unterschiedliche Richtungen in einer die gesellschaftliche Stimmung stark polarisierenden Frage wurden nicht honoriert.

Die **AfD** zählt zu den großen Gewinnern des Wahlabends und ist nunmehr in der Hälfte der Landtage vertreten. Sie ist in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nun die drittstärkste parlamentarische Kraft. In Sachsen-Anhalt stellt sie zukünftig die zweitstärkste Fraktion. Die Furcht vor der Ausbreitung des Islam und vor durch weitere Flüchtlingszuwanderung wachsende Kriminalität bilden die hauptsächlichen Unterschiede. Die AfD bezog im Wahlkampf eine von den Bundestagsparteien klar unterschiedene Position, die Alexander Gauland am Wahlabend wiederholte: „Wir wollen keine Flüchtlinge aufnehmen." (ARD, 13.03.2016, 18:27) Dieses Alleinstellungsmerkmal machte sicherlich einen Teil des Wahlerfolges aus. Ein anderer Teil erklärt sich durch ihre Attraktivität für alle Protestwähler: Wer AfD wählte, konnte sich sicher sein, alle anderen Parteien mächtig zu ärgern und zu Reaktionen zu zwingen. Die AfD repräsentiert eine bedeutsame gesellschaftspolitische Minderheit und wurzelt in einer traditionsorientierten, wertkonservativen Grundströmung der Gesellschaft, die politisch heimatlos geworden ist. Insofern sind mit dem Wahlabend ihre Chancen gestiegen, sich auch nach Abklingen der Protestparteifunktion im Parteiensystem als 6-12%-Partei zu behaupten. Überdurchschnittlich stark schnitt sie unter männlichen und unter 45jährigen Wählern, unter Haupt- und Realschülern, Arbeitern und Arbeitslosen ab. Hier wurde sie teilweise sogar stärkste Partei.

Die **Grünen** sind in Baden-Württemberg erstmals stärkste Kraft geworden. Sie können im Ländle rund ein Drittel der Wählenden binden. In den beiden anderen Ländern schaffen sie den Einzug in die Parlamente nur knapp.

In Rheinland-Pfalz verlieren sie als kleinerer Koalitionspartner 10,1% und werden – sofern es nicht zur Bildung einer Ampel-Koalition kommen würde, nicht mehr in der Landesregierung vertreten sein.

Obwohl die Partei in Sachsen-Anhalt rund 2% verliert und nur knapp im Landtag vertreten ist, ist der erstmalige Wiedereintritt der grünen Partei in die Landesregierung seit der rot-grünen Minderheitsregierung 1994 bis 1998 im Rahmen einer sogenannten Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht unwahrscheinlich. Die grüne Spitzenkandidatin hat die Forderung nach zwei grünen Ministerien bereits am Wahlabend aufgestellt. Es ist anzunehmen, dass CDU und SPD nicht nur diesen Preis zahlen werden, um auf diesem Wege weiter regieren zu können.

Die **CDU** hat in den drei Ländern verloren. In Baden-Württemberg 12,0%, in Rheinland-Pfalz 3,4% und in Sachsen-Anhalt 2,7%. Seit der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin in Folge der Bundestagswahl 2005 hat die CDU bei den 33 Landtagswahlen 2006-2015 außerhalb von Bayern nur neunmal prozentual zugelegt (Durchschnitt +1,5%), aber 24 Mal verloren (Durchschnitt -5,3%).

Die Hoffnung, durch Wahlsiege von Julia Klöckner und Guido Wolf zusätzliche Machtpositionen erobern und so die innerparteilichen Auseinandersetzungen beruhigen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die Kämpfe um den „richtigen“ Kurs in der Union werden im Vorfeld der Bundestagswahlen zunehmen. Die Kanzlerin wird weiterhin unter erheblichem Druck stehen.

Die **SPD** muss erneut historische Verluste hinnehmen. Sie fällt in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt auf den jeweils niedrigsten Wert seit Bestehen der beiden Bundesländer. Erstmals ist die SPD in vier der 16 Bundesländer unter die 20%-Marke gefallen und erreicht dort jeweils weniger als 15% (Sachsen: 12,4%, Thüringen: 12,4%, Sachsen-Anhalt: 10,5%, Baden-Württemberg: 12,7%).

Die SPD wird sich verstärkt nicht nur der Frage gegenüber sehen, wie sie aus dem vielzitierten „25%-Ghetto“ herauskommen will, sondern sich auch die Frage gefallen lassen müssen, ob sie überhaupt noch „Volkspartei“ ist. Tatsächlich hat sich die Erosion sozialdemokratischer Wählerinnen- und Wählermilieus rapide fortgesetzt. Es zeigt sich, dass die Bindung schon länger nicht mehr über Geschichte, Programmatik und daraus gespeistem Image hergestellt werden kann, sondern allenfalls über Personen.

DIE LINKE hat ihre Wahlziele nicht erreicht. Sie verfehlt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den Einzug in die Landtage deutlich. Allerdings gewinnt sie in einigen Städten Baden-Württembergs deutlich hinzu, z.B. in Freiburg von 4,6% auf 8,4%. Über 5% erreicht sie auch in Heidelberg, Stuttgart und Tübingen – kleine Achtungserfolge in einem Bundesland, dessen Wahlkreisfarben nun schwarz und grün mit zwei blauen AfD-Einsprengseln in Pforzheim und Mannheim sind.

Mit der Haltung für offene Grenzen für Menschen in Not und gegen Rassismus traten alle ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten hervor, doch öffentlichkeitswirksam wurden aus Partei und Bundestagsfraktion auch andere Positionen vertreten. Die klassischen sozialen Themen spielten in diesem Wahlkampf nur in Gestalt von Etablierten-Vorbehalten gegenüber Fremden eine Rolle.

In Sachsen-Anhalt verliert die Linkspartei stark und fällt unter das Niveau von 1994. Sie ist damit so schwach wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr. Darüber hinaus verliert sie mit einem Drittel ihrer Stimmenanteile auch den Status als Oppositionsführerin an die AfD, hinter der sie mit Abstand drittstärkste Kraft wird. Die Landtagsfraktion reduziert sich um rund 10

Da auch SPD und Grüne Stimmenanteile verlieren, kann der angestrebte Regierungswechsel nicht erreicht werden. Rot-rote oder Rot-rot-grüne Regierungsmehrheiten sind mit diesen

Landtagswahlen stärker noch in die politische Ferne gerückt. Denn in allen drei Ländern haben die Parteien links von der Union verloren und ist populistische Politik, die sowohl gegen „die Eliten“ wie gegen „die Fremden“ mobilisiert, erstarkt. Das stellt die Partei vor neue strategische Aufgaben. Neben der sächsischen Linkspartei ist nun auch der Landesverband Sachsen-Anhalt der zweite ostdeutsche Landesverband der Partei ohne greifbare Regierungsoption.

Hinzu kommt als ostdeutsche Besonderheit, dass die Partei neben Sachsen nun auch in Sachsen-Anhalt deutlich unter die 20%-Marke gefallen ist. Sie kann dadurch maßgebliche Stimmungen in den ostdeutschen Flächenländern nicht mehr in gewohnter Weise abbilden und auffangen.

Verstimmung und Verbitterung gegen „die Politik“ und das Establishment treffen auch die LINKE. Das Gefühl, vom gesellschaftlichen Wandel nicht profitieren zu können, vom Wohlstandszuwachs abgehängt worden zu sein und sich mit nur prekärem Wohlstand durch einen Alltag kämpfen zu müssen, der von Schrumpfungserfahrungen geprägt ist, hat die Partei nicht politisch repräsentieren können wie in den 1990er Jahren, als die PDS eine ostdeutsche Entwertungserfahrung in „ostdeutsche Identität“ und Selbstbewusstsein transformieren konnte.

Kurzum: Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt hatte im Wahlkampf kein Strategie- oder Persönlichkeitsproblem, sondern ist konfrontiert mit

generell absinkender Mobilisierungsfähigkeit der Partei in Ostdeutschland

bundespolitischen Rahmenbedingungen, die mit dominierender CDU, ohne Wechselstimmung einerseits sowie konfrontiert mit einer erfolgreichen rechtspopulistischen Protestpartei, der AfD, andererseits ein Wachstum bei Wahlen äußerst erschweren.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass noch bis weit in den Herbst des vergangenen Jahres die Option eines Regierungswechsels zu rot-rot(-grün) mit den Händen zu greifen war. Anders als in Sachsen verfügt die Partei mit Oberbürgermeister/-innen, Landrät/-innen etc. über eine Verankerung im Land, die den seit 1990 weniger betonierten politischen Verhältnissen als in Sachsen geschuldet ist. Für die Landespartei stellt sich die Frage, wer in den künftig rauen politischen Verhältnissen im Landtag, die linke, demokratische Opposition zur ersten Schwarz-Rot-Grünen Koalition in Deutschland und in Auseinandersetzung zur rechtspopulistischen AfD wahrnehmbar repräsentieren wird. Wulf Gallert konnte nicht gewinnen. Verloren hat an diesem Wahlsonntag die gesamte Linkspartei – in allen drei Ländern.

Die **FDP** kann in allen drei Ländern im Vergleich zu 2011 zulegen. Im liberalen Stammland Baden-Württemberg erzielt sie 8,3%, in Rheinland-Pfalz 6,2%. In Sachsen-Anhalt verfehlt die Partei den Wiedereinzug in den Landtag knapp, steigert sich jedoch um 1,1% auf 4,9%. Die Liberalen haben bei den zwei Landtagswahlen des vergangenen Jahres (Hamburg +0,7%, Bremen +4,2%) und in diesen drei Landtagswahlen zugelegt. Sie sind nunmehr wieder in sechs Landtagen (BW, HB, HH, NW, RLP, SH) vertreten. Mit der FDP ist bei den nächsten Bundestagswahl wieder zu rechnen, zumal wenn sie die offenen Fragen der Koalitionsbildung in den drei Ländern für sich als „Liberale Partei der Mitte“ zu nutzen weiß.

2. Ausblick auf die Koalitionsbildung in den drei Ländern

Ob eine Wahl zu einem Regierungswechsel führt und wie groß dieser exekutive Wandel ausfällt, ist von mehreren Faktoren abhängig. Die Erhebung der „Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Regierung“ hat sich in Verbindung mit der Wahlbeteiligung als ein einigermaßen zuverlässiger Indikator dafür erwiesen, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht. Je geringer die Zufriedenheit mit der Landesregierung, umso höher die Wahrscheinlichkeit eines Regierungswechsels. Wobei die Wirksamkeit einer Wechselstimmung ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung abhängt, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen.

Gleichzeitig können externe Ereignisse, wie die Wahl neuer Parteien in das Parlament oder deutliche Verluste einer Partei bis zum Scheitern an der Sperrklausel trotz bestehender Wechselstimmung dazu beitragen, die bestehende Regierung zu stabilisieren, weil ein Wechsel unmöglich wird bzw. einen Regierungswechsel zu erzwingen, weil die amtierende Regierung trotz guter Zustimmung keine Mehrheit mehr aufweist. Desweiteren können Parteien an sich selbst scheitern und trotz Bereitschaft zur Zusammenarbeit kein mehrheitsfähiges Bündnis bilden, wofür die Nichtwahl von Heide Simonis im Jahre 2005 bzw. die gescheiterte rot-grün-rote Regierungsbildung in Hessen im Jahre 2008 sinnbildlich stehen.

Differenziert werden kann hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatik. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozialliberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatik der betreffenden Regierung.

Grundsätzlich ist in beiden westdeutschen Ländern eine Große Koalition jenseits der AfD denkbar – also ein Bündnis aus den beiden stärksten Landtagsfraktionen. In Sachsen-Anhalt ist aufgrund der Stärke der AfD und der koalitionspolitischen Unvereinbarkeit von CDU und Linkspartei eine Drei-Parteien-Koalition unumgänglich. Das Bündnis aus CDU und LINKE führen wir als „italienisches Modell“ im Hinblick auf den sogenannten Historischen Kompromiss der früheren KP Italiens mit der christdemokratischen Partei Italiens zwar auf – jedoch eher nachrichtlich.

Aufgrund der koalitionspolitisch eingeschränkten Mobilität in Sachsen-Anhalt kommt dort nur eine Koalition aus CDU, SPD und Grünen in Frage. Dieses Modell der lagerübergreifenden Kenia-Koalition entspringt allein der Zwangsläufigkeit einer Regierungsbildung jenseits der AfD, kann aufgrund dessen jedoch eine nicht unerhebliche Stabilität vermuten lassen, da keiner der Partner eine alternative Koalitionsmöglichkeit hat, solange die AfD für die CDU als nicht koalitionsfähig angesehen wird. Davon ist für Sachsen-Anhalt auszugehen.

Tabelle: Koalitionsoptionen nach den Landtagswahlen vom 13.03.2016

Baden-Württemberg						
Koalitionsoption	Sitze (143)	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
Grün-Schwarz	89	47	42	-	-	-
Grüne Ampel	78	47	-	19	12	-
Deutschland-Koalition	73	-	42	19	12	
Rheinland-Pfalz						
Koalitionsoption	Sitze (101)	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Große Koalition	74	39	35	-	-	-
Ampel-Koalition	52	39	-	6	7	-
Sachsen-Anhalt						
Koalitionsoption	Sitze (87)	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD
Kenia-Koalition	46	30	-	11	5	-
Italienische Koalition	47	30	17	-	-	-
CDU-AfD-Koalition	54	30	-	-	-	24
Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Zusammenstellung						

In Baden-Württemberg wird die CDU versuchen, um der Gefahr einer Juniorpartnerschaft mit den Grünen zu entgehen, eine sogenannte Deutschland-Koalition zu bilden. Inwieweit dies gelingt, wird wesentlich auch davon abhängen, ob die SPD bereit ist, ein solches Bündnis zu bilden, während die FDP, die im Ländle eher der Union zuneigt, den Preis einer grünen Ampel versuchen könnte so hoch zu treiben, dass eine Regierungsbildung unter Führung von Winfried Kretschmann verunmöglicht wird. Letztlich wird sich entscheiden, ob die Tatsache, dass die CDU die Wahl eindeutig verloren hat, eine solch normative Wirkung entfaltet, dass sich dem weder SPD, FDP oder die Union als Juniorpartner der Grünen entziehen können.

Demgegenüber stellt sich die Koalitionsbildung in Rheinland-Pfalz vergleichsweise überschaubar dar. Die SPD kann hier zwischen einer Großen Koalition mit der CDU wählen oder einem Bündnis mit Grünen und FDP. Es ist anzunehmen, dass die Grünen diese Option befürworten würden, auch wenn Bündnisse zwischen Grünen und der FDP traditionell schwierig sind. Die FDP selbst hat noch vergleichsweise junge Regierungserfahrungen mit der SPD und könnte insoweit für ein Bündnis mit der SPD aufgeschlossen sein – denn von einer Großen Koalition muss sie selbst als Oppositionspartei zwischen Grünen und AfD nicht zwangsläufig profitieren, zumal die Anhänger/-innen der Liberalen die Opposition gemeinhin weniger schätzen, als die Beteiligung an einer Regierung.

3. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf den Bundesrat

Die Landtagswahlen vom 13. März 2016 werden mit Auswirkungen auf die Stimmverhältnisse im Bundesrat haben. Das Mitte-Links-Lager umfasste bislang 40 Stimmen. Durch die Verluste für die Rot-Grünen Bündnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz schmilzt dieser Stimmenanteil auf 30 Stimmen ab. Damit hat Mitte-Links keine eigene Bundesratsmehrheit mehr.

Die Gruppe der Länder mit Großen Koalitionen könnte durch ein Bündnis von SPD und CDU in Rheinland-Pfalz gestärkt werden und auf 29 Stimmen kommen. Damit hätte diese Gruppe – ebenso wenig wie Mitte-Links – eine eigenständige Mehrheit im Bundesrat.

Ein Bündnis aus Grünen und CDU in Baden-Württemberg würde zur Bildung einer schwarz-grünen Gruppe mit 11 Stimmen führen. Andere Koalitions-Konstellationen würden die Diversität erhöhen und die klassischen Lagerbindungen abschwächen.

Bundesratszusammensetzung bis zu den Landtagswahlen vom 13. März 2016

Land	Stimmen	CSU	CDU / SPD	SPD / CDU	CDU / Grüne	SPD / Grüne	Grüne / SPD	SPD / Grüne / SSW	SPD / LINKE	LINKE / SPD / Grüne
			Große Koalition			Rot-Grün				
BW	6						6			
BY	6	6								
BE	4			4						
BB	4								4	
HB	3					3				
HH	3					3				
HE	5				5					
MV	3			3						
NI	6					6				
NW	6					6				
RP	4					4				
SL	3		3							
SN	4		4							
ST	4		4							
SH	4							4		
TH	4									4
Gesamt	**69**	**6**	**18**		**5**	**32**			**4**	**4**
		24				**40**				

Veränderungen könnten sich im Laufe des Jahres durch die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ergeben. Denkbar wäre, dass das Mitte-Links-Lager Zugewinne durch Regierungswechsel unter Einbeziehung von SPD, Grünen und Linkspartei erhält.

II. Wahlkampf und Erkenntnisse der Vorwahlbefragungen

1. Anmerkungen zu den Wahlkämpfen der Parteien

Die AfD griff die Omnipräsenz des Themas „Flüchtlinge“ dankbar auf und trieb eine Polarisierung der politischen Debatte durch ihre klare Frontstellung gegen Merkels „Wir schaffen das“ voran. Wie eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zeigt, gelingt der AfD dies vor allem durch die Heraufbeschwörung besonders drastischer Bedrohungsszenarien („geschwächte Polizei“, „räuberische Banden“, „Gender-Ideologie“, „Der Islam“ etc.) und damit einhergehenden Forderungen nach reaktionären Antworten („Rechtsstaatpartei“, „Grenzen sichern“, „Bürger schützen“ etc.) entlang der drei zentralen Narrative von „Sicherheit und Recht“, „gesellschaftlicher Ordnung“ und „Identität und Gemeinschaft“.[1] Während diese beschriebene Strategie in den Wahlkämpfen länderübergreifend galt, gab es jedoch Unterschiede in Hinblick auf die Intensität der jeweiligen Rhetoriken. Während die Programme in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg Rücksicht auf die größeren, historisch begründeten Vorbehalte gegenüber Rechtspopulisten in Westdeutschland nahmen und das Spektrum des Rechtskonservatismus bewusst kaum verließen, war in Sachsen-Anhalt von der nationalen Identität als „Kern unserer Existenz“ die Rede. Dieser Unterschied drückt sich auch in der Adressierung der Gruppen aus: Während die westdeutschen Verbände hauptsächlich rechtsbürgerliches Publikum erreichen wollten (obwohl sich auch hier rechtsextremes Klientel finden lässt), scheute sich der sachsen-anhaltische Verband um Spitzenkandidat André Poggenburg nicht, auch mit offen rechtsradikalen Gruppen bei Aufmärschen aufzutreten. In Sachsen-Anhalt ist zudem die Betonung sozialer Themen wie „sichere Arbeitsplätze“ oder „Mehr Kitaplätze“ sowie die Fokussierung auf ländliches Publikum („Ansiedlung von Landärzten“, „Erhalt von Schulen in ländlichen Regionen“ etc.) zu beobachten. Die Alltagserfahrungen „schrumpfender Regionen“ wurden angesprochen. Dies lässt den Schluss zu, dass man hier einen zwar noch neoliberal gefärbten („Bürokratieabbau für Selbstständige und Mittelständler“), aber mittelschichtorientierten, sozial-nationalen Wahlkampf mit klar rechtspopulistischer Rhetorik („konsequente Abschiebung illegaler Einwanderer und straffällig gewordener Asylbewerber“) vorfindet. Dies lässt sich für die Wahlkämpfe in Baden-Württemberg, und vor allem in Rheinland-Pfalz nicht behaupten. Viel eher fallen hier die fast übertriebene Betonung der eigenen Bürgerlichkeit („Wählen sie bürgerlich-konservativ“) als auch die wohl temperierte nationale Rhetorik auf, die durch Forderungen nach mehr direkter Demokratie, nach Stärkung der Polizei sowie nach „Sicherheit“ gefüllt wurde. Die drei Wahlkämpfe verbindet zudem das dezidiert traditionelle Familienbild. Markant war auch die im Vergleich zu den Wahlkämpfen 2013 auffallende Abwesenheit sozioökonomischer Themen bei gleichzeitiger Fokussierung soziokultureller Themen. Hinsichtlich des Grades der Personalisierung lässt sich festhalten, dass man den Eindruck der Fokussierung auf einzelne Gesichter vermeiden wollte. Obwohl André Poggenburg medial relativ häufig (nicht nur positive) Schlagzeilen machte, und sich der baden-württembergische Spitzenkandidat Prof. Dr. Jörg Meuthen schon aufgrund seines akademischen Status als auch seiner Position als Bundessprecher der Partei in der Berichterstattung wiederfand, zeugten vor allem die Wahlplakate von dieser entpersonalisierten Strategie. Keine Gesichter, dafür relativ emotionalisierte Slogans wie „Null Toleranz gegen Terror und Gewalt“ oder „Die Würde der Frauen ist unantastbar“ sind auf den stets einheitlichen Plakaten zu lesen. Dies verdeutlicht noch einmal den gewünschten „Draht zur Bewegung“, worunter insbesondere Pegida und ähnliche Proteste zu verstehen sind.

Zu kämpfen mit der polarisierenden Haltung der AfD in der Flüchtlingsdebatte hatte im Wahlkampf nicht zuletzt die CDU. Während man in Sachsen-Anhalt im Gegensatz zu den beiden anderen Ländern einen präsidialen Wahlkampf aus der „Pole Position“ heraus führen konnte, bei dem es nicht weiter ins Gewicht fiel, dass Ministerpräsident Reiner Haseloff an die Ausstrahlung seines Vorgängers Wolfgang Böhmer kaum heranreicht, weil der Wechselwille bei den WählerInnen eher gering war, waren die Herausforderin Klöckner in Rheinland-Pfalz und

[1] http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-02/alternative-fuer-deutschland-landtagswahlen-programm-rassismus-sexismus-nationalismus

der Herausforderer Wolf in Baden-Württemberg noch viel stärker unter Zugzwang, sich zur Flüchtlingspolitik Merkels zu positionieren, obwohl auch Haseloff zu einem der ersten KritikerInnen von Merkels Kurs zählte. Und das taten sie, allerdings nicht sehr konsequent. Noch im Herbst 2015 stand Klöckner voll hinter Merkels Kurs und verwies bei Asyldebatten auf humanitäre Aspekte, die eine Kontingentierung nicht zuließen. Doch mit zurückgehenden Umfragewerten für die CDU (und gleichzeitig steigenden Werten für die AfD) sah Klöckner sich gezwungen, ihren Kurs zu ändern. Gemeinsam positionierten sich Julia Klöckner und Guido Wolf drei Wochen vor den Wahlen in einer Erklärung („Plan A2") gegen die eigene Bundeskanzlerin, als sie grenznahe Registrierungszentren und Tageskontingente für Flüchtlinge forderten. Die Reduzierung der Flüchtlingszahlen gelinge nur durch eine Kombination aus „Herz und Härte". Diese symbolische Abgrenzung von Merkel wirkte sich jedoch weder positiv auf die Umfragen, noch auf die innerparteiliche Stimmung aus. Schon kurze Zeit später versuchten Klöckner und Merkel auf Wahlkampfveranstaltungen das Bild der Zerstrittenheit zu korrigieren. Abgesehen von diesen spezifischen Entwicklungen setzte der CDU-Wahlkampf länderübergreifend vor allem auf die Themen „Wohlstand", „Sicherheit", „Qualitätsoffensive" in der Bildungspolitik sowie auf die Betonung der Familie. Hinzu kam die Hervorhebung von kommunalpolitischen und ländlichen Interessen sowie der Themen Infrastrukturmaßnahmen, Bürokratieabbau und unternehmerische Interessen. Damit wird auch schon deutlich, welche Milieus im Wahlkampf vor allem adressiert werden sollten: Familien, UnternehmerInnen, (bildungs-)bürgerliche Mittelschichten sowie katholisches, ländliches Milieu. So präsentierte sich die CDU in diesen Wahlkämpfen als konservativ- liberale Volkspartei, die man in der „Transitzone" zwischen Merkel und Seehofer verorten könnte. Der Grad der Personalisierung war vor allem beim rheinland-pfälzischen Wahlkampf sehr hoch. So setzte man voll auf die Strahlkraft der bereits als mögliche Merkel-Nachfolgerin gehandelten, ehemaligen Weinkönigin Julia Klöckner, die auch in einem anderthalb minütigen TV-Spot inszeniert wurde und auf den Wahlplakaten als „Unsere neue Ministerpräsidentin" siegessicher posierte. Im Gegensatz dazu wirkte der Wahlkampf von Guido Wolf, der bloß auf zwei Wahlplakatversionen auftauchte, in Baden-Württemberg wenig personenzentriert.

Aus einer ebenfalls schwierigen Lage heraus musste die SPD ihren Wahlkampf führen. Der medialen Vereinnahmung des Flüchtlingsthemas durch die AfD hatte man wenig entgegenzusetzen. Während die Ministerpräsidentin Malu Dreyer und ihr rheinland-pfälzischer Landesverband es mit einer konsequenten Ausgrenzungspolitik (Dreyer weigerte sich, an einer TV-Debatte zusammen mit AfD-Spitzenkandidat Uwe Junge teilzunehmen) versuchten – und die Umfragewerte ihnen dabei Recht gaben – hatte vor allem die Bundespartei große Probleme, eine eigenständige Position in der Auseinandersetzung zwischen Bundeskanzlerin Merkel, Ministerpräsident Seehofer und der AfD einzunehmen und damit Gehör zu finden. So probierte man – angesichts des sukzessiven Abwärtstrends in den Umfragen – verschiedene Optionen: Einerseits verteidigte Gabriel Kanzlerin Merkel gegen ihre Parteifreundin Klöckner und warf dieser vor, Merkel „ständig in den Rücken"[2] zu fallen. An anderer Stelle forderte er wiederum ein „Sozialpaket für Deutsche"[3], mit der Begründung, dass man „Alteingesessene" nicht gegen ZuwanderInnen ausspielen dürfe, was man Gabriel anhand seiner Aussagen gerade selbst unterstellen könnte. In Rheinland-Pfalz verschaffte vor allem das Ansehen der Ministerpräsidentin der SPD gute Umfragewerte. In Baden-Württemberg wurde ein Teil der sozialdemokratischen Klientel eher vom grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann angesprochen. Und auch in Sachsen-Anhalt tat sich der SPD-Wahlkampf um Spitzenkandidatin Katrin Budde schwer aufgrund der fehlenden Alleinstellungsmerkmale zwischen reaktionärer AfD, souverän erscheinender CDU und oppositioneller Linken. Gerade dort also, wo man – wie Budde – relativ eindeutig Stellung bezog gegen restriktive Flüchtlingspolitik, wurde diese Haltung auch schon von der Linken eingenommen. Hinzu kamen in Sachsen-Anhalt interne Auseinandersetzungen zwischen der eher links positionierten Budde und dem in der Asylpolitik eher auf CDU-Seite stehenden Magdeburger Oberbürgermeister

[2] https://sigmar-gabriel.de/sigmar-gabriel-greift-julia-kloeckner-in-fluechtlingsdebatte-an-interview-in-der-allgemeinen-zeitung/

[3] http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article152705680/Gabriel-fordert-Sozialpaket-fuer-Deutsche-Merkel-blockt-ab.html

Lutz Trümper. Der „altgediente, machtbewusste und einflussreiche Sozialdemokrat“[4] Trümper trat sechs Monate vor den Wahlen aus der Partei aus. Derweil stellte sich die in Rheinland-Pfalz gefahrene Doppelstrategie – einerseits die konsequente Frontstellung gegen die AfD, andererseits der hochpersonalisierte Wahlkampf mit Malu Dreyer – als im Nachhinein durchaus erfolgreich heraus. Dreyer nahm die Vorlage Klöckners, Merkel zu kritisieren, dankbar an und stellte sich im Wahlkampf demonstrativ auf die Seite Merkels – ähnlich wie Kretschmann in Baden-Württemberg. Die für präsidiale Wahlkämpfe kennzeichnende Profilierung als kontrollierende Regierungschefin, die die wichtigsten Probleme im Griff zu haben scheint, ließ Dreyer (und Kretschmann) deutlich souveräner erscheinen als die „Koalition der Nervösen“.[5] In den Genuss dieses Positionsvorteils kamen weder Nils Schmid noch Katrin Budde, weswegen sich hier auch eine weitaus geringere Personalisierung des Wahlkampfes beobachten ließ, und man deswegen den allgemeinen Zustimmungsverlust der SPD auch im Vorwahlkampf viel stärker zu spüren bekam. Thematisch setzte man außerhalb der „Flüchtlingsdebatte“ vor allem auf Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, die Betonung der Gemeinschaft sowie die Themen „Wohnen“ und „Pflege“. Dabei blieben vor allem die Wahlplakate inhaltlich meist sehr vage und setzten viel eher auf die Ansprache eines gemeinsamen Bewusstseins als auf konkrete politische Forderungen. Zielgruppen der Kampagnen scheinen vor allem die ländliche und urbane Bildungsbürgerschicht, RentnerInnen, Eltern sowie (höhere) Angestellte und Beamte gewesen zu sein.

Für die Grünen stand der Wahlkampf im Licht divergierender Voraussetzungen. Während sich die sozialstrukturellen Besonderheiten und politischen Traditionen Baden-Württembergs als Glücksfall herausstellten, hatte man vor allem in Sachsen-Anhalt große Probleme, sich im Schatten der (traditionell) starken Linken in Szene zu setzen. In Rheinland-Pfalz litt man als Juniorpartner der Landesregierung zudem unter dem Zweikampf zwischen Dreyer und Klöckner. Müsste man die drei Wahlkämpfe in ein simples Rechts-Links-Schema einordnen und würde rechts anfangen, dann hätte man wohl zuerst über Baden-Württemberg zu sprechen. Der hoch personalisierte und präsidial geführte Wahlkampf rund um den „Landesvater“ Winfried Kretschmann polarisierte nicht zuletzt die eigene Partei. Kretschmann, der erste und bislang einzige grüne Ministerpräsident, erntete bereits im letzten Jahr dafür Kritik, den Asylrechtsverschärfungen im Bundesrat zugestimmt zu haben. In der „Flüchtlingsdebatte“ stellte er sich – sogar noch vehementer als Dreyer – auf die Seite der Kanzlerin und betete sogar jeden Tag für sie.[6] Deutlicher konnte er sich nicht als Statthalter Merkelscher Flüchtlingspolitik gegenüber verunsicherten Unions-Anhängern in Baden-Württemberg zeigen. Vermutlich nicht zuletzt deshalb stiegen die Zustimmungswerte der Grünen in Baden-Württemberg in den Wochen vor der Wahl immer stärker. Und auch sonst setzte Kretschmann im Wahlkampf thematisch neue Schwerpunkte – beispielsweise nannte er „erfolgreiche Unternehmen“ als zentralen Bezugspunkt. Heimatverbundenheit („Dem Land verpflichtet“), Konservatismus („Wir bauen auf Familien“), Naturliebe („Wir erhalten, was uns erhält“, (relative) Weltoffenheit („Sehe lachende Gesichter aus aller Welt und von hier“), grünes Wachstum („Unser Erfolg ist erneuerbar“) und wirtschaftlicher Liberalismus („Wissen ist unser Kapital“, „Innovation ist unsere Natur“) – all das vereinte die Person Kretschmann und förderte den Höhenflug der Grünen in Baden-Württemberg. Dagegen hatten die Grünen in Rheinland-Pfalz deutlich größere Schwierigkeiten, als Juniorpartner der SPD-Regierung einen herausstechenden Wahlkampf zu führen. Man beschränkte sich in der „Zweitstimmenkampagne“ hauptsächlich auf die grünen Kernthemen Umweltschutz („Eine Heimat, Ein Planet, Eine Chance“) und Bildungspolitik („Vor Ort, Gemeinsam, Gebührenfrei“) sowie offene Demokratie („Mutig, Bunt, Engagiert“). Die SpitzenkandidatInnen Eveline Lemke und Daniel Köbler konnten sich dabei kaum in Szene setzen. Bloß ein misslungener Vergleich von

[4] FAZ, 9. März, S. 3

[5] http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/CDU-Spitzenkandidaten-setzen-sich-von-Merkel-ab-article3191089.html

[6] http://www.tagesspiegel.de/politik/winfried-kretschmann-im-interview-ich-bete-jeden-tag-fuer-angela-merkel/12900668.html

Klöckners Forderungen mit Nazirhetorik brachte Lemke Ende Januar in die Schlagzeilen[7]. Und auch in Sachsen-Anhalt besann man sich auf grüne Kernthemen wie Tier- und Naturschutz („Für Mensch und für Tier"), Bildungspolitik („Für bessere Bildung – in der Stadt und auf dem Land"), Antifaschismus sowie Kritik am Freihandelsabkommen TTIP. Vor allem angesichts der starken AfD drehte sich der Wahlkampf hier um die „neuen Nazis" [8], wie Spitzenkandidatin Claudia Dalbert sie nannte. Das zeigt noch einmal deutlich die unterschiedlichen Gemengelagen, aus denen die Wahlkämpfe geführt wurden: Während es der Partei in Baden-Württemberg scheinbar nicht mehr genügte, bloß die herkömmliche, alternative Klientel zu erreichen, besann man sich in Sachsen-Anhalt darauf – und teilweise auch in Rheinland-Pfalz –, das links-alternative, antifaschistisch eingestellte (und engagierte) Milieu anzusprechen. In Baden-Württemberg agierte man im Wahlkampf hingegen viel stärker als „Volkspartei", die auch in konservativ-(neo-)liberalen Bevölkerungsschichten auf Zustimmung stoßen wollte.

Die Linke setzte in ihrem Wahlkampf länderübergreifend vor allem auf die bewährten Themen Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik sowie Integrationspolitik. Während der Wahlkampf in Sachsen-Anhalt auf den lange Zeit aussichtsreichen Spitzenkandidaten Wulf Gallert als kommenden Ministerpräsidenten zugeschnitten war, musste man sich außerhalb der Parlamente in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg anderer Mittel bedienen. Schlagzeilen erzielten da insbesondere die außergewöhnlichen Plakate der rheinland-pfälzischen Linken, die sowohl den Papst als auch Helmut Kohl abbildeten und zitierten. Für weitere Aufmerksamkeit dürfte zudem der Auftritt Gregor Gysis im Wahlwerbespot der Linken gesorgt haben. Inhaltlich war der Wahlkampf in Rheinland-Pfalz relativ breit gefächert: Es ging sowohl um bundes- und weltpolitische Themen wie TTIP („TTIP stoppen!"), Geflüchtete und Fluchtursachen („Flüchtlinge willkommen, Fluchtursachen bekämpfen!") und Außenpolitik („Wie lange wollt ihr den Frieden noch herbeibomben?") als auch um Landes- und Kommunalpolitik bei Fragen nach Infrastruktur („Kein Arzt? Kein Bus? Schluss!"), Pflege und Erziehung („Mehr Personal in Pflege und Erziehung") sowie nach Energie- und Wohnpreisen („Miete und Energie bezahlbar für alle."). Den Grad der Personalisierung des rheinland-pfälzischen Wahlkampfes um die SpitzenkandidatInnen Kathrin Mess und Jochen Bülow könnte man als relativ gering beschreiben – die Kampagne drehte sich stattdessen vor allem um das Narrativ „Sozial muss drin sein". Ähnliches lässt sich für Baden-Württemberg sagen: Obwohl mit Bernd Riexinger zumindest einer der SpitzenkandidatInnen – die zweite war Gökay Akbulut – durchaus bundesweite Prominenz genießt, kann der Wahlkampf nicht als besonders personalisiert betrachtet werden. Nur jeweils ein Wahlplakat war mit dem Namen „Bernd Riexinger" („Sozial, das muss drin sein") bzw. „Gökay Akbulut" („Aktiv gegen Sozialabbau und Rassismus") versehen. Die anderen Plakate beinhalteten meistens konkrete politische Forderungen („Befristung und Leiharbeit stoppen!", „Soziale Berufe besser bezahlen!", „Länger gemeinsam lernen! Kitas und Schulessen gebührenfrei.") und hatten vor allem das ökonomische Thema der „Bezahlbarkeit" zum Gegenstand. Die Kampagne rund um den Leitspruch „Sozial muss drin sein" bzw. „Das muss drin sein" war und ist bundesweit angelegt. Doch im sachsen-anhaltischen Wahlkampf stand vor allem Spitzenkandidat Wulf Gallert im Mittelpunkt, der auf Plakaten in teilweise ironischer Pose mit Attributen wie „Frauenversteher" „Wirtschaftskenner" oder „Brückenbauer" abgebildet wurde. Gallert führte einen offensiven, selbstbewussten Wahlkampf, der ihm schon die Zuschreibung des „Obama von Sachsen-Anhalt" [9] einbrachte. Er scheute dabei auch den von Linken häufig kritisierten Diskurs um Sicherheit nicht („Aufbruch, Sicherheit und Solidarität – dafür stehe ich"). Der Personalisierungsgrad ist hier als überdurchschnittlich zu bezeichnen – allerdings legte vor allem der Wahlwerbespot auch einen starken Fokus auf inhaltliche Punkte wie die Umverteilung von Wirtschaftsgewinnen („Wirtschaftswachstum wird nicht verteilt"), die Kritik an Kürzungen bei Hochschulen und Kultur („bei Hochschulen und Kultur wird gespart und kritische

[7] http://www.focus.de/politik/deutschland/eklat-im-wahlkampf-hitler-comic-gegen-kloeckner-gruenen-ministerin-lemke-schockt-mit-facebook-post_id_5251800.html

[8] http://www.taz.de/!5281278/

[9] http://www.deutschlandfunk.de/linken-politiker-wulf-gallert-der-obama-von-sachsen-anhalt.1773.de.html?dram:article_id=347428

Geister aus dem Land getrieben“) sowie an der fehlgeleiteten Integrationspolitik („Regierung gibt keine Antworten auf berechtigte Fragen zu Flucht und Asyl“). Der Wahlkampf wurde in Sachsen-Anhalt mit dem Vorhaben geführt, eine Regierungspartei und den Ministerpräsidenten zu stellen. Zielgruppen waren neben den ArbeiterInnenmilieus wohl auch urbane, bildungsbürgerliche Schichten und Intellektuelle. Die oppositionellen und im jeweiligen Parteiensystem eher marginalisierten (süd-)westlichen Verbände adressierten ähnliche Gruppen, aber im baden-württembergischen Wahlkampf fiel zudem der bewusst jugendkulturelle Wahlwerbespot auf, mit dessen Hilfe man anscheinend vor allem junge Menschen und alternative Milieus ansprechen wollte.

Die FDP legte bei ihrem Wahlkampf Wert darauf, als reorganisierte Vertreterin klassisch liberaler Themen wahrgenommen zu werden. Thematisch beschränkte man sich vor allem in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf die Felder Verkehrspolitik, Bildungspolitik und digitale Infrastruktur. In Sachsen-Anhalt spielte auch der Diskurs um Geflüchtete eine zentrale Rolle. Der sehr stark personalisierte Wahlkampf in Baden-Württemberg um den Spitzenkandidaten Dr. Hans-Ulrich Rülke setzte auf das Leitmotiv „Der nächste Schritt für unser Land“, das vor allem die Assoziation von Fortschritt erzeugen sollte. Bildungspolitisch legte man hier den Fokus auf die Forderung nach Chancengleichheit („Unser Ziel muss es sein, dass jedes Kind seines erreichen kann“), ohne dabei konkret zu werden. Auch in der Verkehrspolitik blieben die Aussagen inhaltlich uneindeutig („Es heißt Fahrzeug, nicht Stehzeug“), während man bei der digitalen Infrastruktur den Ausbau von Datenhighways („Schaffe, Schaffe, Datenhighway baue“) forderte. Allgemein fiel in BW zudem das häufige Auftreten von Wortspielen („Du kannst Rülke nicht ändern. Aber Rülke etwas im Land.“) und Reminiszenzen auf die glorreich dargestellte Geschichte der FDP auf, die schon ganz andere Krisen (als den Nichteinzug 2013 in den Bundestag) überstanden hätte. Auch in Rheinland-Pfalz blieben Forderungen im Wahlkampf eher vage, und auch hier war der Personalisierungsgrad des Wahlkampfes um den Spitzenkandidaten Volker Wissing relativ hoch. Die Themen waren mit Verkehrspolitik („Das Ende von Stauland-Pfalz“) und Wirtschaftspolitik („Geben wir jeder Idee die Chance, groß zu werden“) ähnlich klassisch liberal gelagert wie in Baden-Württemberg. Ansprechen wollte man scheinbar vor allem UnternehmerInnen, Selbstständige und liberal eingestellte, intellektuelle Milieus – der Fokus lag eher auf sozioökonomischen Fragen. In Sachsen-Anhalt waren hingegen angesichts der immer stärker werdenden AfD auch soziokulturelle Fragen zentral. Der Wahlkampf um Spitzenkandidat Frank Sitta lief ebenfalls relativ personalisiert ab. Die zentralen Themen waren jedoch etwas breiter gefächert als in den westlichen Ländern: Neben digitaler Infrastruktur („Highspeed-Internet im ganzen Land“) und dem „Gründergeist“ ging es auch um „Bürokratieabbau“ und „das Flüchtlingschaos“. Länderübergreifend auffällig war vor allem das in Sachsen-Anhalt besonders als „Vorwärtsruck“ betonte Narrativ des Fortschritts, das dem eines Stillstandes oder Rückschrittes in Form eines politischen Rechtsrucks entgegengesetzt werden sollte.[10]

2. Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

Die Rolle der bundespolitischen Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik zeigt sich in den Stimmungs- und Meinungsbildern, die die Umfrageinstitute mit den Antworten auf die Sonntagsfrage („Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären?“) zeichnen. Bis zum Herbst 2015 spielte die AfD nach ihren Wahlerfolgen 2013 und 2014 nicht in der Liga der Parteien, die in einem zukünftigen Landtag vertreten sein würden. Erstmals bei Befragungen, die Ende September/Anfang Oktober stattfanden, erzielte die AfD wieder Werte von 5% und darüber. Durch die Entscheidung der Bundeskanzlerin, die über Ungarn kommenden, unter katastrophalen humanitären Bedingungen flüchtenden Menschen nicht mit einer geschlossenen Grenze aufzuhalten versuchen, wurde das Zuwanderungs- und „Überfremdungsthema“ der AfD wiederbelebt. Es hatte bereits bei den Wahlen zum Eu-

[10] http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-sachsen-anhalt/fdp-als-gegenpol-zur-afd-bei-sachsen-anhalt-landtagswahl-2016-14073884.html

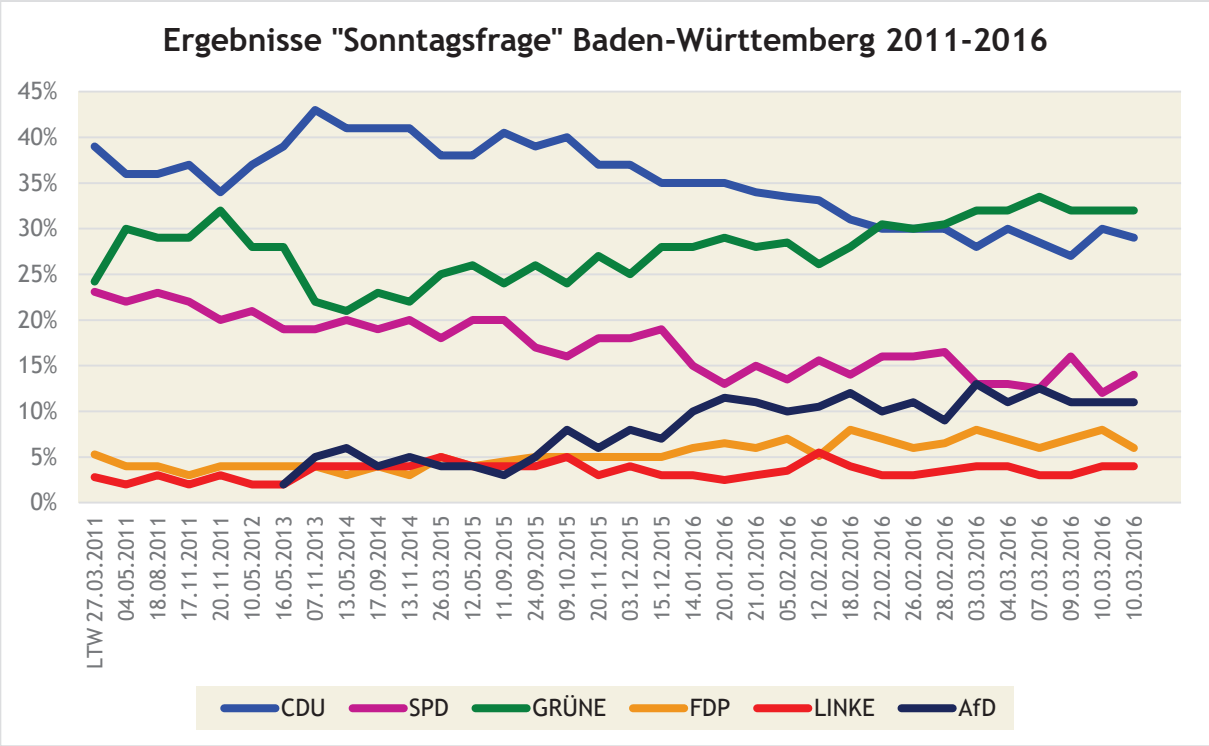
ropäischen Parlament in verschiedenen Landesverbänden der Partei eine herausragende Rolle gespielt.

Die insbesondere von der CSU angezettelte und radikalisierte Debatte um die Einführung von „Obergrenzen“ gab dem Anliegen der AfD Rückenwind. Bei den Umfragen im November und Dezember machte die AfD einen deutlichen Sprung über die Sperrklausel in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, in Sachsen-Anhalt erzielte sie zu diesem Zeitpunkt bereits zweistellige Stimmungswerte. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass mit ihr in den neuen Landtagen zu rechnen sein würde. Die Entwicklung der Umfragezahlen zeigte auch, dass die von der CSU eingenommene Oppositionsrolle in der Regierung nicht nur in die CDU ausstrahlte, sondern vor allem auch als Bestätigung für die AfD wirkte. Wer die Angriffe von Horst Seehofer auf die Kanzlerin teilte, konnte das am besten durch ein Votum für die AfD ausdrücken.

Die massierten organisierten Übergriffe von tief in patriarchalen Lebensweisen verwurzelten jungen Männer auf Würde und Eigentum von Frauen im öffentlichen Raum in der Silvesternacht waren der Auslöser für einen erneuten Schub für die AfD. Bis Ende Februar stiegen die Werte für die AfD in allen drei Bundesländern nochmals um durchschnittlich bis zu knapp fünf Prozentpunkten. Bei allen Unterschieden der Zustimmungswerte in den beiden Märzwochen (9%-11% in Rheinland-Pfalz, 11%-13% in Baden-Württemberg, 17%-19% in Sachsen-Anhalt) erfolgte die Bewegung dahin in allen drei Ländern nach dem gleichen zeitlichen Verlaufsmuster.

Eine zweite länderübergreifende Gemeinsamkeit lässt sich festhalten: die Abhängigkeit der großen Parteien von Personen. Während die SPD als Juniorpartner in Regierungen sowohl in Baden-Württemberg als auch in Sachsen-Anhalt eine Talfahrt in den Umfragen ertragen musste, wird die gleich Partei von ihrer Ministerpräsidentin Dreyer in Rheinland-Pfalz stabil gehalten und legt, je näher der Wahltag rückt, zu. Für die Grünen gilt dies noch mehr. Der grüne Ministerpräsident Kretschmann verschafft der Partei sogar einen Vorsprung der CDU und Werte von 32%, während sie in den beiden anderen Ländern sich der Sperrklausel nähert. Schließlich: Auch der CVDU-Ministerpräsident Haselhoff scheint am Ende einen Abwärtstrend der Union zu stoppen (wenn auch deutlich unter dem Ergebnis von 2011), während in den beiden anderen Ländern der Trend der CDU-Werte wieder nach unten zeigt.

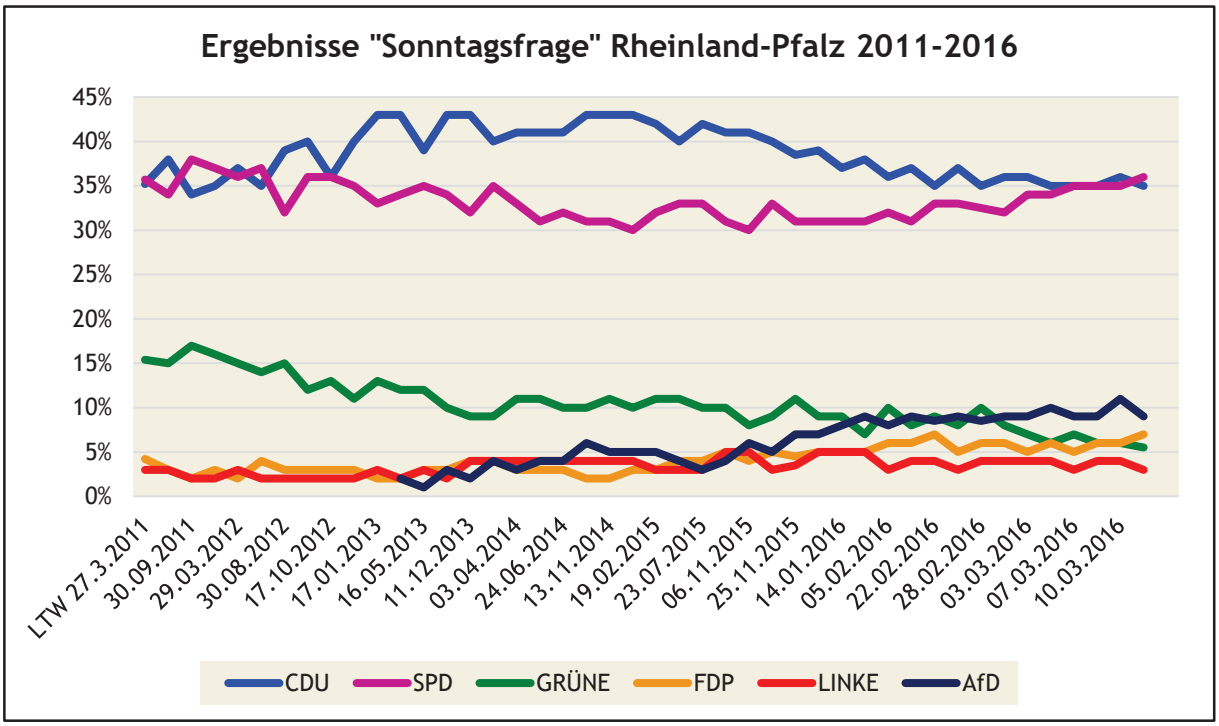
Eine dritte Gemeinsamkeit zeigte sich in allen drei Ländern: Bei hohen Zustimmungswerten für die Person des Ministerpräsidenten bzw. der Ministerpräsidentin erzielte die regierende Koalition in den Umfragen keine Mehrheit, nicht einmal die CDU/SPD-Koalition in Sachsen-Anhalt. Damit schufen die „Sonntagsfragen“ für die Wählerinnen und Wähler in allen drei Ländern eine außergewöhnliche Ausgangslage: Es war nicht besonders erfolgversprechend, bei der Stimmabgabe auf eine bestimmte Koalition zu setzen, da es keine dominierenden Wahrscheinlichkeiten gab, denn alle Parteien hatten eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen. Bis auf Rheinland-Pfalz, wo am Ende immer die klassische Lösung „Große Koalition“ möglich erschien, waren nur bisher völlig neue Koalitionen (arithmetisch) denkbar, entweder solche mit mehreren Parteien, oder eine GRÜNE-CDU oder gar CDU-LINKE. Gleichzeitig wurden solche außergewöhnlichen, ja „undenkbaren“ Konstellationen ausgeschlossen. Noch nie standen so viele Wähler und Wählerinnen vor einer Entscheidung, bei der so unsicher war, welche Parteien am Ende in welcher Konstellation regieren würden. Denn es ging ja nicht um die klassischen Alternativen Rotgrün oder Schwarzgelb. Wie stellte sich die Ausgangslage am Freitag vor der Wahl dar für alle, die noch nicht festgelegt waren oder bereits per Briefwahl entschieden hatten?

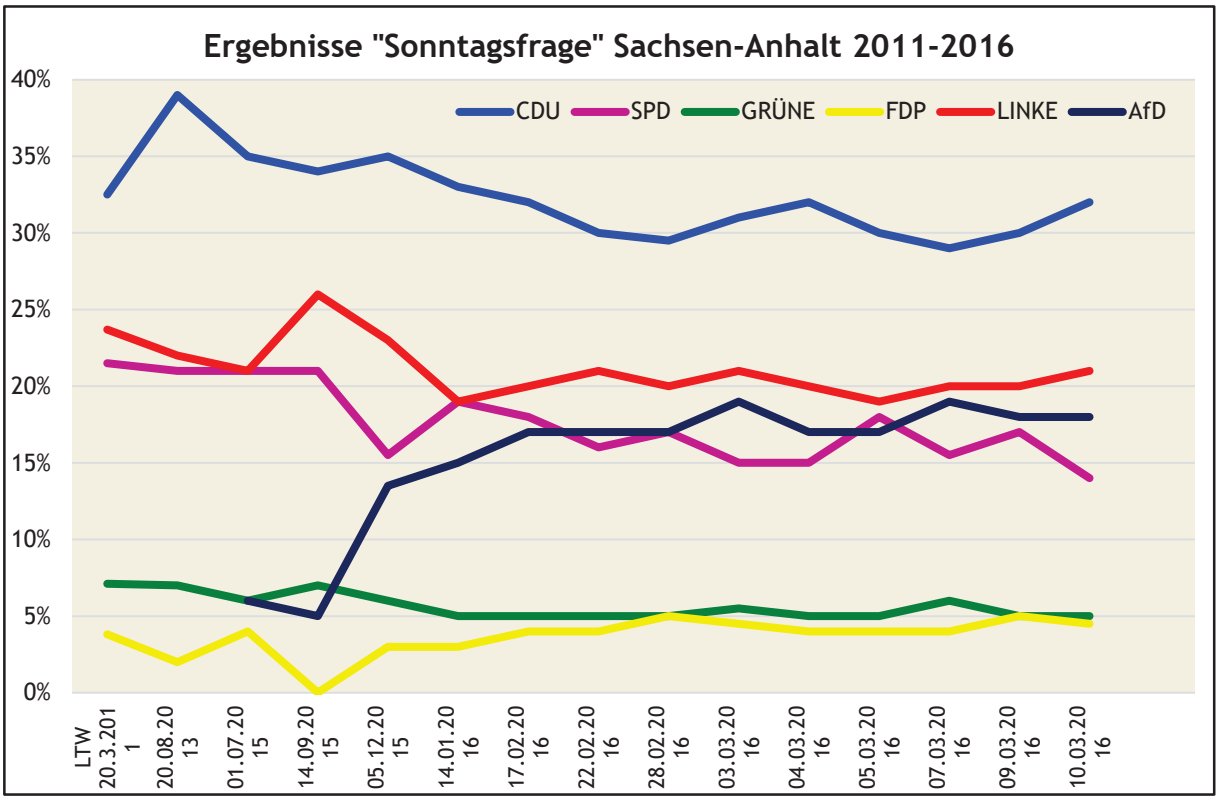


In **Baden-Württemberg** wurden die GRÜNEN zur „Kretschmann"-Partei. Politik und Person des Ministerpräsidenten machten die Partei auch für Menschen aus dem liberal-konservativen Spektrum wählbar. Interessant ist, dass der Aufschwung der Grünen mit dem Beginn der Krise der Flüchtlingspolitik einsetzt, parallel zum Aufstieg der AfD und dem beschleunigten Rückgang der Union. Möglicherweise hat die unentschiedene bzw. konfrontative Haltung der Südwest-CDU und ihres Spitzenkandidaten Wolf dazu beigetragen, dass Liberal-Konservative sich bei den Grünen besser aufgehoben fühlten. Die Union sank in den Umfragen auf ein historisches Tief. Die Sozialdemokraten haben weder ein landes- noch ein bundespolitisches Mittel gefunden, ihren Rückgang von einer „Ein-Viertel"- zu einer „Ein-Sechstel"-Partei, auf die 15%-Linie, umzukehren. Es ist ihre Schwäche, die eine Fortsetzung der grün-roten Koalition unwahrscheinlich macht. Allerdings: Die letzten Umfragen nährten die Hoffnung, dass es vielleicht doch noch reichen könnte. In der Wahlwoche werden 44% (YouGov, online), 46% (FGW) und 48% (Forsa) für Grün-Rot verkündet. CDU, FDP und AfD als weitere im Landtag vertretene Parteien kamen zusammen auf 49% (YouGov), 46% (FGW) und 45% (Forsa). DIE LINKE wurde mit 4% bzw. bei Forsa mit 3% bewertet. Eine Stärkung der Linkspartei würde, so die dargestellte Ausgangslage, fast automatisch zu einer Schwächung von Grün-Rot führen. Bei den veröffentlichten Umfragen lag DIE LINKE einmal bei Infratest (März 2015) bei 5%, ein zweites Mal bei INSA (für BILD) Anfang Oktober 2015. Bei den weiteren Umfragen der Institute, die regelmäßig Befragungen im Land durchführen, lag sie bei 3% („Botschaft": Das ist nicht zu schaffen) oder bei 4% („Botschaft": Vielleicht geht da doch noch was). Die Erholung der FDP von der Bundestagswahl 2013 setzte zeitgleich mit dem Aufstieg der AfD ein, in der zweiten Septemberhälfte 2015, sie erreichte allerdings nie mehr als 8%.

In Rheinland-Pfalz lag die CDU bis in den Spätherbst 2015 bei rund 40%, allerdings bereits mit Tendenz nach unten, aber immer 8-10 Prozentpunkte vor der SPD. Auch hier begann der Niedergang mit der Krise der Flüchtlingspolitik und erreichte des zuletzt gemessene Zustimmungsniveau Mitte Februar, als sich Julia Klöckner zusammen mit Guido Wolf in einem gemeinsamen Papier gegen die Kanzlerin positionierte. Danach stieg die AfD weiter an und die SPD zog am Ende gleich. Auch in Rheinland-Pfalz gilt, dass Rotgrün mit zuletzt 41% keine Mehrheit zu haben schien und ebenso wenig die knapp besser gewertet Schwarz-Gelb-Konstellation. Auch für Schwarzgrün gibt es keine Mehrheit. Insofern spitzt die Umfragelage in Rheinland-Pfalz die Wahlentscheidung für „Spätentscheider" auf die Frage zu: Welche Partei wird stärkste Partei und stellt die Ministerpräsidentin in einer Großen Koalition. DIE

LINKE lag im Frühherbst 2015 und zum Jahreswechsel bei 5% in den Umfragen, danach bei 3-4%, als deutlich entfernt von einem Parlamentseinzug.





Im Bundesland Sachsen-Anhalt wurde nur etwa ein Drittel so häufig wie in Rheinland-Pfalz die politische Stimmungslage erfragt. Mit näher rückendem Wahltag konnten sich die beiden verbliebenen „Volksparteien“ CDU und LINKE leicht von vorherigen Umfrageverlusten erholen. Die Sozialdemokraten verloren weiterhin. Vermutlich hat der Partei-Austritt des Magdeburger Oberbürgermeisters Trümper zu den schlechten Umfragewerten beigetragen. Aber die SPD dürfte auch an ihrer Rolle als kleinerer Koalitionspartner in einer „großen“ Koalition

leiden. Ihrem Selbstverständnis nach müsste sie eigentlich nach Wegen zu einer eigenen Mehrheit suchen, also eine Alternative zur Regierung aufbauen. Das vermag sie aber in Sachsen-Anhalt nicht, weil sie über ihr Verhältnis zur Linkspartei gespalten ist. Eine Fortsetzung der bisherigen Regierung scheint in Sachsen-Anhalt nach den Umfragen nur möglich, wenn weder Grüne noch FDP es in den Landtag schaffen. Andererseits ist auch die LINKE von ihrem Wahlziel, eine Koalition mit SPD und Grünen anzuführen, weit entfernt (40%) bei 50% für CDU und AfD. Da die CDU erklärt hat, nicht mit der AfD zu koalieren, standen in Sachsen-Anhalt Wählerin und Wähler, so sie noch nicht entschieden hatten, kurz vor dem Wahltag vor dem Dilemma, nicht zu wissen, welchen Ausgang sie mit ihrer Stimme unterstützen würden, außer dem eines möglichst guten Ergebnisses für die bevorzugte Partei - möglicherweise auch eine Konstellation, die die Entscheidung für eine neue Partei bzw. für die AfD erleichterte.

3. Zufriedenheit mit der Landesregierung

Bereits in früheren Wahlnachtberichten hatten wir darauf hingewiesen, dass für die Ermittlung des Vorhandenseins einer Wechselstimmung im Land der Zufriedenheit mit der Landesregierung im Land eine erhebliche Bedeutung zukommt.

In allen drei Ländern zeigt sich, dass mögliche Regierungswechsel in Folge der Märzwahlen ihre Ursache nicht in manifester Unzufriedenheit mit den betreffenden Landesregierungen hätten, sondern vielmehr in unzureichender Wähler/-innenbindung der SPD in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg bzw. der Grünen in Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem .

Zufriedenheit mit der Landesregierung – Ländervergleich

Baden-Württemberg	Sehr zufrieden	Zufrieden	Weniger zufrieden	Gar nicht zufrieden
März 2016	7	58	25	9
Januar 2016	5	56	29	8
Dezember 2015	5	55	28	9
Rheinland-Pfalz	**Sehr zufrieden**	**Zufrieden**	**Weniger zufrieden**	**Gar nicht zufrieden**
März 2016	5	56	25	11
Januar 2016	4	57	31	6
Sachsen-Anhalt	**Sehr zufrieden**	**Zufrieden**	**Weniger zufrieden**	**Gar nicht zufrieden**
März 2016	1	43	39	13
Februar 2016	2	46	41	9

Quelle: Infratest-dimap, LänderTREND

In Baden-Württemberg lag die Zufriedenheit (sehr zufrieden/zufrieden) mit der grün-roten Landesregierung in den Monaten vor der Wahl bei den Erhebungen von Infratest dimap zwischen 60% und 65%. Weniger als ein Drittel der Befragten gaben an, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden mit der von Winfried Kretschmann geführten Landesregierung zu sein.

Auch wenn die Zufriedenheit mit der Landesregierung in Rheinland-Pfalz nicht ganz so hoch ausfiel, konnte sich das rot-grüne Kabinett unter Malu Dreyer (SPD) auf Zufriedenheitswerte von jeweils 61% in den Monaten Januar und März 2016 stützen.

Zufriedenheit mit der Landesregierung Sachsen-Anhalt 2002-2016				
	SPD-Minderheits-regierung März 2002	CDU/FDP-Regierung März 2006	CDU/SPD-Regierung März 2011	CDU/SPD-Regierung März 2016
Sehr zufrieden/zufrieden	21	36	45	44
Weniger zufrieden/gar nicht zufrieden	77	62	53	52
Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/sachsen-anhalt/laendertrend				

Verglichen mit den beiden westdeutschen Ländern lag die Zufriedenheit für die von Rainer Haseloff (CDU) geführte große Koalition mit weniger als 50% deutlich niedriger. Da sich jedoch auch nach 25 Jahren die Wahlsysteme in Ostdeutschland hinsichtlich der Volatilität der Wählerinnen und Wähler weiterhin von denen in den alten Ländern unterscheiden, erscheint es sinnvoll, die Zufriedenheitswerte mit der aktuellen Landesregierung in Sachsen-Anhalt einzuordnen in eine längerfristige Betrachtung (vgl. vorstehende Tabelle). Dabei zeigt sich, dass das Kabinett Haseloff fast identische Zustimmungswerte im Vergleich zum März 2011 aufweist und deutlich oberhalb der Zustimmungswerte vorhergehender Landesregierungen liegt. Kurzum: Gerade für Sachsen-Anhalt kommt die aktuelle Landesregierung auf stabile Zustimmungsraten, aus denen eine Wechselstimmung, die für den Herausforderer Wulf Gallert gesprochen hätte, nicht herausgelesen werden können. Eine mögliche Infragestellung der Mehrheit des schwarz-roten Kabinetts basierte nicht auf dem Wunsch nach einer anderen Regierung, sondern vielmehr in der Denkzettelwahl der AfD für alle anderen im Landtag vertretenen Parteien.

3.1. Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Parteianhänger/-innen

Die Betrachtung der Zufriedenheit mit der Landesregierung, differenziert nach denjenigen, die innerhalb der Befragung eine Parteienpräferenz angeben, ist insoweit interessant, weil sie eine Aussage darüber zulässt, wie die jeweilige Landesregierung bei den Anhängerinnen und Anhängern der die Regierung tragenden Parteien bzw. den Oppositionsparteien wahrgenommen wird.

Zufriedenheit mit der Landesregierung Baden-Württemberg nach Parteianhängern						
	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
März 2016						
Sehr zufrieden / zufrieden	65	92	60	69	52	26
Weniger / gar nicht zufrieden	34	7	40	29	48	71
Januar 2016						
Sehr zufrieden / zufrieden	61	91	61	73	46	22
Weniger / gar nicht zufrieden	37	9	36	26	53	78
Dezember 2015						
Sehr zufrieden / zufrieden	60	88	64	69	64	27
Weniger / gar nicht zufrieden	37	10	34	29	35	72
Quelle: Infratest-dimap, LänderTREND Baden-Württemberg						

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Anhänger/-innen der Parteien, die jeweils die Landesregierung stellen, mit der Regierung zufriedener sind, als die Anhänger/-innen der Oppositionsparteien. Dabei gilt in Koalitionsregierungen die Faustregel, dass die Anhänger/-innen des kleineren Koalitionspartners gemeinhin weniger stark zufrieden sind, als diejenigen des größeren Koalitionspartners, was in der stärkeren Einflussrolle und Wahrnehmbarkeit des stärkeren Partners, einschließlich des Regierungschefs oder der Regierungschefin begründet liegt.

Darin macht auch Baden-Württemberg keine Ausnahme. Bemerkenswert sind für das südwestdeutsche Land deshalb auch nicht die hohen Zustimmungswerte seitens der grünen Anhänger/-innen, sondern vielmehr die starke Zustimmung seitens der CDU-Anhänger/-innen. Im Dezember waren fast zwei Drittel sehr zufrieden bzw. zufrieden mit der Landesregierung – wahlkampfbedingt sank dieser Zustimmungswert in den folgenden Wochen leicht ab, verharrt jedoch immer noch bei rund 60%. Mehr als jeder zweite Unionsanhänger im früheren CDU-Stammland, war insoweit zufrieden mit der grün-roten Landesregierung. Da anders als bei anderen Landtagswahlen keine Erkenntnisse darüber vorliegen, wie die Parteianhänger/-innen die Performance der beiden Koalitionspartner einschätzen, kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob die CDU-Anhänger/-innen eher mit der Arbeit des grünen oder des SPD-Partners zufrieden waren.

Am stärksten unzufrieden waren – wenig überraschend – die Anhänger/-innen der AfD, die sich in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu je drei Viertel unzufrieden äußerten, während in Sachsen-Anhalt sogar vier von fünf AfD-Anhänger/-innen mit der Landesregierung unzufrieden waren.

Zufriedenheit mit der Landesregierung Rheinland-Pfalz nach Parteianhängern

	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
März 2016						
Sehr zufrieden / zufrieden	61	88	48	79	40	23
Weniger / gar nicht zufrieden	36	10	50	21	60	77
Januar 2016						
Sehr zufrieden / zufrieden	61	86	59	73	43	28
Weniger / gar nicht zufrieden	37	13	41	26	56	71

Quelle: Infratest-dimap, LänderTREND Rheinland-Pfalz

Zustimmungsraten für die Landesregierung durch CDU-Anhänger/-innen wie in Baden-Württemberg, konnte die rot-grüne Regierung in Rheinland-Pfalz nicht erwarten. Mit Julia Klöckner stand dort eine potenzielle Ministerpräsidentin zur Wahl – einen Status, den in Stuttgart der Kretschmann-Herausforderer zu anstrebte, aber nicht erlangen konnte. Gleichwohl drückte sich bei Zufriedenheit fast jedes zweiten CDU-Anhängers mit der Landesregierung auch keine übermäßige Wechselstimmung aus.

Im LänderTREND Rheinland-Pfalz für Januar 2016 ermittelte Infratest dimap auch die Zufriedenheit der Anhänger/-innen der Linkspartei mit der rot-grünen Landesregierung. Die LINKE-Anhänger/-innen waren laut dieser Erhebung mehrheitlich (54%) mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden/zufrieden und zu 44% weniger bis gar nicht zufrieden.

In Sachsen-Anhalt ist der Unterschied zwischen der Zufriedenheit mit der Landesregierung innerhalb der Anhänger/-innen der Koalitionspartner am stärksten ausgeprägt. Dies liegt sicherlich auch darin begründet, dass im Unterschied zu grün-rot in Baden-Württemberg bzw.

rot-grün in Rheinland-Pfalz das schwarz-rote Bündnis innerhalb der SPD-Anhänger/-innen als lagerfremdes Bündnis wahrgenommen wird und über einen langen Zeitraum der zu Ende gegangenen Wahlperiode die politische Debatte daraufhin abzielte, nach der Landtagswahl möglicherweise eine rot-rote oder rot-rot-grüne Landesregierung zu bilden.

Mit einer Zustimmung von je rund einem Drittel bei zwei Drittel Unzufriedenheit mit der Landesregierung drückten die Anhänger/-innen der Linkspartei und der Grünen auch aus, dass sie eine Ablösung der Landesregierung für angezeigt hielten.

Zufriedenheit mit der Landesregierung Sachsen-Anhalt nach Parteianhängern						
Sachsen-Anhalt	Gesamt	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD
März 2016						
Sehr zufrieden / zufrieden	44	78	31	51	37	17
Weniger / gar nicht zufrieden	52	21	62	48	63	80
Dezember 2015						
Sehr zufrieden / zufrieden	46	72	33	52	14	15
Weniger / gar nicht zufrieden	50	25	64	44	85	85
Quelle: Infratest-dimap, LänderTREND Sachsen-Anhalt						

3.2. Wechselstimmung: Welche Partei sollte die nächste Landesregierung führen?

Beleuchteten wir im vorhergehenden Abschnitt, wie zufrieden die Wahlberechtigten bzw. die Parteianhänger/-innen mit der Arbeit der jeweiligen Landesregierung waren, widmet sich dieser Abschnitt der Frage, welche Partei in den Augen der Wahlberechtigten und Parteianhänger/-innen die künftige Landesregierung anführen sollte.

Welche Partei sollte die nächste Landesregierung führen?						
	Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Grüne	CDU	SPD	CDU	CDU	LINKE
März 2016						
	51	34	45	34	-	-
Februar 2016						
	47	38	-	-	-	-
Januar 2016						
	46	39	46	39	-	-
Dezember 2015						
	-	-	42	36	-	-
Quelle: Infratest-dimap, LänderTREND						

Infratest dimap hat diese Frage nur für die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz veröffentlicht – annehmend, dass eine Ablösung der Landesregierung durch eine z.B. von der Linkspartei geführte Koalition wenig Wahrscheinlichkeit haben würde.

In Baden-Württemberg wie auch in Rheinland-Pfalz sprachen sich die Befragten jeweils eher dafür aus, dass die künftige Landesregierung von der amtierenden stärksten Partei geführt

werden sollte (Grüne in Baden-Württemberg und SPD in Rheinland-Pfalz), als durch die jeweils herausfordernden christdemokratischen Landesverbände. Hierbei fiel die Zustimmung für die Grünen in Baden-Württemberg höher als für die SPD in Rheinland-Pfalz aus.

Welche Partei sollte die nächste Landesregierung führen? Nach Parteianhänger/-innen						
BaWü	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
März 2016						
Grüne	51	95	13	80	26	21
CDU	34	3	82	17	59	46
Februar 2016						
Grüne	47	97	11	69	23	23
CDU	38	2	85	21	67	45
Januar 2016						
Grüne	46	93	13	69	26	15
CDU	39	3	83	18	64	49
Rheinland-Pfalz	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
März 2016						
SPD	45	94	3	85	16	19
CDU	34	3	89	8	74	47
Quelle: Infratest-dimap, LänderTREND						

Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt deutlich gemacht, schneiden die Grünen als regierungsführende Partei bei den CDU-Anhänger/-innen in Baden-Württemberg besser ab, als in Rheinland-Pfalz.

3.3. Grundstimmung

In Rheinland-Pfalz wurde durch Infratest dimap im abgelaufenen Landtagswahlkampf die politische Grundstimmung gemessen. Das Institut stellte dafür an die Wahlberechtigten die Frage „Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Rheinland-Pfalz eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zur Beunruhigung geben?“.

Grundstimmung in Rheinland-Pfalz			
	Februar 2016	Januar 2016	Dezember 2015
Eher Zuversicht	47	50	54
Eher Beunruhigung	44	43	38

Grundstimmung in Rheinland-Pfalz nach Parteianhänger/-innen (Januar 2016)								
	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Nicht-wähler*
Eher Zuversicht	50	67	62	63	57	32	10	21
Eher Besorgnis	43	27	30	27	42	63	89	68
Quelle: Infratest dimap Januar 2016 / * bekennende Nichtwähler/-innen								

Die Daten von Dezember bis Februar zusammengenommen, nahm die Zuversicht eher ab (von 54% im Dezember 2015 auf 47% im Februar 2016), während die Besorgnis eher zugenommen hat (von 38% im Dezember 2015 auf 44% im Februar 2015).

4. Vergleich der Spitzenkandidat/-innen

4.1. Direktwahl Ministerpräsident/-in

In die Wahlentscheidung fließt neben der Anhängerschaft zu Parteien auch die Präferenz für Spitzenkandidat/-innen ein. Die Frage, für wen Wahlberechtigte stimmen würden, könnten sie die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten direkt wählen, erhebt diesen personellen Faktor.

Wenn Sie den Ministerpräsidenten direkt wählen könnten…						
	Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Winfried Kretschmann	Guido Wolf	Malu Dreyer	Julia Klöckner	Reiner Haseloff	Wulf Gallert
März 2016						
	64	17	50	30	46	12
Februar 2016						
Februar II	63	21	50	31	-	-
Februar I			46	37		
Januar 2016						
	57	17	53	33	-	-
Dezember 2015						
	53	15	61	48	-	-
Quelle: Infratest dimap LänderTREND						

Deutlich wird, dass Kretschmann, Dreyer und Haseloff jeweils deutlich gegenüber den Herausforder/-innen führten.

BaWü	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
März 2016						
Winfried Kretschmann	64	95	45	70	61	43
Guido Wolf	17	1	37	22	23	28
Keinen von beiden	9	-	3	4	15	27
Februar 2016						
Winfried Kretschmann	63	99	50	71	49	31
Guido Wolf	21	-	42	12	41	28
Keinen von beiden	7	0	2	3	4	27
Januar 2016						
Winfried Kretschmann	57	93	44	66	-	-
Guido Wolf	17	1	38	5	-	-
Nils Schmid	6	3	7	13	-	-
Quelle: Infratest dimap LänderTREND Baden-Württemberg						

Auffällig in Baden-Württemberg zu Rheinland-Pfalz ist, dass der amtierende Ministerpräsident in allen Umfragen von den Anhänger/-innen der CDU besser bewertet wird als der eigene Kandidat. Ganz anders in Rheinland-Pfalz, wo die CDU-Herausfordererin in der eigenen Anhängerschaft von drei Vierteln besser bewertet wird als die SPD-Amtsinhaberin.

Rheinland-Pfalz	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
März 2016						
Malu Dreyer	50	90	19	87	20	10
Julia Klöckner	30	3	73	8	63	48
Keine von beiden	8	3	2	2	10	36
Februar II 2016						
Malu Dreyer	50	90	17	80	23	25
Julia Klöckner	31	5	75	10	48	31
Keinen von beiden	8	1	1	4	21	41
Februar 2016						
Malu Dreyer	46	87	18	72	25	24
Julia Klöckner	37	9	76	8	69	52
Keine von beiden	7	3	1	6	5	17
Januar 2016						
Malu Dreyer	53	87	28	67	25	34
Julia Klöckner	33	7	64	21	71	52
Keine von beiden	7	3	2	8	1	10
Quelle: Infratest dimap LänderTREND Rheinland-Pfalz						

Im Rahmen des LänderTREND Rheinland-Pfalz Januar 2016 ermittelte Infratest dimap auch, für wen sich die Anhänger/-innen der LINKEN entscheiden würden. Rund zwei Drittel (63%) der Befragten sprachen sich für Malu Dreyer (SPD) und nur jeder Zehnte (11%) für die CDU-Kandidatin Julia Klöckner aus. Rund ein Viertel der Linkspartei-Anhänger/-innen gab an, keine von beiden wählen zu wollen.

Sachsen-Anhalt	Gesamt	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD
März 2016						
Reiner Haseloff	46	85	22	39	31	28
Wulf Gallert	12	1	47	7	22	12
Katrin Budde	12	5	9	39	22	7
Keinen der drei	14	3	6	4	8	40
Quelle: Infratest dimap LänderTREND Sachsen-Anhalt						

4.2. Profilvergleich Amtsinhaber/-in und Herausforderer/-in

Einen Profilvergleich zwischen Amtsinhaber und Herausforderer veröffentlichte Infratest dimap ausschließlich für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Profilvergleich Malu Dreyer / Julia Klöckner						
	Malu Dreyer		Julia Klöckner		Keine der beiden	
	Feb 16	Jan 16	Feb 16	Jan 16	Feb 16	Jan 16
Setzt sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein	53	53	17	16	5	4
Ist sympathischer	50	53	28	26	8	6
Ist glaubwürdiger	48	46	23	21	8	10
Ist besser mit den Problemen der Bürger vertraut	45	51	22	19	7	7
Gibt in der Öffentlichkeit eine bessere Figur ab	41	44	35	33	7	4
Ist stärkere Führungspersönlichkeit	35	36	39	38	3	4
Hat bessere Konzepte zur Bewältigung der Flüchtlingskrise	32	29	27	25	15	16
Hat größeren wirtschaftspolitischen Sachverstand	32	34	28	29	5	5
Hat bessere Konzepte zur Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen	23	-	26	-	8	-
Quelle: Infratest dimap LänderTREND Rheinland-Pfalz, Februar II						

Die Ministerpräsidentin führte im Februar 2016 gegenüber der Herausforderin in fast allen benannten Feldern, mit Ausnahme bei den Konzepten der Inneren Sicherheit und sie wird als eine weniger starke Führungspersönlichkeit im Hinblick auf ihre Herausfordererin wahrgenommen. Gleichzeitig sind die Unterschiede zwischen den beiden in den konzeptionellen Fragen vergleichsweise gering. Am stärksten schneidet die Amtsinhaberin gegenüber ihrer Gegenkandidatin bei der sozialen Gerechtigkeit (+36 Prozentpunkte), Glaubwürdigkeit sowie Vertrautheit mit den Problemen der Bürger/-innen (je +23 Prozentpunkte) und der Sympathie (+22 Prozentpunkte) ab.

Für Aufregung im rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf sorgte die Absage der Teilnahme an der Runde der Spitzenkandidat/-innen durch die Ministerpräsidentin Malu Dreyer, da der SWR auch den Spitzenkandidaten der AfD eingeladen hatte. Knapp zwei Drittel (61%) der von Infratest dimap im Rahmen des PoliTREND Rheinland-Pfalz Februar II 2016 hielten diese Entscheidung für falsch, nur ein Drittel (33%) für richtig.

5. Koalitionspräferenzen

Wählerinnen und Wähler drücken mit ihrer Stimmabgabe nicht nur eine Zustimmung zu Parteien, sondern auch zu politischen Bündnissen aus. Darin liegt die Ursache für taktische Stimmabgaben, z.B. hinsichtlich des Stimmensplittings zwischen Erst- und Zweitstimme.

Koalitionspräferenzen in Baden-Württemberg					
BaWü	Grün-Rot	CDU / Grüne Grüne / CDU	CDU / SPD	Grüne / SPD / FDP	CDU / SPD / FDP
März 2016					
Sehr gut / gut	52	44	32	23	22
Weniger gut / schlecht	45	52	65	73	75
Februar 2016					
Sehr gut / gut	52	41	33	25	20
Weniger gut / schlecht	45	55	64	71	77
Quelle: Infratest dimap LänderTREND Baden-Württemberg					

Ausgehend vom mehrheitlichen Wunsch der Wahlberechtigten, dass auch nach der Landtagswahl die Grünen unter Winfried Kretschmann die Landesregierung führen sollten, ermittelte Infratest dimap eine relative Mehrheit von 52% für die Fortsetzung des grün-roten Bündnisses, gefolgt von einer Präferenz für ein Bündnis aus Grünen und CDU. Die Konstellation einer grün-geführten Ampelregierung gemeinsam mit SPD und FDP bzw. das Modell einer sogenannten Deutschland-Koalition aus CDU, SPD und FDP erhielten mit 23% bzw. 22% im März 2016 deutlich weniger Zustimmung.

Koalitionspräferenzen in Baden-Württemberg nach Parteianhänger/-innen						
Sehr gut / gut	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
März 2016						
Grüne / SPD	52	89	18	82	20	18
CDU / Grüne Grüne / CDU	44	49	73	16	46	38
CDU / SPD	32	19	56	32	33	23
Grüne / SPD / FDP	32	33	6	33	25	4
CDU / SPD / FDP	22	10	37	18	57	18
Februar 2016						
Grüne / SPD	52	91	25	84	23	20
CDU / Grüne Grüne / CDU	41	39	68	23	25	20
CDU / SPD	33	14	54	39	21	22
CDU / FDP	32	10	51	16	84	32
Grüne / SPD / FDP	25	37	7	39	33	14
CDU / SPD / FDP	20	4	28	21	32	22
Quelle: Infratest dimap LänderTREND Baden-Württemberg						

Ausgehend davon, dass die Liberalen im Ergebnis der erheblichen Unsicherheiten hinsichtlich der Regierungsfortsetzung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zumindest in diesen beiden Ländern in die Situation kommen könnten, zum Königsmacher in beiden Ländern zu werden, sind die Präferenzen der FDP-Anhänger/-innen hinsichtlich der Koalitionsoptionen mit FDp-Beteiligung von Interesse.

In Baden-Württemberg sprach sich mit 57% zu 25% erheblich größerer Anteil der FDP-Anhänger/-innen für das Modell der konservativeren CDU-geführten Deutschland-Koalition aus, als für die grüngeführte Ampel.

Koalitionspräferenzen in Rheinland-Pfalz						
Rheinland-Pfalz	SPD / Grüne	CDU / SPD	CDU / FDP	CDU / Grüne	SPD / FDP / Grüne	CDU / FDP / Grüne
März 2016						
Sehr gut / gut	47	43	32	28	26	20
Weniger gut / schlecht	49	54	64	68	70	76
Februar II 2016						
Sehr gut / gut	48	47	37	30	23	22
Weniger gut / schlecht	49	50	59	66	71	74
Quelle: Infratest dimap LänderTREND Rheinland-Pfalz						

In Rheinland-Pfalz, wo es bei der Landtagswahl zunächst um die eher klassische Frage ging, ob weiterhin die SPD oder künftig die CDU die Landesregierung anführen würde, präferierten die befragten Wahlberechtigten stärker eine Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses (47%), dicht gefolgt von einer Großen Koalition (43%). Auch hier sprachen sich erheblich weniger Wahlberechtigte für eines der denkbaren Drei-Parteien-Bündnisse aus.

Sachsen-Anhalt	CDU / SPD	LINKE / SPD / Grüne	CDU / AfD
März 2016			
Sehr gut / gut	54	38	12
Weniger gut / schlecht	42	56	82
Februar 2016			
Sehr gut / gut	58	38	13
Weniger gut / schlecht	38	61	80

Vor dem Hintergrund der sich ankündigenden Stärke der AfD im künftigen Landtag Sachsen-Anhalt hatte sich Infratest dimap entschieden, die weder von der CDU noch von der AfD in Erwägung gezogene Koalitionsmöglichkeit beider Parteien in den Kanon möglicher Koalitionsbewertungen aufzunehmen. Ob dies sinnvoll ist, sei dahin gestellt. Vor dem Hintergrund der Diskussionen über eine Deutschland-Koalition (CDU, SPD und Grüne) in Baden-Württemberg und der dortigen Abfrage, wäre zumindest denkbar gewesen, auch die mögliche Kenia-Koalition (CDU, SPD und Grüne) für Sachsen-Anhalt zu berücksichtigen und abzufragen.

Im September 2015 ermittelte Infratest dimap eine Zustimmung von 45% für ein Bündnis aus CDU und SPD, bei 47% Ablehnung. Eine Koalition zwischen SPD und LINKEN resp. LINKEN und SPD erreichte zum gleichen Zeitpunkt eine Zustimmung von 38% bei 54% Ableh-

nung, während eine Rot-Rot-Grüne Koalition von den befragten Wahlberechtigten mit 37% Zustimmung bei 56% Ablehnung bewertet wurde.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Zustimmungswerte für eine Fortsetzung des Bündnisses aus CDU und SPD bei den Wahlberechtigten nach Daten von Infratest dimap zwischen September 2015 und Februar 2016 um 13 Prozentpunkte zulegte, während die Zustimmung zur Bildung einer rot-rot-grünen Koalition um 4 Prozentpunkte gegenüber September 2015 nachließ.

III. Erste Analyse der Wahlergebnisse

1. Das Wahlergebnis im Spiegel der Vorwahlen

In Baden-Württemberg fällt die Union noch unter den bisherigen Tiefstand bei der Europawahl 2014, als sie nur noch jeden fünften Wahlberechtigten erreichte. Jetzt erreichte bei einem Verlust von rund 100.000 Stimmen 27% der Stimmen und 18,8% der Wahlberechtigten. Der Niedergang der SPD liegt im Trend der vorhergehenden Wahlen, während der Wahlsieg der Grünen allein auf den Spitzenkandidaten und seine Formung der Landespartei zurückzuführen ist. Die Verankerung der Partei bei den Wahlberechtigten war zuvor eher rückläufig. Die Grünen vertreten jetzt fast jede dritte abgegebene Stimme und jeden fünften Wahlberechtigten. Die AfD erreicht jeden zehnten Wahlberechtigten, die Linke weiß jeden 50. hinter sich.

Die beiden ehemaligen Volksparteien CDU und SPD repräsentieren noch knapp 40% der Stimmen. Sie können nicht mehr gemeinsam regieren. Gemessen an allen Wahlberechtigten vertreten sie 27,6% - ein deutlicher Rückgang gegenüber allen vorherigen Wahlen

BW: Parteistimmen bei den letzten Wahlen				
	LTW11	BTW13	EPW14	LTW16
CDU	1.943.912	2.576.606	1.542.244	1.447.249
SPD	1.152.594	1.160.424	902.720	679.872
FDP	262.784	348.317	161.669	445.430
GRÜNE	1.206.182	623.294	517.842	1.622.631
LINKE	139.700	272.456	142.360	156.211
AfD	0	295.988	309.500	809.311
Sonstige	278.547	364.934	349.439	199.647
Anteile an den gültigen Stimmen				
CDU	39,0%	45,7%	39,3%	27,0%
SPD	23,1%	20,6%	23,0%	12,7%
FDP	5,3%	6,2%	4,1%	8,3%
GRÜNE	24,2%	11,0%	13,2%	30,3%
PDS/LINKE	2,8%	4,8%	3,6%	2,9%
PIRATEN	2,1%	2,3%	1,2%	0,4%
AfD		5,2%	7,9%	15,1%
Parteistimmen / Wahlberechtigte (in %)				
CDU	25,5%	33,5%	20,0%	18,8%
SPD	15,1%	15,1%	11,7%	8,8%
FDP	3,4%	4,5%	2,1%	5,8%
GRÜNE	15,8%	8,1%	6,7%	21,1%
LINKE	1,8%	3,5%	1,8%	2,0%
AfD		3,8%	4,0%	10,5%
Sonstige	3,7%	4,7%	4,5%	2,6%
Enthalter	33,7%	25,7%	47,9%	29,6%

Kahrs 2016

In **Rheinland-Pfalz** bleibt die Union stabil. Die SPD und ihre Ministerpräsidentin erreichen entgegen den Trends der Partei bei anderen Wahlen jeden vierten Wahlberechtigten. Beide Parteien zusammen vertreten 68% der gültigen Stimmen und 47,2% der Wahlberechtigten. Auch wenn der Einzug der AfD die Regierungsbildung erschwert, bleiben die beiden alten großen Parteien der Bundesrepublik hier „große Parteien“.

RP: Parteistimmen bei den letzten Wahlen				
	LTW11	BTW13	EPW14	LTW16
CDU	658.474	958.655	661.339	677.502
SPD	666.817	608.910	529.232	771.709
FDP	79.343	122.640	63.988	132.262
Grüne	288.489	169.372	139.047	113.287
LINKE	56.054	120.338	62.977	60.074
AfD		106.414	114.602	267.813
Sonstige	119.010	128.168	150.279	107.773
Verteilung der gültigen Stimmen				
CDU	35,2%	43,3%	38,4%	31,8%
SPD	35,7%	27,5%	30,7%	36,2%
FDP	4,2%	5,5%	3,7%	6,2%
Grüne	15,4%	7,6%	8,1%	5,3%
PDS/LINKE	3,0%	5,4%	3,7%	2,8%
Piraten	1,6%	2,2%	1,2%	0,8%
AfD		4,8%	6,7%	12,6%
Sonstige	4,8%	3,6%	7,4%	3,6%
Parteistimmen / Wahlberechtigte (in %)				
CDU	21,3%	31,0%	21,4%	22,1%
SPD	21,6%	19,7%	17,1%	25,1%
FDP	2,6%	4,0%	2,1%	4,3%
Grüne	9,3%	5,5%	4,5%	3,7%
LINKE	1,8%	3,9%	2,0%	2,0%
AfD		3,4%	3,7%	8,7%
Sonstige	3,9%	4,1%	4,9%	3,5%
Enthalter	38,2%	27,2%	43,0%	29,6%

Kahrs 2016

Sachsen-Anhalt verzeichnet einen erheblichen Wandel im Parteiensystem. Die drei über zwei Jahrzehnte großen Parteien erreichen zusammen 57,2% der Stimmen gegenüber noch fast drei Viertel bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Hier sind es vor allem Sozialdemokraten und Linke, die erheblich an Rückhalt in der Bevölkerung einbüßen.

ST: Parteistimmen bei den letzten Wahlen				
	LTW11	BTW13	EPW14	LTW16
CDU	323.019	485.781	245.010	334.123
SPD	213.611	214.731	173.082	119.377
FDP	38.173	30.998	21.007	54.525
GRÜNE	70.922	46.858	38.485	58.226
LINKE	235.011	282.319	174.103	183.296
PIRATEN	13.828	22.753	10.078	
AfD		49.661	50.605	271.832
NPD	45.826	25.900	16.758	21.211
Sonstige	53.112	19.814	68.877	69.591
Anteile an gültigen Stimmen				
CDU	32,5%	41,2%	30,7%	30,0%
SPD	21,5%	18,2%	21,7%	10,7%
FDP	3,8%	2,6%	2,6%	4,9%
GRÜNE	7,1%	4,0%	4,8%	5,2%
LINKE	23,7%	23,9%	21,8%	16,5%
Piraten	1,4%	1,9%	1,3%	
AfD		4,2%	6,3%	24,4%
NPD	4,6%	2,2%	2,1%	1,9%
Sonstige	3,6%	3,0%	4,4%	3,2%
Parteistimmen / Wahlberechtigte (in %)				
CDU	16,2%	25,2%	12,8%	17,8%
SPD	10,7%	11,1%	9,0%	6,4%
FDP	1,9%	1,6%	1,1%	2,9%
GRÜNE	3,6%	2,4%	2,0%	3,1%
LINKE	11,8%	14,6%	9,1%	9,8%
PIRATEN	0,7%	1,2%	0,5%	0,0%
AfD	0,0%	2,6%	2,6%	14,5%
NPD	2,3%	1,3%	0,9%	1,1%
Sonstige	2,7%	1,0%	3,6%	3,7%
Enthalter	48,8%	37,9%	57,0%	38,9%

2. Erkenntnisse der Wahltags-/Nachwahlbefragungen

2.1. Wanderungsbilanzen

Die Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap zeigen für die einzelnen Bundesländer ein differenziertes Bild.

In **Baden-Württemberg** gewinnt die CDU vom kleineren Koalitionspartner SPD 12.000 Stimmen, verliert aber an alle anderen Parteien und die Nichtwähler. Die größten Verluste (188.000 Stimmen) gehen an die AfD, die zweitgrößten an die Grünen (109.000) – also in politisch entgegengesetzte Richtungen. Die SPD gewinnt von den Nichtwählern, verliert aber an alle anderen Parteien, gut die Hälfte des negativen Saldos mit den Parteien geht an die Grünen, der nächstgrößere Teil an die AfD. Die grünen gewinnen von SPD und CDU. DIE LINKE verliert an andere Parteien im Saldo 28.000 Stimmen, 22.000 davon an die AfD. Sie gewinnt von anderen Parteien 19.000 Stimmen, darunter 13.000 von der SPD.

Baden-Württemberg: Zuwanderung (+) und Abwanderung (-) der Wähler und Wählerinnen

von Z an Sp.	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Enthaltung
CDU	-	-12.000	109.000	86.000	4.000	188.000	15.000	13.000
SPD	12.000	-	160.000	35.000	13.000	88.000	18.000	61.000
Grüne	-109.000	-160.000	-	12.000	-4.000	68.000	-133.000	7.000
FDP	-86.000	-35.000	-12.000	-	2.000	18.000	-4.000	-44.000
LINKE	-4.000	-13.000	4.000	-2.000	-	22.000	2.000	-10.000
AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-	-151.000	-207.000
Andere	-15.000	-7.000	-18.000	4.000	-2.000	151.000	-	-21.000
Enthaltung	-13.000	133.000	-61.000	44.000	10.000	207.000	21.000	

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap. Stand 23:30

In **Rheinland-Pfalz** "kannibalisiert" der größere Koalitionspartner, hier: die SPD, ebenfalls den kleineren, hier: die Grünen. Die Grünen verlieren 93.000 Stimmen an die SPD, rund zwei Drittel ihrer Stimmenverluste. Darüber hinaus verlieren sie an alle anderen Parteien – ein Zeichen für den hohen Anteil der „Fukushima"-Stimmen von 2011, die bei den Grünen im Land nie heimisch wurden. DIE LINKE gewinnt 10.000 Stimmen von CDU und Grünen, verliert aber 14.000 Stimmen an andere Parteien, darunter 11.000 an die AfD.

Rheinland-Pfalz: Zuwanderung (+) und Abwanderung (-) der Wähler und Wählerinnen

von Z an Sp.	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Enthaltung
CDU	-	-12.000	-21.000	13.000	2.000	46.000	4.000	-65.000
SPD	12.000	-	-93.000	6.000	-3.000	34.000	-2.000	-66.000
Grüne	21.000	93.000	-	12.000	8.000	5.000	13.000	11.000
FDP	-13.000	-6.000	-12.000	-	0	8.000	-1.000	-22.000
LINKE	-2.000	3.000	-8.000	0	-	11.000	-1.000	-7.000
AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-	-43.000	-77.000
Andere	-4.000	2.000	-13.000	-1.000	-1.000	-43.000	-	-12.000
Enthaltung	65.000	66.000	-11.000	22.000	7.000	77.000	12.000	-

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap. Stand 23:30

In **Sachsen-Anhalt** ist es die SPD, die an alle Parteien und an die Wahlenthalter verliert. Etwa gleich viele Stimmen gehen an die CDU und die AfD. DIE LINKE gewinnt 9.000 Stimmen von der SPD, verliert aber verliert im Saldo von Gewinnen und Verlusten aber 49.000 Stimmen an andere Parteien, darunter 29.000 an die AfD.

Sachsen-Anhalt: Zuwanderung (+) und Abwanderung (-) der Wähler und Wählerinnen

von Z an Sp.	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Enthaltung
CDU	-	-22.000	-8.000	8.000	-7.000	38.000	6.000	-42.000
SPD	22.000	-	4.000	4.000	9.000	21.000	9.000	11.000
Grüne	8.000	-4.000	-	0	-1.000	3.000	4.000	1.000
FDP	-8.000	-4.000	0	-	-2.000	6.000	2.000	-11.000
LINKE	7.000	-9.000	1.000	2.000	-	29.000	10.000	0
AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-	-52.000	-104.000
Andere	-6.000	-9.000	-4.000	-2.000	-10.000	52.000	-	-33.000
Enthaltung	42.000	-11.000	-1.000	11.000	0	104.000	33.000	-

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap. Stand 23:00

Welche Parteien konnten von der gestiegenen Wahlenthaltung profitieren? In Baden-Württemberg beteiligten sich laut Wanderungsbilanzen 415.000 Wahlberechtigte mehr als 2011. Sie wählten zu 32% die SPD, zu 50% die AfD, zu 11% die FDP, zu 2% die LINKE du zu 5% andere Parteien. In Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt gewann auch die CDU ehemalige Nichtwähler, ihr Anteil lag bei 26% bzw.22%. In beiden Ländern wurde ebenfalls die AfD mit 31% bzw. 55% stärkste Partei unter ehemaligen Nichtwählern. In Sachsen-Anhalt konnte die LINKE bei Nichtwählern keinen Zugewinn erzielen, erlitt aber auch keine Verluste. Fasst man die positiven Salden für alle drei Länder zusammen, so verteilten sich die vormaligen Nichtwähler wie folgt: CDU 13%, SPD 23%, FDP 9%, LINKE 2%, AfD 46%, Andere 8%.

Tabelle: Positive Wanderungssalden mit Wahlenthaltern

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere	Gesamt
in BW		133.000		44.000	10.000	207.000	21.000	415.000
Verteilung		32%		11%	2%	50%	5%	100%
in RP	65.000	66.000		22.000	7.000	77.000	12.000	249.000
Verteilung	26%	27%		9%	3%	31%	5%	100%
in ST	42.000			11.000	0	104.000	33.000	190.000
Verteilung	22%	0%		6%		55%	17%	100%
Gesamt	107.000	199.000	0	77.000	17.000	388.000	66.000	854.000
Verteilung	13%	23%		9%	2%	45%	8%	100%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016

Woher kamen die Wählerinnen und Wähler der AfD? Nach den Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen waren 40-50% der AfD-Stimmen zuvor Stimmen kleineren Parteien einschließlich der NPD oder kamen von Nichtwählern. In Sachsen-Anhalt kamen jeweils gut ein Sechstel von den beiden zuvor größten Parteien im Landtag, CDU und LINKE, in den westdeutschen Ländern kamen ein Viertel bis ein Drittel der AfD-Stimmen von der Union.

Tabelle: Woher kommen die Wähler der AfD?							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	NPD	Andere/Enthaltung
BW	31%	13%	7%	4%	4%		41%
RP	24%	16%	6%	4%	6%		45%
ST	17%	10%	2%	3%	17%	11%	40%
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen / www.heute.de, 23:00							

Die Wanderungsbilanzen von Infratest dimap vermitteln ein in der Grundtendenz ähnliches, in einzelnen Aspekten aber abweichendes Bild. Der Anteil der Stimmen von anderen kleinen Parteien und den Nichtwählern ist höher (48% in Baden-Württemberg, 53% in Rheinland-Pfalz und 62% in Sachsen-Anhalt), und der Anteil der ehemaliger LINKE-Stimmen in Sachsen-Anhalt niedriger, die Gewichtung innerhalb der einzelnen Ländern wie auch die Unterschiede zwischen ihnen weisen aber die gleiche Struktur auf.

Tabelle: Herkunft der AfD-Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl								
von	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere	Enthaltung	Gesamt
in BW	188.000	88.000	68.000	18.000	22.000	151.000	207.000	742.000
Verteilung	25%	12%	9%	2%	3%	20%	28%	100%
in RP	46.000	34.000	5.000	8.000	11.000	43.000	77.000	224.000
Verteilung	21%	15%	2%	4%	5%	19%	34%	100%
in ST	38.000	21.000	3.000	6.000	29.000	52.000	104.000	253.000
Verteilung	15%	8%	1%	2%	11%	21%	41%	100%
Gesamt	272.000	143.000	76.000	32.000	62.000	246.000	388.000	1.219.000
Verteilung	22%	12%	6%	3%	5%	20%	32%	100%
Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap.								

Welche Bedeutung haben die Stimmenverluste an die AfD für die einzelnen Parteien? Die Zusammensetzung der neuen Wählerschaft der AfD ist eine Perspektive, eine andere die Frage nach dem Anteil, den die Verluste an die AfD an allen Verlusten einer Partei an andere Parteien haben.

Tabelle: Bedeutung der Verluste an andere Parteien und die AfD						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere
BW	-402.000	-315.000	-98.000	-20.000	-28.000	-288.000
dav. AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-151.000
%	47%	28%	69%	90%	79%	52%
RP	-65.000	-52.000	-152.000	-9.000	-15.000	-47.000
dav. AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-43.000
%	71%	65%	3%	89%	73%	91%
ST	-52.000	-69.000	-15.000	-8.000	-49.000	-52.000
dav. AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-52.000
%	73%	30%	20%	75%	59%	100%
Gesamt	-519.000	-436.000	-265.000	-37.000	-92.000	-387.000
dav. AfD	-272.000	-143.000	-76.000	-32.000	-62.000	-246.000
%	52%	33%	29%	86%	67%	64%
Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016						

In Baden-Württemberg sind es FDP und LINKE, die die höchsten relativen Verluste an die AfD hinnehmen müssen, und auch für die Grünen ist die AfD der größte Gegner. In Rheinland-Pfalz haben die „anderen“ Parteien die prozentual größten Verluste an die AfD, aber auch die FDP und mit Abstand LINKE und CDU sowie SPD, während hier die Grünen kaum an die AfD verlieren. In Sachsen-Anhalt ergibt sich eine ähnliche Rangfolge: „Andere“, FDP, CDU, LINKE. Fasst man alle Zahlen zusammen, so ist der Anteil der Verluste an die AfD für die FDP mit 86% aller Verluste an andere Parteien am größten, gefolgt von der LINKEN (67%) und den kleinen Parteien (64%). Bei der Union gehen noch 52% der Verluste an die AfD, bei der SPD ein Drittel und bei den Grünen unter 30%.

Offenbleiben muss hier, wann die Abwendung und die Hinwendung zur AfD erfolgte. Ein erheblicher Teil könnte bereits bei der Bundestagswahl 2013 und/oder bei der Europa-Wahl 2014 die AfD gewählt haben.

2.2. Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses

Tabelle: Wer wählte wen? Vergleich Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap

	CDU			SPD			Grüne			LINKE			FDP			AfD		
	BW	*RP*	*ST*	*BW*	*RP*	*ST*	*BW*	*RP*	*ST*	*BW*	*RP*	*ST*	*BW*	*RP*	*ST*	*BW*	*RP*	*ST*
Forschungsgruppe Wahlen																		
Alle																		
Frauen	28	33	33	12	39	11	34	6	6	3	2	16	8	6	5	12	9	19
Männer	26	31	27	12	34	10	28	5	4	3	3	16	9	7	5	18	15	**28**
Alter																		
unter 30	25	25	18	12	33	10	27	9	8	6	6	13	7	5	4	16	14	**29**
30-44	27	29	27	9	33	9	29	6	6	4	3	12	7	6	5	19	16	**28**
45-59	23	29	39	11	36	9	37	7	5	3	3	16	7	5	6	16	15	27
60 u. älter	32	39	36	16	40	13	28	2	4	1	2	21	10	8	5	11	7	17
Beruf																		
Arbeiter	27	26	27	14	39	10	24	4	3	3	3	16	6	4	4	22	18	**30**
Angestellte	25	31	30	13	39	11	36	6	6	3	3	18	7	6	5	13	11	20
Beamte	32	41	38	15	34	11	33	6	5	2	2	15	9	7	5	8	8	20
Selbständige	32	39	35	9	25	7	29	6	6	3	3	11	13	11	9	12	13	25
Bildung																		
Hauptschule	29	32	33	16	41	12	24	2	2		2	17	8	6	4	16	12	24
Mittlere Reife	26	31	28	11	35	9	28	3	4		3	14	9	5	5	19	17	**31**
Abitur	24	32	31	11	32	10	34	7	8		4	15	8	6	5	15	13	21
Hochschule	24	31	33	11	35	13	38	10	8		3	22	10	9	6	11	8	12
Infratest dimap																		
Alle	27	32	29	13	37	12	31	5	5	3	3	17	8	6	5	14	12	23
Frauen	28	32	33	13	40	12	34	6	6	2	3	17	8	6	5	11	8	18
Männer	26	32	27	13	34	11	28	5	5	3	3	16	9	7	5	17	14	**27**
Alter																		
18-24	24	23	15	12	34	12	28	10	11	6	6	13	8	6	5	14	12	**25**
25-34	27	27	22	11	31	10	26	7	7	4	5	11	7	6	4	18	15	**28**
35-44	27	30	26	10	32	10	31	7	8	3	3	12	8	6	6	17	15	**28**
45-59	23	30	28	11	37	9	38	6	6	2	3	15	7	6	5	15	13	27
69-69	26	34	31	16	42	12	31	3	4	2	2	22	10	6	5	13	9	19
69 u. älter	36	43	38	18	40	16	25	2	3	1	1	20	11	7	4	8	5	14
Bildung																		
einfache Bildg.	32	31	29	13	45	13	26	2	2	1	2	19	7	4	4	16	11	24
hohe Bildg.	24	32	32	13	35	13	36	8	9	4	4	18	10	9	7	10	9	15
Status/Beruf																		
Arbeiter	23	22	20	13	37	10	22	4	4	3	4	14	6	3	3	**28**	23	**35**
Angestellte	25	30	29	11	37	10	33	7	7	3	3	15	8	6	6	16	11	21
Selbständige	30	46	38	8	23	8	31	6	9	2	1	9	16	13	10	12	8	22
Rentner	32	36	35	17	42	13	29	2	2	2	2	23	9	6	5	9	10	18
Arbeitslose	20	18	14	14	30	12	21	7	2	6	6	16	2	5	2	**30**	25	**36**
Konfession																		
evangelisch	26			15			32			2			9			13		
katholisch	35			10			30			2			8			12		

Quelle: tagessschau.de, zdf.de 13.03.2016

Die **AfD** wurde in allen die Ländern überdurchschnittlich von Männern, Arbeitern und Arbeitslosen sowie Wahlberechtigten ,mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife gewählt. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt wurde sie unter Arbeitern und Arbeitslosen die stärkste Partei, in Sachsen-Anhalt zu dem die stärkste Partei bei Männern und unter 45jährigen Wählern und Wählerinnen, dank der überdurchschnittlichen Stimmenanteile bei Männern. Diese Wählerstruktur deutete sich bei den vorhergehenden Landtagswahlen in Ostdeutsch-

land bereits an, jedoch tritt nun deutlicher hervor, dass die AfD derzeit die Partei der Arbeiter und unteren Mittelschichten ist.

Dort, wo die AfD überdurchschnittliche Anteile bekommt, ist in der Regel auch die Union stark. Nur in Rheinland-Pfalz behauptet die SPD den Platz als klassische Arbeiiter- und Sozialstaatspartei.

DIE LINKE kann zwar in den westdeutschen Ländern überdurchschnittliche Anteile unter Arbeitslosen verzeichnen, doch liegen die Anteil weit unter vorherigen. In den westdeutschen Ländern erzielt sie deutlich überdurchschnittliche Anteile bei jüngeren Wahlberechtigten, in Ostdeutschland bei älteren. Betrachtet man den formalen Bildungsgrad, ist die LINKE in Ost wie West eher eine Partei der Abiturienten und Akademiker, insbesondere im Westen.

Die Grünen in Baden-Württemberg erscheinen als Partei der noch erwerbstätigen Angestellten und Beamten zwischen 35 und 70 Jahren bzw. 45 und 60 Jahren, überdurchschnittliche Stimmenanteile bei Frauen und Höhergebildeten.

Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen

Quelle: http://www.heute.de/liveblog-zu-landtagswahlen-in-baden-wuerttemberg-rheinland-pfalz-und-sachsen-anhalt-42616

Letzter Zugriff: 14. März 2016

1. Wen hätten Sie lieber als MinisterpräsidentIn?	**Baden-Württemberg**		**Rheinland-Pfalz**		**Sachsen-Anhalt**	
	Kretschmann	**Wolf**	**Dreyer**	**Klöckner**	**Haseloff**	**Gallert**
	66%	17%	49%	37%	55%	24%

2. "Der/die MinisterpräsidentIn macht seine Sache eher..."	**BW (Kretschmann)**		**RLP (Dreyer)**		**SA (Haseloff)**	
	...gut	**...schlecht**	**...gut**	**...schlecht**	**...gut**	**...schlecht**
	84%	8%	76%	14%	62%	26%

3. "Der/die MinisterpräsidentIn macht seine Sache gut"	**BW**	**RLP**	**SA**
Anhänger d. CDU	87%	71%	90%
Anhänger d. Grünen	100%	92%	53%
Anhänger d. SPD	93%	96%	72%
Anhänger d. FDP	94%	64%	74%
Anhänger d. AfD	60%	54%	46%
Anhänger d. Linken	(kA)	(kA)	53%

4. Wer...	Baden-Württemberg		
	Kretschmann	Wolf	beide gleich
...ist sympathischer?	64%	5%	20%
...ist glaubwürdiger?	54%	3%	33%
...hat mehr Sachverstand?	35%	6%	33%
	Rheinland-Pfalz		
	Dreyer	Klöckner	beide gleich
...ist sympathischer?	44%	20%	26%
...ist glaubwürdiger?	37%	10%	43%
...hat mehr Sachverstand?	30%	11%	42%
	Sachsen-Anhalt		
	Haseloff	Gallert	beide gleich
...ist sympathischer?	36%	10%	32%
...ist glaubwürdiger?	30%	10%	41%
...hat mehr Sachverstand?	32%	5%	33%

5. Bewertung der Spitzenkandidaten (Skala von +5 bis -5)	Baden-Württemberg		
	Kretschmann	Alle	Grüne-Anh.
		+2,7	+4,4
	Wolf	Alle	CDU-Anh.
		+0,1	+1,9
	Schmid	Alle	SPD-Anh.
		+0,8	+2,4

6. Bewertung der Spitzenkandidaten und ihrer Parteien (Skala von +5 bis -5)	Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Kretschmann	+2,7				
	Grüne	+2				
	Wolf	+0,1	Klöckner	+1,4	Haseloff	+1,3
	CDU	+0,7	CDU	+1,3	CDU	+1,1
	Schmid	+0,8	Dreyer	+2,4	Budde	0
	SPD	+0,7	SPD	+2,1	SPD	+0,4
					Gallert	+0,3
					Linke	-0,1

7. Bewertung von Regierung und Opposition (Skala von +5 bis -5)		Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Regierung	Grüne	+1,7	SPD	+1,5	CDU	+0,7
		SPD	+1	Grüne	+0,2	SPD	+0,2
	Opposition	CDU	+0,4	CDU	+1	Linke	0
		FDP	-0,3			Grüne	-0,8

		Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz		Sachsen-Anhalt	
	Koalition	Gut	Schlecht	Gut	Schlecht	Gut	Schlecht
8. Meinung zu potentiellen Koalitionsbildungen	Grüne/SPD	48%	31%	42%	38%		
	Grüne/CDU	43%	38%				
	Grüne/SPD/FD	22%	52%				
	CDU/SPD/FDP	23%	52%				
	SPD/CDU			40%	38%	42%	37%
	CDU/SPD			35%	43%		
	Linke/SPD/Grüne					25%	55%
	CDU/AfD					16%	71%

9. Die wichtigsten Probleme	BW	RLP	SA
Flüchtlinge	69%	59%	54%
Schule/Bildung	27%	22%	14%
Verkehr	11%	14%	
Umwelt/Energiewende	7%		
Infrastruktur		8%	
Arbeitsplätze			28%
Wirtschaftslage			13%

10. Bewertung der Parteien-kompetenz: Flüchtlingspolitik	BW	RLP	SA
CDU	19%	27%	28%
Grüne	27%	3%	kA
SPD	9%	35%	8%
AfD	14%	10%	21%
Linke	kA	kA	10%
andere	8%	7%	7%
keine	9%	6%	11%

Flüchtlingspolitik Angela Merkels	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt
Gut	54%	58%	43%
Schlecht	42%	37%	50%

12. Die anderen Parteien sollen die AfD behandeln wie...	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt
...normale Partei	46%	44%	55%
keine Zusammenarbeit	48%	50%	38%

13. Wie ist das Bundesland auf die	Baden-Württemberg	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt
eher gut	74%	62%	35%
eher schlecht	20%	30%	55%

14. Bewertung der Kompetenz zur Problemlösung	Baden-Württemberg			Rheinland-Pfalz			Sachsen-Anhalt		
	CDU	Grüne	SPD	SPD	CDU	keine	CDU	Linke	SPD
Schule/Bildung	28%	22%	15%	38%	28%	4%	22%	20%	20%
Verkehr	26%	29%	11%	24%	31%	4%			
Energiepolitik	19%	52%	5%						
Wirtschaft	31%	23%	10%	33%	35%	8%	39%	6%	10%
Arbeitsplätze							39%	6%	13%

15. "Die AfD wird hauptsächlich gewählt..."	Alle			AfD-Wähler ("Ich wähle die AfD...")		
	BW	RLP	SA	BW	RLP	SA
...wegen politischer Forderungen	18%	17%	16%	43%	53%	52%
...als Denkzettel für andere Parteien	75%	74%	77%	55%	45%	47%

IV. Ausgewählte Aspekte der Wahlergebnisse

1. Die AfD nach den Landtagswahlen vom 03. März 2016

Auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus war die Bundesrepublik Deutschland, wie Frank Decker zutreffend feststellte, lange Zeit ein weißer Fleck.[11] Zwar gab es auch hier seit Anfang der 1990er Jahre Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien, wie z.B. der Schill-Partei in Hamburg, konnten sich die Republikaner rund zehn Jahre im Landtag Baden-Württemberg halten bzw. über zehn Jahre in fast allen ostdeutschen Landtagen außer Thüringen vergleichsweise flächendeckend rechtsextreme Parteien wie die DVU oder die NPD, teilweise mit zweistelligen Ergebnissen gewählt, Fraktionen bilden. Gleichwohl blieben diese Ereignisse auf der regionalen Ebene beschränkt und „führten nicht zur dauerhaften Etablierung einer Rechtsaußenpartei im nationalen Rahmen".[12]

Über die AfD ist seit ihrem knappen Scheitern bei der Bundestagswahl 2013 und der am gleichen Tag stattgefundenen hessischen Landtagswahl, ihrem Einzug in die Landtage von Bremen, Hamburg, Sachsen, Brandenburg, Thüringen bereits viel publiziert worden.[13] Diese Analysen können und sollen hier nicht nachvollzogen werden. Sie sind zudem im Lichte des Wahlergebnisses vom 13. März 2016 anzupassen.

In diesem Abschnitt soll es vielmehr darum gehen, einerseits zu skizzieren, welche Wirkung das Abschneiden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen auf das Parteiensystem generell und die AfD haben wird und andererseits darzulegen, welche Erkenntnisse die Wahlforschung im Hinblick auf die AfD in den drei genannten Ländern zu Tage beförderte.

AfD: dauerhafte tektonische Verschiebung des bürgerlich-rechten Parteienlagers

Wir gehen davon aus, dass die AfD – anders als die Piratenpartei – eine tektonische Verschiebung des Parteiensystems darstellt. Mit ihr verabschiedet sich ein spürbarer Teil christdemokratischer und christsozialer Wähler/-innenschaft, der von jeher nationalkonservativ dachte. Dieses Spektrum ist am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichbar – wenn Beobachtungen sowohl von Forsa[14] als auch der Wahlstatistik in Baden-Württemberg, wo die Partei sowohl 1992 als auch 1996 mit 10,9% bzw. 9,1% im Landtag saß, zugrunde gelegt werden – und konnte über einen langen Zeitraum von der Union gebunden werden bzw. fand keine andere Repräsentationsfläche. Die NPD war für diesen bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers nicht wählbar war. In diese Lücke stieß nun die AfD.

„Aus der vergleichenden Forschung weiß man, dass es in der Regel einer bestimmten gesellschaftlichen Krisenkonstellation bedarf […], um solche Parteien und Bewegungen hervorzubringen."[15] Im Falle der AfD war die Finanz- und Eurokrise das Gelegenheitsfenster, für eine neue EU-kritische Partei, „deren programmatische Kernforderungen – kontrollierte Auflösung der Währungsunion und Absage an eine weitere Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses – geeignet waren, um daran eine breitere rechtspopulistische Basis anzudocken".[16]

---

[11] Frank Decker 2015, Die Veränderungen der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – ein dauerhaftes Phänomen?, in: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut. Verachtung. Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 109.

[12] Decker 2015, ebd.; vgl. auch Frank Decker 2012, Warum der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland so erfolglos ist, in: Vorgänge Nr. 1, S. 21-28.

[13] Vgl. n.v.a.: David Bebnowski 2015, Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten, populistischen Partei, Wiesbaden mit ausführlichen Literaturhinweisen; Alexander Häusler/Rainer Roeser 2015, Die rechten >Mut<-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland", Hamburg.

[14] http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html

[15] Decker 2015, a.a.O., S. 109f.

[16] Decker 2015, a.a.O., S. 110.

Unsere Analyse der Europawahl 2014[17] stützte diese These. Wir wiesen damals darauf hin, dass Euro-Skepsis allein nicht das entscheidende Moment des Wahlerfolgs der AfD darstellte. Erkenntnisse des Instituts für Demoskopie in Allensbach über die potenziellen Unterstützer der AfD zeigten jedoch, dass sich 80% derjenigen, die die AfD zu wählen beabsichtigten, eine Rückkehr zur nationalen Währung wünschten; 68% waren überzeugt, dass die Nachteile des Euro für Deutschland überwiegen und 75% glauben nicht daran, dass es den Euro in zehn Jahren noch geben wird. Mit den Worten von Renate Köcher: „Die potenziellen Unterstützer der ‚Alternative' sind nicht signifikant stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung über die Krise in der Eurozone beunruhigt. Aber sie halten die gesamte Konstruktion einer Währungsunion für einen Irrweg und hoffen entsprechend, dass die Krise dazu beiträgt, diesen Weg zu beenden. Als Übergangslösung plädieren sie mit großer Mehrheit für den Ausschluss überschuldeter Länder."[18]

Die CDU hat in den vergangenen mehr zwölf Jahren der Kanzlerschaft Merkels eine Entwicklung genommen, die sie sowohl wirtschaftspolitisch eher in die Nähe der Sozialdemokratie rückte als neoliberal ausprägte als auch gesellschaftspolitisch mit den liberalen, urbanen Mittelschichten verband. Bereits heute erscheint ein Bündnis aus Union und Grünen einigen als logische politische Repräsentation einer Gesellschaft, in der die ideologischen Großthemen der Bonner Republik, die noch Schröders rot-grüne Kanzlerschaft prägten, ihre Dominanz verloren haben. Die Kanzlerin hat in ihrer seit 2005 dauernden Amtszeit mit den wechselnden Partnern SPD und FDP die Wehrpflicht abgeschafft, Atomkraftwerke abgeschaltet, die Energiewende eingeleitet und auch führende Unionspolitiker für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe plädieren. Sie hält beharrlich an ihrer Flüchtlingspolitik des „Wir schaffen das" fest – gegen den heftigen Widerstand der CSU und Teile ihrer eigenen Partei.[19]

Der FDP gelang es in der Zeit ihrer Beteiligung an der Bundesregierung nicht, ein Gegengewicht zur Union zu bilden. Denn in den wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragen, aus der sich die Unzufriedenheit der Konservativen speiste, ging die FDP mit dem Zeitgeist und in den wirtschaftspolitischen Positionen lagen die Liberalen gegen den Mainstream der AfD, der in seiner Mischung aus Abschottung, Ablehnung von Freihandelsabkommen und antieuropäischen Ressentiments eher eine Tea-Party deutschen Zuschnitts darstellt, als eine neue liberale Alternative. Spätestens nachdem die liberale Partei sich in einem Mitgliederentscheid für eine Unterstützung der EU-Rettungspolitik aussprach, hatte die FDP die Gelegenheit vertan, das Gelegenheitsfenster der AfD zu schließen oder zumindest sich in den Wind zu stellen.

Die AfD entstand freilich nicht vollkommen neu, sondern als Abspaltung aus dem bürgerlichen Lager von Union und FDP durch politische Akteure, die in ihren Parteien nicht in der ersten Reihe standen. In ihrer Anfangszeit ließ sich begründet die Position vertreten, die AfD seit „geprägt von drei politischen Strömungen und Milieus: einem marktradikalen, einem nationalkonservativen und einem deutlich rechtspopulistisch affinen Milieu. Es gibt eine auffällige inhaltliche Zustimmung aus Parteikreisen zu den Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin. Ein besonders Feindbild der AfD ist die so genannte Politische Korrektheit – die These, dass Medien und Politik vom angeblichen Diktat einer linksgestrickten ‚political correctness' beherrscht seien."[20]

Mittlerweile kann und sollte diese Position nicht mehr vertreten werden. Aus zwei Gründen:

a) Auch in ihrer Gründungsphase spielten Lucke, Henkel und Starbatty stets mit dem rechten Rand als notwendigem Elektorat, um die notwendige Masse an Zustimmung zu erreichen, die eine »Professorenpartei« allein nie erreicht hätte. Und speziell im Thüringer

[17] Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2014, Die Ergebnisse der Europawahl 2014. Wahlnachtbericht und erste Analyse, http://www.benjamin-hoff.de/kontext/controllers/document.php/809.6/f/10c.pdf.
[18] Renate Köcher 2013, Alternative für Deutschland?, in FAZ: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/April13_AfD.pdf.
[19] Benjamin-Immanuel Hoff 2016, Progressive Politik statt Ausschließeritis, https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/progressive-politik-statt-ausschliesseritis.
[20] http://www.boell-thueringen.de/de/2014/03/14/die-alternative-fuer-deutschland-eine-rechtspopulistische-partei

Landesverband war eine explizit rechte Strömung seit Anbeginn stark.[21] Mit der Abspaltung der Wirtschaftsliberalen von der AfD nach dem Essener Mitgliederparteitag bewahrheitete sich freilich, was Michael Hanfeld bereits im Januar des vergangenen Jahres in der FAZ vorhersagte: „2015 wird […] das Jahr, in dem die AfD das Uneigentliche der Neuen Rechten ablegt und Klartext spricht. Sie tut nicht mehr nur so, sie sei der deutsche 'Front National'".[22]

b) Die genannten drei Strömungen sind, wie Decker feststellt, „nicht nur miteinander vereinbar, sondern in gewisser Hinsicht […] aufeinander bezogen. Zusammen bilden sie die ‚Gewinnerformel' der neuen Rechtsparteien, in die sich auch die euroskeptischen Positionen problemlos einfügen. Der Populismus fungiert dabei als übergreifendes Scharnier. Er steht für die Anti-Establishment-Orientierung der Partei […] und für ihren Anspruch, das ‚eigentliche' Volk beziehungsweise dessen schweigende Mehrheit zu vertreten."[23]

Scheitern kann die AfD derzeit nur an sich selbst. Organisatorisch ist sie in einer Weise gefestigt, wie keine Rechtspartei vor ihr. Keiner außerparlamentarischen Kraft gelang in der Geschichte der Bundesrepublik ein solches Wahlergebnis.

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass auch aus den nun entstehenden drei Landtagsfraktionen mit insgesamt 64 Landtagsabgeordneten analog zur Europafraktion, den Fraktionen in Bremen und Thüringen potenziell Abgänge durch Abspaltungen zu verzeichnen sein könnten, würde dies auf die Konstitution der Partei zunächst wenig Einfluss haben. Diese Landtagswahlen werden der Partei einen Rückenwind verschaffen, der über die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit hoher Wahrscheinlichkeit bis ins nächste Jahr (u.a. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen) bis zur Bundestagswahl reichen wird. Bei der Bundestagswahl 2013 wählten rund 2 Millionen Wahlberechtigte die AfD. Nun gaben allein in Baden-Württemberg rund 809.000 Wähler/-innen der AfD ihre Stimme.

Die Sogwirkung auf Rechtsextreme wird sich durch dieses Wahlergebnis verstärken. Dies kann zu einer De-Stabilisierung in der Wähler/-innenbindung führen. Wie wahrscheinlich dies ist, wird abzuwarten sein und sicherlich auch davon abhängen, inwieweit die Parteien der Bundesregierung weiterhin den erfolglosen Versuch unternehmen, sich mit der AfD durch Übernahme von Positionen des AfD-Diskurses auseinanderzusetzen.

Auf der Nachfrageseite sieht, mit den Worten von Decker für den Rechtspopulismus rosig aus[24]: „Die Motivlagen der AfD-Wähler lassen sich vielleicht mit dem Begriffspaar Unsicherheit und Unbehagen am besten umschreiben. Unsicherheit bezieht sich dabei mehr auf die soziale Situation, also die Sorge vor Wohlstandsverlusten, während Unbehagen auf kulturelle Entfremdungsgefühle abzielt, den Verlust vertrauter Ordnungsvorstellungen und Bindungen. […] Vergegenwärtigt man sich die immensen Herausforderungen und den Veränderungsdruck, mit denen die europäischen Gesellschaften in den kommenden Jahren und Jahrzehnten konfrontiert sein werden – von der demografischen Entwicklung über die ökonomischen und ökologischen Probleme bis hin zu den anhaltenden Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg – besteht kein Grund anzunehmen, dass sich an dieser Motivlage grundsätzlich etwas ändern könnte. Dem Rechtspopulismus werden also die Themen nicht ausgehen."[25]

---

[21] Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2015, Rechtskonservativ statt wirtschaftsliberal, https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/dienst-an-volk-und-vaterland.
[22] http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/neue-rechte-marschiert-afd-und-pegida-13348947.html
[23] Decker 2015, a.a.O., S. 113.
[24] Decker 2015, a.a.O., S. 121.
[25] Decker 2015, a.a.O., S. 121f.

PEGIDA – Themenbeschleuniger und zivilgesellschaftlicher Koalitionspartner der AfD

Die PEGIDA-Bewegung ist ein Phänomen, das 2014 im bundesdeutschen politischen Raum auftauchte und über das Jahr 2015 hinweg dafür Sorge trug, dass die politische Agenda der AfD im öffentlichen Bewusstsein Beachtung und Repräsentanz fand. Über die PEGIDA-Bewegung sind zwischenzeitlich ebenfalls nützliche Analysen[26] veröffentlicht worden, die wiederum im Rahmen der hier vorgelegten Analyse nur schwer nachgezeichnet werden können.

Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstrant/-innen in Dresden durch ein Team der TU-Dresden[27] erbrachte im Januar des vergangenen Jahres folgende Erkenntnisse, die die These stützen, dass auch wenn zwischen der AfD und PEGIDA keine offizielle Partnerschaft besteht, die PEGIDA-Bewegung in jedem Falle als Themenbeschleuniger und zivilgesellschaftlicher Koalitionspartner der AfD gewertet werden kann:

- Die befragten Teilnehmer der Demonstrationen gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ sind nur zu knapp einem Viertel durch „Islam, Islamismus oder Islamisierung“ motiviert.
- Das Hauptmotiv für die Teilnahme an PEGIDA-Demonstrationen ist eine generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“. An zweiter Stelle wird die Kritik an Medien und Öffentlichkeit genannt; an dritter Stelle folgen grundlegende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern, dabei sind Vorbehalte gegen Muslime bzw. den Islam besonders ausgeprägt.
- In den Befragungen kommt die Wahrnehmung einer tiefen Kluft zum Ausdruck: zwischen den Massenmedien, der veröffentlichten Meinung und der etablierten Politik auf der einen Seite und den Problemen des Bürgers und dem „Willen des Volkes“ auf der anderen Seite.

Aus Sicht der Dresdner Wissenschaftler ließ sich daraus schließen: „Auch wenn sich PEGIDA dem Namen nach gegen die Islamisierung des Abendlandes wendet, sind die Kundgebungen für die Mehrheit der Teilnehmer in erster Linie eine Möglichkeit, tief empfundene, bisher nicht öffentlich artikulierte Ressentiments gegenüber politischer und meinungsbildender Elite zum Ausdruck zu bringen. Diese Gegenüberstellung von ‚Die da oben‘ und ‚Wir hier unten‘ in Kombination mit fremdenfeindlichen Einstellungen wird traditionell zum rhetorischen Arsenal rechtspopulistischer Strömungen gerechnet.“[28]

Auch Infratest dimap ermittelte im Januar des vergangenen Jahres die politische Stimmung zu PEGIDA im Rahmen des Januar-DeutschlandTRENDS. Rund jeder fünfte Befragte äußerte damals Verständnis für die PEGIDA-Bewegung, in Ostdeutschland sogar jede Vierte.

Verständnis für Protestmärsche der „Pegida“-Bewegung									
Bundesweit Verständnis vor bzw. nach Anschlag in Paris				Sehr großes / großes Verständnis			Wenig / gar kein Verständnis		
Vor Paris		Nach Paris		Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
+	-	+	-						
21	76	22	72	22	20	26	72	73	69
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2015									

[26] Vgl. u.a. Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller 2015, PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden

[27] Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller 2015, Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung unter PEGIDA-Demonstranten in Dresden: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/studie_vorlaender_herold_schaeller

[28] https://tu-dresden.de/aktuelles/newsarchiv/2015/1/pegida_pk

Verständnis für Protestmärsche der „Pegida“-Bewegung nach Parteianhänger/-innen							
Bundesweit	Gesamt	Union	SPD	LINKE	Grüne	AfD	Nichtwähler
Sehr großes / großes Verständnis	21	23	14	25	6	**76**	36
Wenig / gar kein Verständnis	76	75	85	75	94	24	58
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2015							

Differenziert nach Parteianhänger/-innen bzw. Nichtwähler/-innen äußerten drei Viertel der AfD-Anhänger/-innen Verständnis für die PEGIDA-Bewegung und rund ein Drittel derjenigen, die angaben, nicht zur Wahl zu gehen. Der AfD-Anteil lag somit fast dreimal so hoch wie bei Linkspartei und CDU, von deren Anhänger/-innen je rund ein Viertel – zumindest zum damaligen Zeitpunkt – Verständnis für PEGIDA zeigte.

Die persönliche Bereitschaft, an einer PEGIDA-Demonstration teilzunehmen war in Gesamtdeutschland mit 7% im Januar des vergangenen Jahres gering ausgeprägt. Gleichzeitig macht der Ost-West-Vergleich deutlich, dass in Ostdeutschland mehr als jeder zehnte eine Teilnahme an den PEGIDA-Demonstrationen nicht ausschließen wollte.

Persönliche Teilnahme an einer PEGIDA-Demonstration vorstellbar					
Ja			Nein		
Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
7	6	14	92	93	85
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2015					

Die TU-Dresden hatte unter Federführung von Prof. Patzelt, in insgesamt vier Befragungswellen (Januar, April, Mai 2015, Januar 2016) die Einstellungen, Vorstellungen und soziographischen Merkmale von PEGIDA-Demonstranten erfasst.[29] Nachfolgend werden die Erkenntnisse dieser Untersuchungen mit dem Ziel der Dokumentation von empirischen Ergebnissen zitiert, ohne sich die darin enthaltenen Bewertungen zu Eigen zu machen, da zwischen den Autoren dieser Wahlanalyse und Prof. Patzelt in wesentlichen Analysefeldern manifeste Unterschiede bestehen:

„(1) Folgende Veränderungen von Ansichten und Einstellungen der Demonstranten vom Januar 2015 über April und Mai 2015 bis hin zur letzten Befragung im Januar 2016 lassen sich quantitativ belegen:

- Es zeichnet sich ein nennenswertes, auch größer gewordenes Ausmaß an Radikalität unter jüngeren PEGIDA-Demonstranten ab. Im Zusammenhang damit lässt sich eine radikalisierende Mobilisierungswirkung des Internet erkennen.
- Viele Demonstranten haben sich bis zur inneren Kündigung gegenüber unserem Staatswesen verhärtet.
- Der Anteil jener Demonstranten, welche die Teilnahme an der nächsten Bundestagswahl verweigern wollen, fiel von 32% auf 11%. Zugleich wollen viel mehr Demonstranten die AfD wählen: Der Anteil stieg von 58% auf 82%.
- Die Bereitschaft zur Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern ist gesunken: Der Anteil fiel zwischen Januar 2015 und Januar 2016 von 73% auf 51%.

[29] https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida

- Es gibt noch weniger Bereitschaft, sich einen friedlichen Islam oder friedliche Muslime als zu Deutschland passend vorzustellen: Der Anteil fiel zwischen Januar 2015 und Januar 2016 beim „friedlichen Islam“ von 33% auf 14%, bei „friedlichen Muslimen“ von 43% auf 30%.

(2) Folgende Veränderungen seit dem Januar 2015 lassen sich qualitativ belegen:

- Viele ehedem „besorgte Gutwillige“ sind zu „empörten Bürgern“ geworden. Unter ihnen haben sich wenige von unserem Staat innerlich abgewendet.
- Es hat die Selbstverständlichkeit zugenommen, sich klar xenophob und islamophob zu äußern.
- Es hat sich ein Denk- und Empfindungszusammenhang herausgebildet, von dem aus sich bruchlos auf rechtsradikale Positionen gelangen lässt, falls man sein Denken und Reden nicht diszipliniert.
- Bei den PEGIDA-Reden ist der Ton schriller geworden. Die Kritik an der politisch-medialen Klasse klingt rüder, die Darstellung von Geflüchteten sowie Muslimen viel grober als noch zu Beginn der PEGIDA-Demonstrationen. Auch wurden bisweilen nicht nur Grenzen des Anstands überschritten, sondern strafrechtliche Grenzen zumindest berührt.
- Außerdem hat sich unter nicht wenigen Kundgebungsteilnehmern eine raue, ja aggressive Stimmung gegenüber echt oder vermeintlich Andersdenkenden entwickelt, die sich vereinzelt auch in entsprechendes Handeln umsetzt.

(3) Gegen die These einer „allgemeinen Radikalisierung“ von PEGIDA spricht:

- Es gibt keinen belegbaren „Rechtsruck“ von PEGIDA seit dem Januar 2015: „rechts der Mitte“ positionierten sich damals 27%, ein Jahr später 29%. Der „Rechtsruck“ blieb also aus, obwohl sich inzwischen viele Befürchtungen der Demonstranten bewahrheitet hatten: Masseneinwanderung ohne Grenzkontrolle, islamistische Anschläge, große Kosten der Einwanderung bei geringer Beschäftigungswirkung, zerreißender gesellschaftlicher Zusammenhalt …
- Methodische Anmerkung: Da Rechtsradikale eher ein Interview verweigerten als weniger rechte Demonstranten, werden die Anteile von „sehr rechten Pegidianern“ zwar höher liegen. Es gibt aber keinen guten Grund zur Annahme, der „Lügefaktor“ habe im Januar 2015 anders gewirkt als ein Jahr später. Deshalb bleibt aussagekräftig, dass sich nur wenig verändert hat.
- Es gibt keine Zunahme einer Akzeptanz der Präsenz von Rechtsradikalen bei den Demonstrationen, sondern weiterhin eine überwältigende Ablehnung: Der Anteil stieg zwischen Januar 2015 und Januar 2016 sogar leicht von 73% auf 76%.
- Es gibt keine Zunahme der – ohnehin schon heftigen – Kritik am Funktionieren unserer Demokratie: Der Anteil der Unzufriedenen sank zwischen Januar 2015 und Januar 2016 sogar leicht von 75% auf 70%.
- Es gibt keine Hinweise darauf, zu PEGIDA kämen inzwischen …
- mehrheitlich Rassisten. Eindeutige Rassisten, nämlich auch „biologische Rassisten“, sind wohl 5-8% der Demonstranten.
- mehrheitlich Rechtsradikale. Deren Anteil ließ mit etwas über 19% errechnen. Wegen er Stichprobenverzerrung dürfte er etwas höher liegen.
- viele Rechtsextremisten. Deren Anteil – enthalten in dem der Rechtsradikalen – lässt sich auf rund 6% schätzen.

(4) Zu den weiteren politischen Einstellungen von PEGIDA-Demonstranten gehört:

- Patriotismus: Sie fühlen sich mehrheitlich als „deutsche Patrioten“ (82%).

- Demokratie: Sie kritisieren nicht mehrheitlich das Prinzip der Demokratie (21%), sondern deren deutsche Praxis (69%).
- Gerechtigkeit: Sie halten mehrheitlich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für ungerecht (78%).
- Globalisierung: Sie meinen mehrheitlich, die Globalisierung bringe eher Nachteile für Deutschland (75%) und für die Welt (80%).
- Russland: Sie meinen mehrheitlich, Russland werde in Deutschland oft zu Unrecht kritisiert (88%).
- USA: Sie meinen mehrheitlich nicht, Deutschlands solle sich auch weiterhin außenpolitisch eng mit den USA abstimmen (69%)

Mit Ausnahme des „deutschen Patriotismus“ werden alle diese Einstellung in Deutschland oft auch von ‚Linken‘ geteilt. Diese Einstellungen hängen unter den befragten Demonstranten eng mit jedem Thema zusammen, das den Pegidianern wichtig ist: Kritik an der bestehenden Demokratie, Einwanderung, „Islamisierung“. Dabei ist ein umso ‚typischerer Pegidianer‘, wer globalisierungskritischer, amerikaskeptischer, russophiler und kritischer ob der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland ist.

(5) Es lassen sich fünf Gruppen von PEGIDA-Demonstranten unterscheiden:

- Rechtsradikale: 19%, darunter etwa 5% Rechtsextremisten
- islamophobe Zuwanderungskritiker: 19%
- kulturkonservative Zuwanderungskritiker: 31%
- gutwillige Zuwanderungskritiker: 23%
- bundesdeutscher Mainstream: 8%

Das bestätigt und differenziert die Befunde der Vorgängerstudien. Wegen der Stichprobenverzerrung wird der Anteil von Rechtsradikalen etwas höher liegen.

(6) Ansonsten erhärten die Befunde das bisherige soziographische Wissen über die PEGIDA-Demonstranten: typischerweise Männer aus Dresden und Umgebung, verheiratet, älter, konfessionslos, (früher) berufstätig, gute (praxisorientierte) Bildung, durchschnittliches bis unterdurchschnittliches Einkommen.“

Verhalten von Parteien und Politikern gegenüber „Pegida“ – Vergleich mit „Pegida“-Anhänger/-innen

	Gesamt	Pegida-Anhänger
Politiker sollten auf „Pegida“ zugehen	52	85
Politiker sollten „Pegida“ ignorieren	4	3
Politiker sollten sich von „Pegida“ abgrenzen	38	5

Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2015

Wie mit PEGIDA umzugehen sei, darüber herrschte im vergangenen Jahr genauso große Unklarheit innerhalb der Wahlberechtigten, wie im Umgang mit der AfD. Rund die Hälfte der Befragten vertrat Anfang des vergangenen Jahres die Meinung, dass die politischen Akteure der etablierten Parteien auf PEGIDA zugehen sollte, während etwas mehr als ein Drittel die Abgrenzungsposition vertrat. Eine absolute Minderheit meinte, dass es sinnvoll sei, die Bewegung zu ignorieren. Bezogen auf die PEGIDA-Anhänger/-innen selbst, sprachen sich 85% dafür aus, dass die Politik auf die Demonstration zugehen sollte. Mit welcher Erwartung dieses Zugehen verbunden wurde, lässt sich angesichts der manifesten und in zunehmendem Maße verbal gewalttätigen Positionierung gegenüber den etablieren Parteien und Institutio-

nen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates aus den Befragungsergebnissen selbst nicht ablesen.

Sichtweisen zu Politik, Gesellschaft und persönlichen Lebensumständen				
	Sehr sicher / eher sicher		Eher unsicher / sehr unsicher	
	Gesamt	Pegida-Anhänger	Gesamt	Pegida-Anhänger
Sicherheit der persönlichen Lebensumstände				
Wohnumfeld	91	85	8	14
Lebensstandard	81	76	18	23
Finanzielle Absicherung im Alter	62	48	36	52
Arbeitsplatzsituation	58	65	10	11
Zukunft ihrer Kinder	51	48	28	35
Sicherheit der allgemeinen Umstände				
Wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt	85	79	13	17
Außenpolitische Situation Deutschlands	74	67	22	30
Gesellschaftliche Stabilität	63	50	33	48
Meinungen zu Politik und Gesellschaft				
Die Bürger haben kaum Möglichkeiten auf die Politik Einfluss zu nehmen	64	85	35	14
Politik ist so kompliziert, dass normale Bürger nicht verstehen, was vorgeht	58	65	41	31
Die Interessen der Bürger werden von der Politik ausreichend berücksichtigt	21	12	76	87
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2015				

Ausgehend von der Annahme, dass PEGIDA-Anhänger/-innen die Sicherheit der persönlichen Lebensumstände und die allgemeinen Umstände eher als unsicher bewerten würden, differenzierte Infratest dimap im DeutschlandTREND Januar 2015 die Antworten auf entsprechende Fragen (siehe vorstehende Tabelle). Deutlich wurde, dass die Sichtweise auf die Sicherheit persönlicher und gesellschaftlicher Umstände zum Teil signifikant skeptischer als bei der allgemeinen Bevölkerung war und das Gefühl, dass die Bürger/-innen von der etablierten Politik ausgeschlossen seien, deutlich stärker ausgeprägt.

Aufnahme von Flüchtlingen – Vergleich mit PEGIDA-Anhänger/-innen		
	Gesamt	Pegida-Anhänger
Mehr Flüchtlinge aufnehmen	30	8
Genauso viele Flüchtlinge aufnehmen wie derzeit	43	31
Weniger Flüchtlinge aufnehmen	21	50
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2015		

Dass die PEGIDA-Anhänger/-innen der Aufnahme von Flüchtlingen ebenfalls mit einer größeren Skepsis gegenüber standen, als die Gesamtbevölkerung dürfte angesichts der vorstehend dargelegten Erkenntnisse nicht überraschen und zeigte sich bereits im DeutschlandTREND Januar 2015.

Aufnahme von Flüchtlingen: Akzeptanz verschiedener Fluchtgründe: Vergleich zu AfD- und Pegida-Anhänger/-innen				
	Finde ich richtig		Finde ich nicht richtig	
	Gesamt	AfD-Anhänger	Gesamt	AfD-Anhänger
Februar 2016				
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg geflohen sind	94	76	4	19
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden	73	50	23	48
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihrem Heimatland keine Arbeit und Auskommen haben	25	5	71	94

	Finde ich richtig		Finde ich nicht richtig	
	Gesamt	Pegida-Anhänger	Gesamt	Pegida-Anhänger
Januar 2015				
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg geflohen sind	94	87	4	11
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Hunger oder Naturkatastrophen geflohen sind	83	73	15	24
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden	82	66	13	26
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die wegen Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe verfolgt werden	79	63	15	28
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihrem Heimatland keine Arbeit und Auskommen haben	41	23	55	73
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND				

Die AfD im Spiegel der Wahlforschung zu den Landtagswahlen 2016

Im Zuge der Landtagswahlen, aber auch im Rahmen der Erhebungen des DeutschlandTREND von Infratest dimap wurden Erkenntnisse über das AfD-Elektorat und Sichtweisen auf die AfD ermittelt, die nachfolgend dargestellt werden, ohne jeweils im Einzelnen eine Bewertung vorzunehmen. Hierzu wird auf den ersten Abschnitt dieses Kapitels verwiesen.

Aussagen über die AfD		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die AfD distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen	76	16
Ich finde es gut, dass die AfD den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will als andere Parteien	33	64
Die AfD ist eine gute Alternative für alle, die sich bei den etablierten Parteien nicht mehr aufgehoben fühlen	17	77
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND März 2016		

Eine Mehrheit von rund drei Vierteln der Befragten äußerte in einer bundesweiten Befragung vom März dieses Jahres die Auffassung, dass sich die AfD nicht genug von rechtsextremen Positionen distanzieren würde. Dass die AfD den Zuzug von Flüchtlingen stärker begrenzen will als andere Parteien fand wiederum die Zustimmung von einem Drittel der gleichen Befragungskohorte.

Letzteres korrespondiert mit der Einschätzung von AfD-Wähler/-innen, nachdem von allen etablierten Parteien derzeit allein die CSU bei AfD-Wähler/-innen in relevantem Maße Zustimmung gefunden hätte. Inwieweit die Tatsache, dass es sich bei der CSU um eine etablierte westdeutsche Partei handelt, eine Rolle spielt, dass die CSU in Sachsen-Anhalt bei den AfD-Wähler/-innen weniger gut als bei denjenigen aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz abschneidet, kann hier nicht abschließend geklärt werden.

„Wäre gut, wenn man hier CSU wählen könnte“					
Alle			AfD-Wähler ("Ich wähle die AfD...")		
BW	RLP	ST	BW	RLP	ST
24	25	31	61	72	57
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen					

Im LänderTREND Rheinland-Pfalz Januar 2016 ermittelte Infratest dimap 8% Wahlberechtigte, die in der Antwort auf die sogenannte Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Rheinland-Pfalz Landtagswahl wäre?“) angaben, für die AfD zu stimmen. Als Gründe für die AfD-Wahl gaben die Befragten in absteigender Relevanz an:

- Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien
- Flüchtlingspolitik der AfD
- Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung / Kanzlerin
- AfD vertritt meine Meinung / Interessen
- AfD benennt die Probleme klar / kümmert sich um die Probleme der Bürger
- Partei, die etwas für Deutschland tut
- Europapolitik / Griechenland.

Da Infratest dimap zu den Antwortkategorien keine Werte bereitstellt, lässt sich die Relevanz der Aussagen für die Befragten insoweit zusammenfassen, dass die ersten beiden Antwortkategorien die höchste Relevanz haben, die nachfolgenden vier Antworten eine mittlere bis niedrige Relevanz aufweisen und die letzte Antwort eine geringe Relevanz verzeichnet.

"Die AfD wird hauptsächlich gewählt..."						
	Alle			AfD-Wähler ("Ich wähle die AfD...")		
	BW	RLP	ST	BW	RLP	ST
...wegen politischer Forderungen	18%	17%	16%	43%	53%	52%
...als Denkzettel für andere Parteien	75%	74%	77%	55%	45%	47%
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen						

Während in vorstehender Tabelle rund drei Viertel der Nicht-AfD-Wähler/-innen davon ausgehen, dass sich im Stimmverhalten für die AfD ein Denkzettel für die etablierten Parteien Äußerung verschaffen wollte, stützen die Antworten der AfD-Wähler/-innen selbst eher die

von uns in dieser Wahlanalyse vertretene Auffassung, dass die AfD-Wähler/-innen sich in relevantem Maße bereits von den etablierten Parteien abgewandt haben und die Partei nicht trotz sondern wegen ihrer politischen Forderungen und Positionen wählen.

Die Daten von Infratest dimap spiegeln diesbezüglich ein etwas weniger konturiertes Bild. Während rund ein Viertel (27%) aus Überzeugung für die AfD stimmten, gaben rund zwei Drittel an, die AfD aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt zu haben.

Ansichten über die AfD (alle Wähler/-innen)			
	BW	RLP	ST
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen	-	46	64
Hat besser als Andere verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen	46	42	56
Gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will	33	31	48
Finde gut, dass sie Probleme bei der Integration muslimischer Flüchtlinge anspricht	-	-	46
Ist näher an den Sorgen der Bürger als andere Parteien	-	18	-
Distanziert sich nicht genug von rechtsradikalen Positionen	85	82	77
Ansichten über der AfD-Wähler/-innen über ihre Partei			
	BW	RLP	ST
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen	-	90	93
Hat besser als Andere verstanden, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen	99	99	99
Gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will	99	96	99
Finde gut, dass sie Probleme bei der Integration muslimischer Flüchtlinge anspricht	99	-	98
Wird von den Medien unfair behandelt	92	81	-
Distanziert sich nicht genug von rechtsradikalen Positionen	49	54	50
Quelle: Infratest dimap / tagesschau.de			

Der vorstehende Vergleich zwischen den Sichtweisen auf die AfD von Wähler/-innen anderer Parteien und den AfD-Wähler/-innen zeigt zweierlei: Einerseits die hohe Bedeutung einer defizitären Sicherheitseinschätzung in Verbindung mit andererseits der enormen Bedeutung des Flüchtlingsthemas. Die vermeintlich unfaire Behandlung der AfD durch die Medien steht im Kontext mit der bereits vorstehend aufgerufenen Skepsis gegenüber den etablierten Institutionen wie Medien und Politik.

Ansichten zum Thema Flüchtlingspolitik / Kriminalität – Vergleich mit AfD-Wähler/-innen in ST		
	Gesamt	AfD-Wähler/-innen
Bin erleichtert, dass derzeit nur noch wenige Flüchtlinge nach Deutschland kommen	76	91
Empfinde Flüchtlinge als eine Bereicherung für Deutschland	41	6
Habe die Sorge, dass der Einfluss des Islam zu stark wird	67	92
Habe Sorge, dass die Kriminalität ansteigen wird	67	95
Quelle: Infratest dimap / tagesschau.de		

Ausgewählte Aspekte und Erläuterungsversuche der AfD-Ergebnisse

Wir sind bereits im Kapitel III.2.1. auf die Frage eingegangen, woher die Wähler/-innen der AfD kommen und wie sich das Verhältnis zu den anderen Parteien darstellt. Im Sinne einer in sich geschlossenen Darstellungen, rufen wir diese Erkenntnisse hier erneut auf.

Woher kamen die Wählerinnen und Wähler der AfD? Nach den Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen waren 40-50% der AfD-Stimmen zuvor Stimmen kleineren Parteien einschließlich der NPD oder kamen von Nichtwählern. In Sachsen-Anhalt kamen jeweils gut ein Sechstel von den beiden zuvor größten Parteien im Landtag, CDU und LINKE, in den westdeutschen Ländern kamen ein Viertel bis ein Drittel der AfD-Stimmen von der Union.

Tabelle: Woher kommen die Wähler der AfD?

	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	NPD	Andere/Enthaltung
BW	31%	13%	7%	4%	4%		41%
RP	24%	16%	6%	4%	6%		45%
ST	17%	10%	2%	3%	17%	11%	40%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen / www.heute.de, 23:00

Die Wanderungsbilanzen von Infratest dimap vermitteln ein in der Grundtendenz ähnliches, in einzelnen Aspekten aber abweichendes Bild. Der Anteil der Stimmen von anderen kleinen Parteien und den Nichtwählern ist höher (48% in Baden-Württemberg, 53% in Rheinland-Pfalz und 62% in Sachsen-Anhalt), und der Anteil der ehemaliger LINKE-Stimmen in Sachsen-Anhalt niedriger, die Gewichtung innerhalb der einzelnen Ländern wie auch die Unterschiede zwischen ihnen weisen aber die gleiche Struktur auf.

Tabelle: Herkunft der AfD-Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl

von	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere	Enthaltung	Gesamt
in BW	188.000	88.000	68.000	18.000	22.000	151.000	207.000	742.000
Verteilung	25%	12%	9%	2%	3%	20%	28%	100%
in RP	46.000	34.000	5.000	8.000	11.000	43.000	77.000	224.000
Verteilung	21%	15%	2%	4%	5%	19%	34%	100%
in ST	38.000	21.000	3.000	6.000	29.000	52.000	104.000	253.000
Verteilung	15%	8%	1%	2%	11%	21%	41%	100%
Gesamt	272.000	143.000	76.000	32.000	62.000	246.000	388.000	1.219.000
Verteilung	22%	12%	6%	3%	5%	20%	32%	100%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap.

Welche Bedeutung haben die Stimmenverluste an die AfD für die einzelnen Parteien? Die Zusammensetzung der neuen Wählerschaft der AfD ist eine Perspektive, eine andere die Frage nach dem Anteil, den die Verluste an die AfD an allen Verlusten einer Partei an andere Parteien haben.

Tabelle: Bedeutung der Verluste an andere Parteien und die AfD						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere
BW	-402.000	-315.000	-98.000	-20.000	-28.000	-288.000
dav. AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-151.000
%	47%	28%	69%	90%	79%	52%
RP	-65.000	-52.000	-152.000	-9.000	-15.000	-47.000
dav. AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-43.000
%	71%	65%	3%	89%	73%	91%
ST	-52.000	-69.000	-15.000	-8.000	-49.000	-52.000
dav. AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-52.000
%	73%	30%	20%	75%	59%	100%
Gesamt	-519.000	-436.000	-265.000	-37.000	-92.000	-387.000
dav. AfD	-272.000	-143.000	-76.000	-32.000	-62.000	-246.000
%	52%	33%	29%	86%	67%	64%
Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016						

In Baden-Württemberg sind es FDP und LINKE, die die höchsten relativen Verluste an die AfD hinnehmen müssen, und auch für die Grünen ist die AfD der größte Gegner.

In Rheinland-Pfalz haben die „anderen" Parteien die prozentual größten Verluste an die AfD, aber auch die FDP und mit Abstand LINKE und CDU sowie SPD, während hier die Grünen kaum an die AfD verlieren.

In Sachsen-Anhalt ergibt sich eine ähnliche Rangfolge: „Andere", FDP, CDU, LINKE. Fasst man alle Zahlen zusammen, so ist der Anteil der Verluste an die AfD für die FDP mit 86% aller Verluste an andere Parteien am größten, gefolgt von der LINKEN (67%) und den kleinen Parteien (64%). Bei der Union gehen noch 52% der Verluste an die AfD, bei der SPD ein Drittel und bei den Grünen unter 30%.

Offen bleiben muss hier, wann die Abwendung und die Hinwendung zur AfD erfolgte. Ein erheblicher Teil könnte bereits bei der Bundestagswahl 2013 und/oder bei der Europa-Wahl 2014 die AfD gewählt haben.

Dass die AfD in Sachsen-Anhalt aus dem Stand 15 Direktmandate gewinnen konnte und als zweitstärkste Kraft im Landtag vertreten ist, ist nicht wirklich überraschend, wenn man die Wahlergebnisse und das Wahlverhalten im Land über einen langen Zeitraum betrachtet, wie wir dies mit unseren Wahlnachtberichten seit mehr als zehn Jahren tun.

Die für Ostdeutschland im Vergleich zu den westlichen Bundesländern insgesamt höhere Volatilität schätzte Holtmann vor rund acht Jahren in Sachsen-Anhalt als besonders ausgeprägt ein: *„Situative Unzufriedenheit mit der Performanz der Landespolitik und insbesondere mit der Arbeit der Regierenden werden folglich durch längerfristig wirksame Parteiloyalitäten, die als Puffer gegen den massiven und rapiden Entzug politischen Vertrauens bei Wahlen dienen könnten, nicht abgefedert. (…) Der in der Bevölkerung weit verbreitete Unmut über die prekäre ökonomische Situation (…) und die daraus resultierende pessimistische Einschätzung der allgemeinen und individuellen Lebenslage schlagen mit einer von Wahl zu Wahl bislang steigenden Intensität ungefiltert auf das Wahlverhalten durch."*[30]

Im Zusammenhang mit der ausgeprägten Volatilität steht das sogenannte latente Protestpotenzial. Der erhebliche Anteil derjenigen, die über ihr Wahlverhalten auch Protest ausdrücken wollen, ist kein Phänomen Sachsen-Anhalts, aber eben auch hier ausgeprägt vorhan-

[30] Everhard Holtmann 2008, Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, S. 424.

den. Dies drückte sich insbesondere in der Landtagswahl von 1998 aus, als die Deutsche Volksunion mit knapp 13% und 16 Abgeordneten in den Landtag einziehen konnte.

Ein Drittel der damaligen DVU-Wähler/-innen bejahte für sich den Zusammenhang zwischen Wahl- und Protestverhalten.[31] Doch auch in den demokratischen Parteien wurde 1998 ein Protestwähleranteil von 12,0% für die FDP und 41,3% für die damalige PDS ermittelt.[32]

Wie Holtmann festhält, liefern die Daten zur Mobilisierung des Wahlvolks und zur regionalen Diffusion des Protestpotenzials bei Wahlen einen Teil der Erklärung *„für die auf den ersten Blick überraschende Tatsache, dass der spektakuläre Wahlerfolg der DVU von 1998 ein singuläres Ereignis geblieben ist und seither bei Landtagswahlen Protestparteien der extremen Rechten und des rechten Populismus (…) ein auch nur annähernd vergleichbares Ergebnis versagt blieb. (…) Zum einen fallen die Präferenzen wählender Protestwähler nicht automatisch an Protestparteien, sondern ‚streuen' über das gesamte Parteienspektrum. (…) Zum anderen macht die ausgeprägte Wahlmüdigkeit auch vor Protestparteien offenbar nicht halt, weil große Teile der Sachsen-Anhalter mittlerweile keiner Partei mehr zutrauen, die aktuellen und künftigen Probleme des Landes wirksam anzupacken."*[33]

Der Protestwahl-These von Holtmann muss mindestens ergänzend, die These der verfestigten rechtsextremen Einstellungen in der Wähler/-innenschaft hinzugefügt werden. Bereits 1999 verwies Schieren in seiner Auswertung der Landtagswahl von 1998[34] auf eine empirische Untersuchung von Stöss/Niedermayer[35], in der diese in West und Ost ein Wähler/-innenpotenzial von zwölf bis siebzehn Prozent mit latenten rechtsextremen Einstellungen vermuteten. Es ist also anzunehmen, dass bei den DVU-Wähler/-innen nicht dasjenige Drittel von besonderer Bedeutung ist, das aus Protest DVU wählte, sondern diejenigen zwei Drittel, die aufgrund einer rechtsextremen Einstellung sich für die Wahl dieser Partei entschieden.

Mit den Worten von Schieren *„Zumeist ist es eine Kombination beider Motive (‚Protest' und ‚Überzeugung'), die zur Manifestation der vorhandenen rechtsextremen Einstellung in einer Wahlentscheidung führt und das umso mehr, wenn die Beurteilung der wirtschaftlich-sozialen Lage derart negativ ausfällt wie in den neuen Bundesländern."*[36]

Im Vorfeld der Landtagswahl 2011 ermittelte Infratest-dimap, dass 3% der Befragten sowohl im Februar als auch im März 2011 sich ihrer Wahlentscheidung für die NPD sicher waren, 7% antworteten im Februar 2011, dass sie „wahrscheinlich" die NPD wählen würden, im März 2011 betrug dieser Wert 5%. Dass sie „wahrscheinlich nicht" für die NPD stimmen würden gaben im Februar 2011 5% und im März 2011 7% an. Ein mögliches NPD-Wähler/-innenpotenzial betrug also bereits damals zwischen 8% und 15%.

[31] Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425.
[32] Vgl. Holtmann 2008, ebd.
[33] Vgl. Holtmann 2008, a.a.O., S. 425f.
[34] Stefan Schieren 1999, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/99, S. 68.
[35] Richard Stöss/Oskar Niedermayer 1998, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland im Frühsommer 1998. Arbeitspapier des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, FU Berlin, Berlin, zitiert in: Schieren 1999, ebd.
[36] Schierer 1999, ebd.

2. Der Einfluss der Flüchtlingspolitik auf das Ergebnis der Landtagswahlen

Im DeutschlandTREND Januar 2016 ermittelte Infratest dimap die wichtigsten politischen Themen, um die sich die Bundesregierung im laufenden Jahr kümmern sollte. In einer Zusammenfassung des wichtigsten und zweitwichtigsten Themas stand mit 73% das Themenfeld Flüchtlinge, Asyl, Zuwanderung, Integration an der Spitze. Auf Platz 2 mit einer Differenz von 63 Prozentpunkten erschien mit 10% der Bereich Arbeit/Beschäftigung.

Fasst man die Themensammlung zusammen, stellt sich heraus, dass von den zehn wichtigsten Themenfeldern neben dem Thema Asyl und Flucht folgende Themen durchaus mit Unsicherheit und Befürchtungen besetzt erscheinen:

- Frieden allgemein, in Syrien/Naher Osten etc. (6%)
- EU / Europa / Euro(-krise) / Griechenland (6%)
- Innere Sicherheit / Terror(-gefahr) (4%)
- Deutsches Volk, eigenes Volk/Bürger (4%).

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland insgesamt äußerten sich die von Infratest dimap im Januar 2016 Befragten weiterhin zu mehr als drei Vierteln optimistisch (sehr gut / gut: 79%) gegenüber jedem Fünften (weniger gut / schlecht: 20%). Diese Werte stimmen exakt mit denen aus dem Januar und dem Dezember 2014 überein.

Auch die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage stellte sich Ende des vergangenen Jahres aus Sicht der Befragten positiv dar. Ebenfalls rund drei Viertel der Befragten bewerteten die eigene wirtschaftliche Lage mit 76% als sehr gut / gut und 24% als weniger gut bzw. schlecht.

Diese ökonomisch positive Bewertung hatte jedoch auf die Wahlen des 13. März 2016 keinen dominierenden Einfluss. „It's the economy, stupid" – hatte in diesen Landtagswahlen wenig Aussagekraft.

Bedrohung für Deutschland durch die politische Lage in der Welt - Zeitverlauf

	Aug'14	Sep'14	Okt'14	Jan'15	Dez'15	Jan'16
Sehr bedrohlich / bedrohlich	49	58	62	44	57	58
Wenig bedrohlich / überhaupt nicht bedrohlich	51	41	38	55	42	41

Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016

Überwog im Sommer des Jahres 2014 noch sehr knapp (51:49) das Gefühl, dass die politische Lage in der Welt für Deutschland nicht bedrohlich sei, änderte sich dieses Gefühl im Zeitverlauf des Jahres 2015 bis zum Vorwahlzeitraum. Zwar noch unter dem Höhepunkt im Herbst 2014, als 62% der Deutschen eher skeptisch auf die politische Weltlage schauten, hatte das Bedrohungsgefühl im Januar des laufenden Jahres mit 58% gegenüber dem Beginn des vergangenen Jahres erneut um 14 Prozentpunkte zugenommen.

Bewertung von Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung		
	Richtig	Nicht richtig
Gewaltbereiten Islamisten bei einem konkreten Anschlagsverdacht für eine bestimmte Zeit die Annäherung an größere Veranstaltungen verbieten	88	9
Der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bei Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft haben, falls diese noch eine andere Staatsbürgerschaft besitzen	87	9
Eine grundsätzliche Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen	70	27
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016		

Die Ereignisse von Köln trugen dazu bei, diese Verunsicherung zu verstärken, auch wenn Reaktionen, wie das gehäufte Meiden von Menschenansammlungen eher eine temporäre Erscheinung war.

Ereignisse von Köln – Meiden von Menschenansammlungen						
	Gesamt		Männer		Frauen	
	Feb‘16	Jan‘16	Feb‘16	Jan‘16	Feb‘16	Jan‘16
Ja, meide Menschenansammlungen	22	30	19	21	25	37
Nein, meide keine Menschenansammlungen	71	60	75	72	67	49
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016						

Dass angesichts dessen die Flüchtlingspolitik diese Landtagswahlen überstrahlte, gehört zum Gemeingut der Analysen dieses Wahlabends. Die grundsätzliche Dimension geht jedoch weit darüber hinaus.

In einem demnächst erscheinenden Beitrag für die Zeitschrift „Luxemburg“ leuchtet Horst Kahrs diese Dimension aus[37]: Seit der deutschen Vereinigung beschäftigte und veränderte kaum ein Thema wie ›die neuen Flüchtlinge und der Islam‹ das Alltagsbewusstsein. Seit der Brandt’schen Ostpolitik hat keine politische Auseinandersetzung den öffentlichen Raum so spürbar gespalten, so viel Verbitterung und Hass erzeugt wie die heute um den Zuzug von Flüchtlingen. Die Linie verläuft quer zu Milieuzugehörigkeiten und Parteibindungen, Weltanschauungen und Lebensgefühlen, trennt Familien, Freunde, Nachbarschaften und Vereine. Gerungen wird um das vorherrschende Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft und eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung. Auch soziale Fragen werden im Gewand eines Kulturkampfes ausgetragen. Der weitere Verlauf kann mit einer weitgehenden Neuordnung der politischen Kräfte verbunden sein.

Eine gesellschaftspolitische Mehrheitsmeinung, wie das Einwanderungsland Deutschland in Zukunft aussehen soll, konnte sich bislang weder auf einem der beiden Pole noch zwischen ihnen formieren. Eine Verständigung über das Verhältnis von Asyl, verschiedenen Formen der Migration und dauerhafter Einwanderung steht seit Jahren aus. Die jahrelange Austeritätspolitik blockierte nicht nur den Aufbau einer auf Einwanderung ausgerichteten sozialen und öffentlichen Infrastruktur. Sie trug auch maßgeblich dazu bei, dass jede Ausgabe für die soziale Infrastruktur im Zusammenhang mit Flüchtlingen und ihrer Integration von vielen der bereits Ansässigen misstrauisch beäugt und hinterfragt wird: »Warum nicht schon für uns?«

[37] Horst Kahrs 2016, Gesellschaftspolitische Polarisierung – neue Unberechenbarkeit, erscheint in: Luxemburg Heft 1/2016.

Im Umgang mit den Flüchtlingen wurde die mangelnde Fähigkeit der Regierenden zur sinnstiftenden Reduktion von Unübersichtlichkeit und globaler Komplexität in aller Deutlichkeit sichtbar. Bereits seit der Finanzkrise zeitigt der vorherrschende Politikmodus, der komplexe, globale Zusammenhänge in eine medial entsprechend begleitete Abfolge von Einzelkrisen und entsprechende Narrative zerlegt, die jeweils für sich abgehandelt werden, immer mehr kontraproduktive Wirkungen, zuletzt 2015: Gegenüber der griechischen Regierung nutzte die Bundesregierung ihre politökonomische Vormacht, um die Einhaltung verabredeter Regeln und EU-Verträge durchzusetzen – dabei den Gedanken des Wettbewerbs von Volkswirtschaften innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes absolutierend. Der Primat der Austerität entwertete jegliches nichtökonomische Fundament für eine ›europäische Solidarität‹.

Angesichts der humanitären Katastrophe, die die ungarische Flüchtlingspolitik kurz darauf heraufbeschwor, entschied die Bundesregierung weitgehend im Alleingang, europäische Regelwerke wie das Dublin-II-Abkommen außer Kraft zu setzen. Damit wurde in Rechnung gestellt, dass die Menschen ohnehin schon unterwegs waren. Die Entscheidung hatte aber auch innenpolitische Gründe wie die mediale Dominanz der »Willkommenskultur« nach »Heidenau«. Ferner sollte durch eine deutsche Vorleistung die Tür für eine neue europäische Lösung offengehalten werden, deren notwendige moralische Basis man in der Griechenlandkrise zuvor allerdings verspielt hatte.

Nach dem dschihadistischen Blutbad in Paris solidarisierte sich die deutsche mit der französischen Regierung, zog in den Syrienkrieg und beteiligt sich an der Produktion neuer Fluchtursachen durch Bombardements von Dörfern und Städten, obwohl gerade die »Bekämpfung der Fluchtursachen« ein zentrales Argument gegen die populistische Fremdenabwehr war.

Aufnahme von Flüchtlingen: Akzeptanz verschiedener Fluchtgründe im Zeitverlauf					
	Jan‘15	Mai‘15	Aug‘15	Sep‘15	Feb‘16
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg geflohen sind	94	93	93	96	94
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden	82	81	80	82	73
Finde es richtig, Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihrem Heimatland keine Arbeit und Auskommen haben	41	39	28	28	25
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Februar 2016					

Die Erkenntnisse der Wahlforschung des vergangenen Jahres, basierend auf den veröffentlichten Daten des DeutschlandTREND von Infratest dimap aber auch der regionalen Länder-TRENDS geben einen Eindruck vom Wandel des öffentlichen Diskurses, der bereits Anfang des Jahres 2015 durch die PEGIDA-Demonstrationen beeinflusst war. Sichtbar wird, wie eine öffentliche Debatte, die sich anfangs an humanitären Grundsätzen orientierte und in Teilen bereit war, legale Wege zur Einwanderung nach Deutschland zu akzeptieren, sich zu einem Abwehrdiskurs im nationalen Sicherheitsstaat wandelt.

Zufriedenheit mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik von Angela Merkel							
Bundesweit	Gesamt	Union	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD
März 2016							
Sehr zufrieden / zufrieden	39	55	44	53	67	29	0
Weniger / gar nicht zufrieden	59	45	53	47	31	71	100
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND							

Im März des laufenden Jahres ist mittlerweile nur noch etwas mehr als ein Drittel mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin sehr zufrieden bzw. zufrieden, während sich knapp zwei Drittel (59%) unzufrieden äußern.

Aussagen zur Großen Koalition im Bund		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Die Koalitionspartner sollten stärker gemeinsame Lösungen vorantreiben, anstatt Streit in der Öffentlichkeit auszutragen	93	6
Ich finde es gut, dass die CDU sich sehr offensiv gegen die Kanzlerin stellt	45	52
Ich habe den Eindruck, dass die Regierung die Flüchtlingssituation in unserem Land im Griff hat	18	81
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Februar 2016		

Dies muss nicht überraschen, ebenso, dass angesichts bei dem über Wochen hinweg inszenierten Quasi-Bruch der Großen Koalition im Bund, nur noch weniger als jeder fünfte von Infratest dimap befragte Wahlberechtigte im Februar dieses Jahres der Auffassung war, dass die Bundesregierung die Flüchtlingspolitik im Griff hätte (siehe vorstehende Tabelle).

Wenn die Mitglieder des Bundeskabinetts und die die Bundesregierung tragenden Parteivorsitzenden gegenseitig unverantwortliche Politik vorwerfen und die Kanzlerin vom bayerischen Ministerpräsidenten und dem SPD-Parteivorsitzenden in die Zange genommen wird, kann Vertrauen in die Bundesregierung nicht entstehen.

Die Entscheidung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, in dieser Situation größtmögliche Nähe zur Kanzlerin zu betonen, ist angesichts dessen nur nachvollziehbar. Er füllte geschickt diejenige Lücke, die Seehofer und Gabriel gemeinsam frei gemacht hatten.

Diese Rolle konnte Frau Dreyer als SPD-Ministerpräsidentin strukturell nicht in dieser Form wahrnehmen und der CDU-Ministerpräsident Haseloff war dazu nicht bereit.

Parteikompetenzen: Welche Partei bekommt die Flüchtlingssituation am ehesten in Griff?						
Bundesweit (Januar 2016)						
Bundesweit	Gesamt	CDU-Anhänger	SPD-Anhänger	LINKE-Anhänger	Grüne-Anhänger	AfD-Anhänger
CDU	28	60	20	8	27	3
CSU	10	12	4	9	-	29
SPD	13	6	41	7	16	-
Grüne	2	-	1	4	20	1
LINKE	2	-	-	22	-	2
AfD	3	2	-	-	5	31
Keine Partei / weiß nicht	38	19	31	43	28	30
Baden-Württemberg (Februar 2016)						
	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
Grüne	22	57	9	24	6	2
CDU	21	11	58	8	30	7
SPD	7	7	-	28	2	-
AfD	7	1	3	2	-	60
FDP	2	1	-	2	23	1
DIE LINKE	2	1	-	-	-	-
Keine Partei / weiß nicht	35	21	29	36	34	27
Rheinland-Pfalz (Februar 2016)						
	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
SPD	28	65	7	42	6	7
CDU	26	9	68	3	27	8
AfD	3	-	1	-	9	52
Grüne	2	1	-	24	5	-
DIE LINKE	1	-	-	-	-	-
FDP	1	-	-	2	13	-
Keine Partei / weiß nicht	36	23	23	26	36	32
Sachsen-Anhalt						
	Gesamt	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD
März 2016						
CDU	27	73	9	21	12	8
SPD	9	1	5	41	28	-
LINKE	4	-	22	-	10	-
Grüne	1	-	-	-	7	-
FDP	1	-	-	-	-	2
AfD	7	2	-	-	-	46
Keine Partei / weiß nicht	48	24	62	37	43	43
Quelle: Infratest dimap LänderTREND / DeutschlandTREND						

Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz hatten sich die CDU-Herausforderer/-in gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin gestellt und damit versucht Punkte im Wahlkampf zu erzielen. Diese Strategie wurde von den Wahlberechtigten nicht honoriert.

Bewertung der Äußerungen von CDU-Spitzenkandidaten zur Flüchtlingspolitik Merkels						
Guido Wolfs (CDU) Stellungnahme gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik						
BaWü	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
Richtig	41	24	31	36	41	83
Nicht richtig	51	71	59	57	56	14
Julia Klöckners (CDU) Abgrenzung zu Angela Merkels Flüchtlingspolitik						
Rheinland-Pfalz	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Richtig	41	22	45	23	61	79
Nicht richtig	48	74	42	72	33	13
Quelle: Infratest dimap LänderTREND						

Unterschied zwischen Baden-Württemberg und Rheinland besteht darin, dass die Anhänger/-innen der Union in Baden-Württemberg die Stellungnahme des CDU-Spitzenkandidaten gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu mehr als 59% als nicht richtig einschätzen, während rund ein Drittel der Stellungnahme zustimmt. In Rheinland-Pfalz ist ist die CDU-Anhängerschaft mit der Abgrenzung der Spitzenkandidatin gegenüber der Kanzlerin mit relativer Mehrheit einverstanden, wenngleich sich Zustimmung und Ablehnung im Wesentlichen die Waage halten.

Wie gut haben Regierung und Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation im Griff						
Baden-Württemberg (Februar 2016)						
BaWü	Gesamt	Grüne	CDU	SPD	FDP	AfD
Sehr gut / gut im Griff	42	53	52	49	49	14
Weniger gut / gar nicht im Griff	53	42	45	43	45	85
Rheinland-Pfalz (Februar 2016)						
Rheinland-Pfalz	Gesamt	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
Sehr zufrieden / zufrieden	46	66	51	65	31	1
Weniger / gar nicht zufrieden	50	33	46	34	68	98

Sachsen-Anhalt (Februar 2016)								
Sachsen-Anhalt	Gesamt	CDU	LINKE	SPD	Grüne	AfD	Nichtwähler	Unentschiedene
Sehr gut / gut im Griff	35	39	48	49	41	16	28	28
Weniger gut / gar nicht im Griff	54	49	44	48	57	78	48	61
Quelle: Infratest dimap LänderTREND								

Eine Betrachtung der Erhebungen von Infratest dimap über das vergangene Jahr hinweg zeigen, dass die Akzeptanz ökonomisch motivierter Flucht sukzessive abgenommen hat. Im Januar 2015 vertraten noch 41% der Befragten die Meinung, dass es richtig sein, dass Deutschland Flüchtlinge aufnimmt, die geflohen sind, weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit und kein Auskommen haben (Ablehnung: 55%). Im Mai 2015 hatte sich dieser Wert auf 39% reduziert (Ablehnung: 54%) und sank bis August 2015 auf 38% ab (Ablehnung: 69%). Bis Februar 2016 sank der Wert noch einmal auf 25% (Ablehnung 71%) ab. Bei den AfD-Anhänger/-innen beträgt der Zustimmungswert 5%, während mehr als 90% wirtschaftliche Fluchtgründe für nicht akzeptabel halten.

Die nachstehende Zusammenstellung von Bewertungen der Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik zeigen in relevantem Maße die Veränderungen des politischen Diskurses über den Umgang mit Flüchtlingen. Spielten in den Monaten Oktober und November 2015 noch Fragestellungen der Integration („Mehr Geld für die bessere Integration", „Schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge") eine Rolle bzw. wurden Themen wie die Schaffung legaler Möglichkeiten zur Einreise nach Europa thematisiert und mehrheitlich befürwortet, verschob sich die Debatte ab Ende des Jahres und in den wahlentscheidenden ersten Monaten des laufenden Jahres in Richtung Abschottung und Kriminalisierung von Flüchtlingen. Dass diese Verschiebung des politischen Diskurses und nicht die Fortführung einer bis heute mehrheitlich begrüßten Flüchtlingspolitik der Kanzlerin die Funktion des Steigbügelhalters der AfD in diesen Landtagswahlen erfüllte, lässt sich weitgehend mühelos belegen.

Bewertungen der Maßnahmen der Flüchtlingspolitik		
	Richtig	Nicht richtig
März 2016		
Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	63	33
Einsatz der NATO in der Ägäis, der verhindern soll, dass Flüchtlinge über das Meer von der Türkei nach Griechenland kommen	51	43
Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	49	49
Februar 2016		
Kürzungen von Sozialleistungen für Flüchtlinge, die sich nicht registrieren lassen wollen	88	10
Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer einstufen, in die Flüchtlinge schneller zurückgeschickt werden können	78	13
Die Einrichtung von Zentren an der Grenze, um Flüchtlinge ohne Asylanspruch direkt zurückweisen zu können	77	19
Die Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	63	33
Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	53	42
Zwei Jahre kein Familiennachzug u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge	44	49
Januar 2016		
Die Einführung eines Gesetzes, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet	75	20
Die Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	61	36
Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	57	41
Bewertungen der Maßnahmen der Flüchtlingspolitik (Fortsetzung)		

Die Verweigerung der Einreise von Flüchtlingen, die keine gültigen Ausweispapiere besitzen	51	44
November 2015		
Die Einführung eines Gesetzes, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet	75	19
Die Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	71	26
Die Einrichtung von Transitzonen an der Grenze, um Flüchtlinge ohne Asylanspruch direkt zurückweisen zu können	69	26
Mehr Geld für die bessere Integration von Flüchtlingen bereitstellen	63	33
Zwei Jahre kein Familiennachzug u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge	36	56
Den Bau eines Zaunes an der Grenze zu Österreich	17	78
Oktober 2015		
Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer einstufen, in die Flüchtlinge schneller zurückgeschickt werden können	80	14
Einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge schaffen	79	17
Die Einführung eines Gesetzes, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet	77	18
Legale Möglichkeiten zur Einreise nach Europa schaffen	76	19
Sachleistungen statt Geldleistungen	71	21
September 2015		
Konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern	79	15
Sachleistungen statt Geldleistungen	72	21
Kürzungen von Leistungen an die Asylsuchenden	32	54
Verteilung der Flüchtlinge nach einer Quote auf die 28 EU-Mitgliedsländer	92	6
Legale Möglichkeiten zur Einreise nach Europa schaffen	85	12
Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	45	52
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND		

Zuletzt im August 2015 hatte Infratest dimap die Haltung der Wahlberechtigten zu einem Einwanderungsgesetz veröffentlicht. Die Frage lautete: „Im Zuge des Zustroms von Flüchtlingen nach Deutschland wird über ein Einwanderungsgesetz diskutuert, das Zuwanderung nach Deutschland umfassend regeln soll.

Befürworter sind der Meinung, dass man Zuwanderung so vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels steuern und auch Flüchtlingen den Weg in den Arbeitsmarkt erleichtern könnte. Kritiker halten den bestehenden gesetzlichen Rahmen für ausreichend und glauben, dass mit eine, solchen Gesetz zusätzliche Anreize für Zuwanderung geschaffen werden“.

Gefragt, ob die Befragten für oder gegen ein solches Einwanderungsgesetz seien, antworteten sich zum damaligen Zeitpunkt 63% für ein solches Einwanderungsgesetz, während 27% ein solches Gesetz ablehnten.

Es hätte also durchaus Möglichkeiten auch für die Sozialdemokratie gegeben, mit einer positiven Haltung für ein Einwanderungsgesetz und einen aktivierenden Staat, der Integrationspolitik ernst nimmt, gegenüber der in sich zerstrittenen Merkel-CDU zu punkten.

Bewertungen der Maßnahmen der Flüchtlingspolitik - Zeitverlauf						
Finde ich richtig…	Sep‘15	Okt‘15	Nov‘15	Dez‘15	Jan‘16	Feb‘16
…Einrichtung von Grenzzentren / Transitzonen	-	65	69	-	-	77
…Einführung einer nationalen Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen	-	-	71	72	61	63
… Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern	45	-	-	-	57	53
…Aussetzung des Familiennachzugs u.a. für Bürgerkriegsflüchtlinge	-	-	36	46	-	44
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Februar 2016						

Stattdessen zeigt ein Vergleich der Daten aus dem Februar 2016 mit den, in den Vormonaten erhobenen Daten, wie stark die Popularisierung einiger vermeintlicher Lösungswege die öffentliche Meinung bewegte bzw. inwieweit eine rationale Debatte über die Folgen einzelner Forderungen (z.B. Begrenzung des Familiennachzugs) ebenfalls Wirkungen in der öffentlichen Meinung hinterließ.

Die Zustimmung zur Forderung nach Einrichtung von Abschiebezentren an der Grenze nahm bei den von Infratest dimap Befragten zwischen November 2015 und Februar 2016 um 8 Prozentpunkte zu, die Zustimmung zu nationalen Obergrenzen nahm gegenüber Januar 2016 um 2 Prozentpunkte zu. Abgenommen hatte hingegen um 4 Prozentpunkte gegenüber Januar 2016 die Zustimmung zur Forderung nach Wiedereinführung von EU-Grenzkontrollen und um 2 Prozentpunkte die Zustimmung zur Begrenzung des Familiennachzugs für Bürgerkriegsflüchtlinge.

In ähnlicher Form nahmen – im Geleitzug eines Obergrenzen- und Abschottungsdiskurses – die Sorgen über die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland zu.

Sorgen über die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland		
Ich habe Sorgen, dass…	Ja	Nein
…die Kriminalität in Deutschland ansteigen wird	60	39
…die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird	57	42
…der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird	50	47
…sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändern wird	47	51
…die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt steigen wird	27	71
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND März 2016		

Zuwanderung: Eher Vor- oder Nachteile für Deutschland?							
Bundesweit	Gesamt	Union	SPD	LINKE	Grüne	AfD	Nichtwähler
Eher Vorteile	38	43	49	62	71	0	24
Eher Nachteile	41	34	30	23	14	94	64
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND Januar 2016							

Zuwanderung: Eher Vor- oder Nachteile für Deutschland? West-/Ost-Vergleich								
Zuwanderung hat eher Vorteile			Zuwanderung hat eher Nachteile			Spontan: sowohl als auch / beides / weder noch		
Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
45	48	34	33	29	45	18	17	15
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND September 2015								

Die Daten zeigen, dass im Bundesvergleich die Skepsis gegenüber der Flüchtlingszuwanderung in Ostdeutschland bereits im Herbst des vergangenen Jahres signifikant stärker ausgeprägt war. Vorteile sahen in Ostdeutschland durch die Zuwanderung nur ein knappes Drittel der Wahlberechtigten, während in Westdeutschland annähernd jeder Zweite zu diesem Zeitpunkt diese Auffassung vertrat.

Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei der Frage im August 2015, ob Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte, genauso viele wie zum damaligen Zeitpunkt oder weniger. Bundesweit sprachen sich gegenüber Januar 2015 im August 9% weniger Befragte für eine Steigerung der Flüchtlingsaufnahmezahlen aus (August: 23%, Januar: 30%). Die Zahl der derjenigen, die dafür plädierten, weniger Flüchtlinge aufzunehmen, hatte sich gegenüber Januar 2015 von 55% auf 38% (-17%) reduziert. In Ostdeutschland plädierte damals bereits fast jeder Zweite für die Reduktion der Flüchtlingszahlen. Durchaus mit dem Argument, dass eine zu große Zahl von Flüchtlingen eine Überforderung staatlicher Integrationspolitik darstellen könnte.

Aufnahme von Flüchtlingen West-/Ost-Vergleich								
Mehr Flüchtlinge aufnehmen			Genauso viele Flüchtlinge aufnehmen wie derzeit			Weniger Flüchtlinge aufnehmen		
Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
23	24	17	34	36	29	38	35	47
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND August 2015								

Im Vergleich zum DeutschlandTREND von September 2015 sank bis März 2016 der Anteil derjenigen Befragten, die sich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge schämten um 4 Prozentpunkte ab, gleichzeitig sank um 6 Prozentpunkte der Anteil derjenigen, die der Auffassung waren, dass Flüchtlinge und Migrant/-innen behördlich ausreichend vor fremdenfeindlichen Übergriffen geschützt sind.

Einstellung zu fremdenfeindlichen Übergriffen und Protesten gegen Flüchtlinge		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
März 2016		
Ich schäme mich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge	83	15
Politiker sollten die Übergriffe gegenüber Flüchtlingen stärker verurteilen	76	21
Die Behörden tun genug, um Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen	34	58

Einstellung zu fremdenfeindlichen Übergriffen und Protesten gegen Flüchtlinge		
März 2016		
Ich finde es gut, dass sich Privatleute vor Ort für Flüchtlinge engagieren	95	4
Ich schäme mich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge	87	11
Die Politik in Deutschland kümmert sich angemessen um die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge	45	50
Es macht mir Angst, dass so viele Flüchtlinge zu uns kommen	38	59
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND		

Insgesamt zeigt jedoch auch dieser Vergleich, wie sich das politische Stimmungsbild vom öffentlichen Interesse an der Situation der Flüchtlinge und der Befürwortung von zivilgesellschaftlichem Engagement für Flüchtlinge vor Ort, dass sich nicht zuletzt aus Skepsis gegenüber ausreichendem behördlichen Erstaufnahmemanagement speiste, zur Debatte darum, ob die Behörden die Flüchtlinge ausreichend vor fremdenfeindlichen Übergriffen schützen.

Bestürzen muss, dass bereits im September 2015 im gesamten Bundesgebiet nur 40% der Befragten die Auffassung vertraten, die Behörden würden Flüchtlinge nicht genug vor fremdenfeindlichen Übergriffen schützen, während jeder Zweite (50%) dies verneinte. Im Ost-West-Vergleich waren die Ostdeutschen gegenüber dem behördlichen Sicherheitsmanagement skeptischer als im Westen (Behörden tun genug: 41% (West) : 36% (Ost); Behörden tun nicht genug: 49% (West) : 55% (Ost)).

Aussagen zum Thema Flüchtlinge		
	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu
Ich glaube, dass Flüchtlinge perspektivisch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden	56	40
Es macht mir Angst, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen	50	48
Ich empfinde Flüchtlinge als eine Bereicherung für das Leben in Deutschland	46	48
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND November 2015		

In den Monaten ab September 2015 hatte Infratest dimap im DeutschlandTREND die Frage gestellt, ob die Befragten Angst davor haben, dass viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Im Zeitraum zwischen September und Oktober nahm die Zustimmung zu dieser Aussage von 38% im September auf 51% im Oktober 2015 zu.

Im November 2015 fragte Infratest dimap diejenigen 50%, die sich eher zustimmend zur Furcht vor dem Flüchtlingsstrom äußerten, was ihnen genau Angst mache. Dazu wurden bestimmte Antwortoptionen vorgeschlagen, die in der nachfolgenden Tabelle dargestellt sind.

Auch wenn 79% der von Infratest dimap Befragten die Auffassung vertreten, dass die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch eine größere Zahl von Flüchtlingen verstärkt wird und knapp 53% der Befragten den Wohlstand in Deutschland insgesamt bedroht sahen, kann und sollte die Antwort eines verantwortlichen Politikers der Linkspartei, wie dem saarländischen Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine, nicht darin bestehen, die aktuelle Flüchtlingspolitik wenige Tage vor den Landtagswahlen zu kritisieren, um als Sozialpopulist auf der

AfD-Welle zu reiten[38]. Es ist dies im Wesentlichen die Wiederholung seiner Aussage von 2005 als er in Chemnitz formulierte: "weil der Staat verpflichtet sei, seine Bürger zu schützen, müsse er verhindern, 'daß Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen'."

Gründe für Angst, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen	
	Ja, befürchte ich
Rechte Parteien gewinnen an Zulauf	87
Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt	85
Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt wird größer	79
Die Kosten für Unterbringung und Versorgung sind zu hoch	78
Der Einfluss des Islam in Deutschland wird zu stark	78
Die Zahl der Straftaten nimmt zu	76
Die Terrorgefahr in Deutschland steigt	75
Der Einfluss fremder Kulturen in Deutschland wird zu stark	69
Der Wohlstand in Deutschland wird bedroht	53
Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird größer	49
Quelle: Infratest dimap DeutschlandTREND November 2015	

Stattdessen geht es darum, unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeitspolitik die Rahmenbedingungen von Wohnungs- und Immobilienspekulation zu benennen, die seit Jahren für unbezahlbaren Wohnraum in den Innenstädten sorgen. Also statt Spaltung eher Solidarität in der Klasse in den Mittelpunkt des politischen Agierens zu stellen und damit dem Lebensgefühl und politischen Bewusstsein derjenigen Linkspartei-Anhänger/-innen zu sein, die – wie die hier dargelegten Daten zeigen – trotz Befürchtungen in relevanter Mehrheit die aktuelle Flüchtlingspolitik unterstützen.

Auch Horst Kahrs greift diesen Gedanken im bereits erwähnten in Kürze erscheinenden Beitrag für die Zeitschrift Luxemburg auf: Die Verlockungen des Populismus und Völkischen machen allen Parteien zu schaffen, auch der Linkspartei. Lange Zeit wurde die Haltung »offene Grenzen für Menschen in Not« von etlichen Anhängern nicht geteilt, aber diese Haltung war nicht wahlentscheidend. Seit 2013 ist dies anders, seit eine politische Partei die Flüchtlingsfrage als Frage der sozialen Gerechtigkeit in Gestalt von Etabliertenvorrechten deutet. Bedenkenswert ist, was diese Abwendung verarbeitet: Seit ihrer Existenz kämpft DIE LINKE für andere Verteilungsverhältnisse, für eine »Umverteilung von oben nach unten«, aber in den Augen vieler ohne den versprochenen beziehungsweise erhofften Erfolg. Wer sich in seinen eigenen sozialstaatlichen Ansprüchen durch Fremde bedroht sieht, wird daher angsichts der angenommenen Machtlosigkeit der linken Kräfte nicht unbedingt darauf setzen, dass ausgerechnet jetzt die Umkehr der Verteilungsströme gelingt. In Ländern wie Polen und Ungarn hat die nationale soziale Frage inzwischen eine politische Heimat bei den Populisten und Völkischen gefunden. Sozialstaatlicher Nationalismus ist keine linke Perspektive.

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert zu entwickeln, hieße mehreren Anforderungen gerecht werden zu müssen: Es sollte eine schlüssige und handlungsmächtige Deutung der sozialen Frage als Frage globaler Gerechtigkeit, des gleichen Rechts auf Glück geben. Die Trennung zwischen ›sozialer‹ und ›kultureller‹ Linker sollte überwunden werden, da soziale Fragen immer auch Fragen der Lebensweise sind, des gelebten Respekts vor Gleichheit und Aufklärung. Die Vorstellung eines demokratischen Sozialstaates sollte nationalstaatliche Grenzen nicht zur Existenzbedingung haben.

[38] Vgl. dazu bereits die Kritik des Autors an früheren Aussagen Oskar Lafontaines in: Hoff 2013, Die AfD ist rechts, wir sind links, Quelle: http://www.benjamin-hoff.de/article/3790.die-afd-ist-rechts-wir-sind-links-bernd-riexinger.html

3. Erwartungen und Bewertungen politischer Kommentatoren (Andi)

In diesem Abschnitt sind Erwartungen und Bewertungen der Landtagswahlen im Spiegel des politischen Journalismus in Deutschland anhand fünf thematischer Zuordnungen aufgeführt – unterteilt in Einschätzungen vor und nach den Wahlen. Werden die Wahlen als allgemeiner politischer Richtungswechsel in der Bundesrepublik wahrgenommen (4.1)? Welche Bedeutung haben sie für Kanzlerin Merkel und die CDU (4.2)? Welche Rolle nimmt die SPD im Vor- und Nachwahldiskurs ein (4.3)? Wie werden die Ergebnisse der AfD kommentiert (4.4)? Und was ist mit der Linkspartei (4.5)? Die Auswahl der dargestellten Kommentarauszüge erhebt nicht den Anspruch auf Repräsentativität. Viel eher soll ein holzschnittartiger Überblick darüber gegeben werden, wie ausgewählte Themen im Diskurs verhandelt werden und welche Analysen und Bewertungen relevante KommentatorInnen dort anstellen.

3.1. Die Wahlen als politischer Richtungswechsel

Vor den Wahlen:

Severin Weiland, Das Ende der stabilen Republik, Spiegel Online, 26. Februar 2016:

„Auch in den Bundesländern war die "GroKo" in den vergangenen Jahrzehnten oftmals die letzte Zuflucht. Doch damit könnte es in drei Wochen vorbei sein, wenn am 13. März in drei Ländern (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) gewählt wird. Nach jüngsten Umfragen steht die Republik vor einem tiefgreifenden Wandel: Die beiden größten staatstragenden demokratischen Parteien sind zumindest in zwei Bundesländern nicht mehr in der Lage, zusammen eine stabile Mehrheit zustande zu bringen. Ist das womöglich ein erstes Zeichen auch für die kommende Bundestagswahl 2017? Der Grund ist nicht allein das Aufkommen der rechtspopulistischen AfD, die in vielen Bundesländern und auch im Bund mit der Flüchtlingskrise zweistellige Umfragewerte erzielt. Seit Langem verlieren die großen Parteien an Bindekraft: Wurde die erste große Koalition 1966 noch von 73,6 Prozent der Wahlberechtigten getragen, kam die zweite 2005 auf 53,1 Prozent und die jetzige 2013 nur noch auf 47,5 Prozent. "Dieser Bedeutungs- und Vertrauensverlust ist seit Jahrzehnten erkennbar, zunächst auf kommunaler, dann auf Landes- und zuletzt auf Bundesebene, wird aber nicht zur Kenntnis genommen", sagt der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner. Es ist die Schwäche der CDU und nicht zuletzt die der SPD, die alte Sicherheiten obsolet macht. Die Sozialdemokraten hätten schon bei der letzten Bundestagswahl nur noch 18 von 100 Wahlberechtigten an sich binden können, so Güllner.“

Holger Schmale, Das Pendel schlägt nach rechts, Berliner Zeitung, 2. März 2016:

„Tatsache ist, dass in Deutschland erstmals seit vielen Jahren die links-liberale Hegemonie über den politisch-gesellschaftlichen Diskurs zu schwinden droht. (…) Es gab (mit dem Wahlausgang 1998 – HK) eine gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland, die in ihrem Sinne tickte. Gleichberechtigung der Geschlechter, die Anerkennung homosexueller Partnerschaften, die Förderung von Minderheiten, das wurde zum gesellschaftspolitischen Grundton vieler Jahre. Allerdings begleitete ihn für geraume Zeit ein radikal neoliberaler Sound in der Wirtschaftspolitik (…) der Neoliberalismus ist erledigt, die liberale Gesellschaftspolitik hat ihn deutlich überlebt. Denn anders als von den Konservativen erhofft, erwies sich auch Angela Merkel als eine Kanzlerin der Moderne. Gleichstellung, Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung, Toleranz für offene Familienmodelle, Ausstieg aus der Atomkraft, es ging gerade so weiter. Und der Mainstream der öffentlichen und veröffentlichen Meinung trug das staunend mit. Noch spüren wir ihn. Aber es könnte der letzte Hauch sein. Das so lange in eine Richtung strebende Pendel könnte zurückschlagen. In der Debatte über die Flüchtlingspolitik ist das bereits zu merken. (…) Die bevorstehenden Landtagswahlen werden im wahrsten Sinne des Wortes Richtungswahlen sein. Sie werden mit darüber bestimmen, in welchem Ton in Deutschland künftig über Politik und Gesellschaft gesprochen werden wird. Ob Anstand, Liberalität und Weltoffenheit das Sagen haben oder Kleinmut, Abschottung und völkischer Rassismus.“

Albert Funk, Zustimmung zu Merkels Flüchtlingspolitik ist wieder gewachsen, Der Tagesspiegel, 4. März 2016:

„Bringen die Wahlen tiefer reichende Veränderungen? Sie bestätigen jedenfalls den Trend zu einer größeren Buntheit – zumindest regional. Die Prognose, dass CDU und SPD in einem großen westdeutschen Land einmal nicht mehr in der Lage sein würden, eine Koalition zu bilden, hätte vor nicht allzu langer Zeit zu Lachern geführt. In Baden- Württemberg zeichnet sich das nun ab. Was den „Spiegel“ schon zur These vom „Ende der stabilen Republik“ verleitet hat. Aber in Rheinland-Pfalz und auch in Sachsen-Anhalt reicht es noch. Ob die AfD sich längerfristig halten kann, wird auch nach den drei Wahlen unklar bleiben. Sie profitiert derzeit vor allem von der Flüchtlingskrise, davor war es die Euro-Krise. Dazwischen hat sie sich gespalten und ist nach rechts gerückt. Ein Bundestagserfolg 2017 ist nicht garantiert, und wenn der nicht kommt, helfen auch die Landtagsfraktionen wenig, das Überleben zu sichern – diese werden dann eher zum Austragungsort der inneren Widersprüche der Partei. Die FDP, deren potenzielle Wählerschaft wieder deutlicher rechts der Mitte liegt, hofft auf einen Schub, der sie in den Bundestag zurückführt – vor allem, indem es in Stuttgart zu der von Parteichef Christian Lindner gewünschten „Deutschland-Koalition“ mit CDU, SPD und FDP kommt.“

Warum die Landtagswahlen eine Zäsur werden können, stern.de, 7. März 2016:

„Beide [Merkel und Gabriel - AS] wissen: Wenn es schiefgeht, bekommen sie noch mehr Probleme. Verliert die CDU ihr Stammland Baden-Württemberg an die Grünen, bleibt Winfried Kretschmann als männlicher Merkel Ministerpräsident (er "betet" für ihr Durchhalten in der Flüchtlingspolitik), wäre das für die Kanzlerin ein Schlag ins Kontor. Die SPD, die in der Flüchtlingspolitik eisern die Kanzlerin stützt, würde sich freuen. Dabei schwankt die Ausgangslage der Genossen für den 13. März von bescheiden bis katastrophal. Büßt die SPD nach einem Vierteljahrhundert in Mainz die Macht ein, wird in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt nur noch knapp zweistellig und bleibt im Nordosten gar hinter der rechtspopulistischen AfD zurück? Das würde am Selbstwertgefühl einer geschrumpften Volkspartei empfindlich kratzen. Und wäre kein gutes Omen für Gabriels angestrebte Kanzlerkandidatur. […] Vieles scheint nach dem 13. März möglich - mit Koalitionen, bei denen sich die Republik die Augen reibt. Die drei Landtagswahlen sind kleine Volksabstimmungen über die Flüchtlingspolitik und vielleicht ein Vorgeschmack auf einen Sechs-Parteien-Bundestag 2017.“

Nach den Wahlen:

Marc Etzold, AfD wird Ost-Volkspartei, FDP läuft sich für Bundestag warm, wiwo.de, 13. März 2016:

„Keine linken Mehrheiten in Deutschland: Die etablierten Parteien lehnen eine Koalition mit der AfD ab. Die Partei wird also in keinem der drei Bundesländer Regierungsverantwortung übernehmen, ordnet das deutsche Parteiensystem aber gänzlich neu. Linke Mehrheiten sind in der aktuellen politischen Gemengelage nicht länger möglich.Für die SPD bedeutet dies, dass sie sich vorerst keine Hoffnung mehr auf das Kanzleramt machen braucht, selbst wenn sie sich zur Linken hin öffnen würde. Für die Union ist das aber nicht zwangsläufig eine positive Nachricht. Die AfD wird von rechts weiterhin Druck machen. Die Zeit des Ignorierens und Totschweigens ist vorbei. Und wenn Union und SPD im Bund zunehmend schwächer werden, drohen österreichische Verhältnisse. Dann müssten Union und SPD um die Mehrheit der Großen Koalition bangen.“

Georg Anastasiadis, Parteiensystem in Trümmern, merkur.de, 13. März 2016:

„Das wichtigste Ergebnis der Schicksalswahl am 13. März stand schon fest, bevor gestern [Die Veröffentlichung des Textes war scheinbar für den 14. März vorgesehen, obwohl er schon am 13. verfügbar war - AS] um 18 Uhr die Wahllokale schlossen: Deutschland beendet seine Politik der offenen Grenzen. Der sich ankündigende Absturz der CDU – und ihr eigener drohender Fall – ließen der Kanzlerin keine Wahl, als in Idomeni die (freilich unaus-

gesprochene) Wende ihrer Flüchtlingspolitik zu vollziehen. Angela Merkel hat die letzte Notausfahrt genutzt, um sich vor dem Wahl-Beben aus der akuten Gefahrenzone zu retten – und damit geschafft, was ihren unglücklichen Parteifreunden Guido Wolf in Baden-Württemberg und Julia Klöckner in Rheinland-Pfalz nicht mehr vergönnt war. Der Rest ist ein Desaster. Deutschlands zornige Wähler haben das Parteiensystem, wie wir es bisher kannten, in ein Trümmerfeld verwandelt: Durch den Osten der Republik weht mit dem dramatischen Erstarken der Ränder ein Hauch von Weimar; der Süden erlebt den Kollaps der SPD; und die CDU, Mitte und ruhender Pol der deutschen Nachkriegspolitik, ist eine Union in Auflösung. Die Wahlkatastrophe im schwarzen Ländle und die Havarie der hochgelobten Mainzer Kronprinzessin Klöckner, beides schien noch vor kurzem undenkbar. Dass beide Landesverbände sich zuletzt in einem durchsichtigen Manöver aus der Mitverantwortung für Merkels Flüchtlingspolitik davonstehlen wollten, hat ihren Untergang nicht verhindert, sondern beschleunigt: Wer Merkels Kurs unterstützt, wählte am Sonntag lieber gleich Rot oder Grün. Wer ihn ablehnt, die AfD. Oder die mal wieder von den Toten auferstandene FDP. Der Wähler schätzt Geradlinigkeit und keinen Wankelmut."

Sebastian Fischer, Es ist zu eng in der Mitte, Spiegel Online, 13. März 2016:

„Egal ob West oder Ost, ob reiches Baden-Württemberg, armes Sachsen-Anhalt oder ländliches Rheinland-Pfalz - die Landtagswahlen an diesem Sonntag haben einen gemeinsamen Nenner: Den Erfolg der AfD, die Etablierung der Rechtspopulisten im deutschen Parteiensystem. Es ist ein beschämender gemeinsamer Nenner. Beschämend und gefährlich. Denn das waren ja de facto keine Landeswahlen. Das waren Bundeswahlen in einigen Teilen Deutschlands, eine Mini-Bundestagswahl. Die Flüchtlingskrise hat jedes landesspezifische Thema in den Schatten gestellt. Was uns jetzt droht, das sind österreichische Verhältnisse: Die rechtspopulistische FPÖ hat sich im Nachbarland in all den Jahren fest etabliert, mischt mittlerweile im Rennen um die Kanzlerschaft mit. Der politische Diskurs ist vergiftet, Sozialdemokraten und Christsoziale scheinen zur ewigen Koalition verdammt. Was wiederum ein gefundenes Fressen für die FPÖ ist. Ein Teufelskreis. […] Um den Rechtspopulisten zu begegnen, braucht Deutschlands Demokratie letztlich wieder mehr - ja: Lagerdenken. Wieder mehr Union gegen SPD, mehr links gegen rechts, vielleicht auch eine Bürgerkoalition Schwarz/Grün oder Grün/Schwarz gegen eine neue progressive Linke um die SPD. Das würde ohne Frage mehr Leidenschaft in die deutsche Politik bringen."

Heribert Prantl, Die AfD ist gefährlicher als die NPD, sueddeutsche.de, 13. März 2016:

„Der Wahltag zeigt: Alles fließt; das angeblich Sichere ist nicht sicher. Es gibt kein Naturgesetz, wonach die SPD nur noch verlieren kann; das lehrt das Beispiel Rheinland-Pfalz; die SPD verliert freilich überall dort, wo sie als kleiner Koalitionspartner figuriert. Es ist auch kein politisches Prinzip, dass es keine Wiederauferstehung gibt; die FDP ist wieder auferstanden. Und es ist auch keine Regel, dass man mit Merkel'scher Flüchtlingspolitik nur verlieren kann: Kretschmann und Dreyer haben damit gewonnen. Archimedes hat einst seine Hebelgesetze wie folgt erklärt: Gib mir einen festen Punkt im Weltall und einen Hebel, der lang genug ist - dann hebe ich die Erde aus den Angeln. In Baden-Württemberg ist diese Physik im Politischen wirksam geworden: Kretschmann hat die CDU aus den Angeln gehoben, die dort jahrzehntelang so stark war wie die CSU in Bayern. Der Hebel war seine Person, nicht seine Partei."

Christian Tretbar/Maria Fiedler, AfD jubelt, CDU verliert – Das Protokoll eines Wahlabends, tagesspiegel.de, 14. März 2016:

„Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben die Parteienlandschaft durcheinandergewirbelt. Im Südwesten haben die Grünen die CDU überholt, in Rheinland-Pfalz hat Malu Dreyer Julia Klöckner auf den letzten Metern klar abgefangen und in Sachsen-Anhalt wird die AfD zweitstärkste Kraft. Überall wird die Regierungsbildung schwierig."

3.2. Die Bedeutung der Wahlen für Merkel und die CDU

Vor den Wahlen:

Peter Dausend/ Matthias Geis/ Tina Hildebrandt, Und was wird aus Merkel?, Die Zeit, 3. März 2016:

„Ist das eine Abstimmung über Merkels Flüchtlingspolitik? Im Prinzip ja, aber das Kreuz bei der einen oder anderen Partei ist keine eindeutige politische Willensbekundung. Gewiss, das Flüchtlingsthema hat alle anderen Themen (Bildung, Verkehr, Haushalt) überlagert, die sonst eine Rolle gespielt hätten. Deshalb hat sich die AfD, die nach ihrer Spaltung schon fast am Ende schien, wieder gefangen. […] Wenn Kretschmann gewinnt, Paradox Nummer zwei, bedeutet das eine Stärkung von Merkels Position in der Flüchtlingspolitik und eine Ohrfeige für ihre eigenen Parteifreunde. Merkel gewönne damit zwar nicht direkt Macht hinzu, ihr Kurs in der Flüchtlingspolitik wäre aber dennoch erstmals legitimiert. […] Könnte die Kanzlerin nach der Wahl stürzen oder gestürzt werden? […] Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass der Frust zu einem Aufstand führt. Denn als einzige Alternative zu Merkel gilt derzeit Wolfgang Schäuble. Und dass Schäuble Merkel stürzen würde, gilt wiederum als ausgeschlossen."

Frank Capellan/Barbara Roth, Könnte Merkel am Ende doch gewinnen?, Deutschlandfunk, 5. März 2016:

„Beschwörungsformeln. Das Klima ist vergiftet. Allerdings: Zur Ironie der Geschichte zählt auch, dass Angela Merkel am Ende doch noch gewinnen könnte, obwohl die Union an die AfD verliert. Dann nämlich, wenn es ihrer CDU aus Mangel an mehrheitsfähigen Alternativen sowohl in Stuttgart als auch in Mainz gelingt, die Staatskanzleien zurückzuerobern. Dann würde das Regieren für die Kanzlerin auch in Berlin wieder leichter. Im Bundesrat wäre ihre Flüchtlingspolitik nicht mehr vom Wohlwollen der Grünen abhängig. Ob es tatsächlich so kommt, ist allerdings noch nicht ausgemacht."

Armin Käfer, Merkel Kanzlerin [sic!] steht vor ihrem schwierigsten Sonntag, Stuttgarter Zeitung, 6. März 2016:

„So oder so werden die Wahlen am 13. März in der politischen Landschaft der Bundesrepublik wohl einen Erdrutsch auslösen. Die AfD kann sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Baden-Württemberg mit zweistelligen Ergebnissen rechnen und auch in Rheinland-Pfalz mit dem Einzug ins Landesparlament. Damit dürfte sich erstmals nahezu flächendeckend rechts der Union eine bürgerliche Konkurrenz für die schwarze Volkspartei etablieren. Das wäre für Merkels Lager mit Blick auf das Bundestagswahljahr 2017 ein schlechtes Omen. Verluste an der konservativen Flanke würde Merkels Kritiker beflügeln. […] Die Machtverhältnisse im Bundesrat werden sich an diesem Wahlsonntag nicht entscheidend verändern, egal wie die Ergebnisse ausfallen. Zurzeit hat dort kein Lager eine Mehrheit. Das würde sich auch nicht ändern, wenn die CDU zwei Länder erobern könnte, die bisher von Roten und Grünen regiert waren. Interessant wird der 13. März mit Blick auf die Wahl des Bundespräsidenten, die Anfang 2017 ansteht. Im Moment gibt es dort weder für Schwarz-Gelb (knapp 590 von 1262 Stimmen) noch für Rote und Grüne (zusammen weniger als 550) eine eigene Mehrheit."

Eckart Aretz, Die CDU im Ausnahmezustand, tagesschau.de, 7. März 2016:

„In Merkels Flüchtlingspolitik seien Landtagswahlen "kein Datum", glaubt Spreng [Politikberater - AS], sie ändere ihre Politik deshalb nicht und mache sich auch nicht davon abhängig. Statt dessen das öffentliche Bekenntnis bei "Anne Will": "Ich habe keinen Plan B". […] Für die Wahlkämpfer in der CDU, die unter Verweis auf die Stimmung an der Basis auf einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik drängen, sind das keine guten Nachrichten. Ihre Lage, so Politikwissenschaftler Schmid, ist "desolat". In ihren Wahlkreisen verspüren sie Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik. Aber zu sehr "in Richtung AfD blinken", sagt Schmid, würde den Rechtspopulisten womöglich Stimmen zutreiben und das bürgerlich-liberale Lager ver-

graulen. So präsentiert sich die Partei dem Wähler zerrissen. Eine Woche vor dem ominösen 13. März zeigen Vorwahlumfragen: Am Wahlabend könnte es für die CDU zum größten anzunehmenden Unfall kommen. […] Sollte es so kommen, stehen Merkel unangenehme Tage ins Haus. Die Gegner ihrer Politik werden ihr persönlich das Wahlergebnis ankreiden und mindestens nach einer einschneidenden Kurskorrektur rufen, möglicherweise auch nach persönlichen Konsequenzen. CSU-Chef Horst Seehofer sagte Ende Februar dem "Spiegel" auf die Frage, ob er seine Partei Merkel als Kanzlerkandidatin unterstütze, wenn sie bei ihrem Kurs bleibe: "Nächste Frage." Persönliche Konsequenzen sind indes von einer Parteivorsitzenden kaum zu erwarten, die sich tief überzeugt von ihrer Sache gibt und weiß, dass ihre persönlichen Beliebtheitswerte wieder steigen. Vielmehr dürfte sie auf landesspezifische Besonderheiten verweisen und auf ihre Standfestigkeit - anders die Spitzenkandidaten in den Ländern und vor allem die CSU, die sich mit zunehmender Nähe zum Wahltermin von ihr absetzen wollten."

Christoph Schwennicke, Klöckner in der Röttgen-Falle, Cicero, 7. März 2016:

„Die drei Landtagswahlen am kommenden Wochenende in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sind nach einer relativ langen wahlfreien Periode der erste Stimmungstest für Merkels Flüchtlingspolitik. Und diese Midterm-Wahl knapp achtzehn Monate vor der Bundestagswahl 2017 hatte an diesem Sonntag wiederum ein Vorspiel auf dem hessischen Theater. Der Befund der Kommunalwahlen in Hessen: Es kann am kommenden Wochenende für die regierende Große Koalition in Berlin noch schlimmer kommen als befürchtet. Es kann zu einem Meteoriteneinschlag in der politischen Landschaft kommen, der besonders die beiden bisherigen Volksparteien CDU und SPD bis ins Mark trifft. […] Komplexer ist die Lage für Angela Merkel. Tatsache ist, dass die Stammwähler der CDU angesichts ihrer Flüchtlingspolitik in Scharen von der Fahne gehen. Es darf also als gesichert gelten, dass die nach unten zeigenden schwarzen Balken auf die Kanzlerin zurückzuführen sind."

Nach den Wahlen:

Marc Etzold, AfD wird Ost-Volkspartei, FDP läuft sich für Bundestag warm, wiwo.de, 13. März 2016:

„Fiasko für die CDU: Noch vor vier Wochen schien ein Wahlsieg von Julia Klöckner in Rheinland-Pfalz so gut wie sicher. In Umfragen lag die CDU einst zehn Prozentpunkte vor der SPD. In den vergangenen Tagen holte SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer dann auf. Nun liegen die Sozialdemokraten mit rund fünf Prozentpunkten deutlich vor der CDU, Dreyer bleibt Ministerpräsidentin. Und selbst in Baden-Württemberg, einst Stammland der Christdemokraten, wurde die CDU deklassiert. Die Grünen unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann konnten ihren historischen Erfolg von 2011 nicht nur wiederholen. Die Öko-Partei ist nun stärkste Kraft im Ländle, die CDU muss sich mit dem zweiten Platz zufriedengeben. Kretschmann könnte nun versuchen, eine grün-schwarze Koalition mit ihm als Regierungschef an der Spitze zu bilden. Die CDU als Juniorpartner der Grünen? Die Union wird sich an ihre neue Rolle erst noch gewöhnen müssen.Die Kanzlerin wird sich für das schlechte Abschneiden ihrer Partei nicht verantwortlich fühlen. Die CDU-Spitzenkandidaten in Baden Württemberg (Guido Wolf) und Rheinland-Pfalz (Julia Klöckner) hatten in den vergangenen Wochen versucht sich von der Flüchtlingspolitik abzusetzen. Wer mir nicht folgt, wird bestraft – so dürfte die Haltung der Kanzlerin sein. Klöckner und Wolf wären in dieser Logik für ihr Scheitern selbst verantwortlich."

dpa, CDU verliert an Rückhalt und hat doch Hoffnung, zeit.de, 13. März 2016:

„Aber was ist die Lehre? Eine Analyse, die in der CDU-Zentrale kursiert, ist diese: Klarer Wahlsieger in Baden-Württemberg ist der Grüne Winfried Kretschmann, in Rheinland-Pfalz ist es Malu Dreyer von der SPD. Beide haben Merkels Flüchtlingspolitik gestützt - während sich Guido Wolf und Julia Klöckner im Wahlkampf-Schlussspurt von Merkel abgesetzt ha-

ben. So etwas schätzen CDU-Leute nicht, heißt es. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte erklärt am Abend im ZDF, es zeige sich ein paradoxes Verhalten. Wer Merkel stärken wollte, habe sich bei Kretschmann und Dreyer besser aufgehoben gefühlt. "Es gibt viel Schatten für alle", bilanziert der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer. Er meint damit die Wahlerfolge der AfD. In anderen Ländern - etwa Schweden, das lange vor Deutschland die Türen für Flüchtlinge geöffnet hatte - haben Regierungschefs seit längerem Erfahrungen mit Parteien am rechten Rand. Nun muss sich auch Merkels CDU damit befassen, die gemeinsam mit der CSU eigentlich nie eine demokratisch legitimierte Partei rechts von sich entstehen lassen wollte. CSU-Chef Horst Seehofer dürfte die Wahlergebnisse als Bestätigung werten, dass Merkel die Deutschen mit ihrer Flüchtlingspolitik überfordert habe. Merkel aber bleibt bei ihrer Linie: keine Obergrenze, keine nationalen Alleingänge, sondern eine europäische Lösung. Am Donnerstag wird sie dafür wieder in Brüssel beim EU-Gipfel kämpfen, wenn es um Vereinbarungen mit der Türkei geht.Merkels CDU hat an diesem Sonntag, den 13., eine herbe Niederlage erlitten."

Peter Frey, Wer nicht eindeutig ist, verliert, heute.de, 13. März 2016:

„Ob dieser Sonntag nun eine Bestätigung für Merkels Flüchtlingspolitik ist – oder das Gegenteil, darüber wird die Union ab heute erbittert streiten. Fakt ist: Andere, der grüne Kretschmann und die rote Dreyer, haben als explizite Unterstützer Merkels gewonnen – und in einem Akt politischer Piraterie der CDU empfindliche Niederlagen zugefügt. Die Pleite Julia Klöckners trifft die CDU besonders. Sich als beste Freundin Merkels zu inszenieren und gleichzeitig aus Angst vor der AfD politisch von ihr abzurücken – das haben ihr die Wähler nicht abgenommen. Sie bestrafen Positionswechsel und Mangel an Geschlossenheit – und dafür trägt aus der Münchner Ferne CSU-Chef Seehofer mehr Verantwortung als die Kanzlerin. Dieser Sonntag zeigt: Mit Merkels Flüchtlingspolitik lassen sich Wahlen gewinnen. Wer aber nicht eindeutig ist, der verliert."

Berthold Kohler, Die Quittung, faz.net, 13. März 2016:

„In keinem der drei Länder, in denen am Sonntag gewählt wurde, stand Angela Merkel zur Wahl. Und doch wurde überall auch über ihre Politik abgestimmt. Denn nichts treibt die Deutschen seit Monaten so um wie die Flüchtlingsfrage. Dass Merkels Kurs die CDU (und die SPD) Wähler kostet, zeigte sich in vielen Umfragen, in der hessischen Kommunalwahl und nun auch in diesen drei Wahlgängen. Die CDU konnte weder in Baden-Württemberg noch in Rheinland-Pfalz wieder stärkste Partei werden. Nichts wird es mit einer Ministerpräsidentin Klöckner, die viele schon als Hoffnungsträgerin für die Zeit nach Merkel angesehen hatten. Auch in Stuttgart kam die CDU nicht wieder auf einen grünen Zweig. Auf ihm bleibt Kretschmann sitzen – obwohl, mehr aber weil er die Kanzlerin für ihre Flüchtlingspolitik über den grünen Klee lobte. Denn Merkels Linie zieht mittlerweile viele Leute aus dem linken Lager an. So wie die Kanzlerin wurde noch kein CDU-Vorsitzender von den Grünen gepriesen. An Merkels Migrantenpolitik würde eine schwarz-grüne Koalition nicht scheitern, falls sie wegen anhaltender Schwindsucht der SPD nötig würde – die „große" Koalition ist jetzt schon manchmal zu klein. Koalitionstechnisch vergibt sich Merkel mit der Linksverschiebung der CDU nichts, soweit die CSU dabei mitmacht. Doch überlässt die CDU damit immer mehr politischen Raum der AfD, die ihn dankbar besiedelt. […] Die große Koalition bekam am Sonntag die Quittung dafür, dass ihre Flüchtlingspolitik Deutschland polarisiert wie lange nichts mehr. Wird Merkel wegen dieser Wahlergebnisse auf dem bevorstehenden EU-Gipfel ihren Kurs ändern? Da geht eher ein Kamel durch ein Nadelöhr. Wer in der CDU sollte sie dazu zwingen wollen und können? Nach diesem Sonntag hat die Partei in der Nachfolgefrage noch weniger die Wahl als zuvor."

3.3. Die Bedeutung der Wahlen für Gabriel und die SPD

Vor den Wahlen:

Frank Capellan, Wie Berlin auf die „kleine Bundestagswahl“ blickt, Deutschlandradio Kultur, 29. Februar 2016:

„Für die Sozialdemokraten steht viel auf dem Spiel. Nach 25 Jahren könnten sie in Rheinland-Pfalz erstmals die Regierung abgeben müssen. Dann wird es eng für den Parteivorsitzenden. "Als Mutter aller Schlachten" wird im Berliner Willy-Brandt-Haus die Wahl in Mainz gewertet, und Sigmar Gabriel wird vorgehalten, den Wahlkämpfern in der Flüchtlingspolitik zu wenig Rückhalt zu geben. Zu sprunghaft reagiere der Chef, Gabriel lasse eine klare Haltung vermissen. In der Frage des Familiennachzuges für Syrer ließ sich er sich von Seehofer treiben, mit Blick auf das Recht von Minderjährigen, ihre Eltern nach Deutschland holen zu dürfen, räumte er ein, die Tragweite des Vereinbarten übersehen zu haben.“

Peter Dausend/ Matthias Geis/ Tina Hildebrandt, Und was wird aus Merkel?, Die Zeit, 3. März 2016:

„Schmeißt der SPD-Vorsitzende vielleicht von sich aus hin? Aus Sicht der Sozis ist es zum Heulen: Die Überkanzlerin schrumpft auf politisches Normalmaß, die CSU randaliert, die CDU ist gespalten – doch der SPD droht ein Totaldesaster. […] SPD-Vorsitzende sind schon aus nichtigeren Gründen zurückgetreten – oder -getreten worden. Doch einen Putsch muss Gabriel nicht fürchten. Nicht weil, Paradox Nummer drei, die SPD-Führung ihn für unverzichtbar hielte, sondern weil er gebraucht wird, um die erwartete Schlappe bei der Bundestagswahl 2017 abzuholen. […] Schmeißt Gabriel im Fall eines Wahldesasters selbst hin? Wohl kaum. Er bleibt, weil er weiß, dass ein Vizekanzler in einer so prekären Lage nicht desertiert. Und weil er beweisen will, dass seine Kritiker unrecht haben. Er bleibt also aus einer Mischung aus Verantwortungsbewusstsein und Trotz. Oder weil Malu Dreyer doch gewinnt.“

Christoph Schwennicke, Klöckner in der Röttgen-Falle, Cicero, 7. März 2016:

„Für die SPD gehrt es mittlerweile darum, nicht den Status einer Volkspartei zu verlieren. Sie schwindet dahin. Bei ihr sehen die Wähler inzwischen gar keinen triftigen Grund mehr, das Kreuzchen zu machen. Angela Merkel mag einen streitbaren Kurs haben in der Flüchtlingsfrage. Aber sie hat einen Kurs. Sigmar Gabriel hat gar keinen, nicht mal einen streitbaren. Daran ändert auch sein aktueller Vorstoß nichts, dass nun neben den Flüchtlingen auch andere sozial Benachteiligte mit finanziellen Segnungen bedacht werden müssten. […] Vorsorglich hat Gabriel vor dem 13. März schon einmal versichert, dass er auch danach SPD-Vorsitzender bleibe. Allein diese Festlegung zeigt, mit welch furchtbarem Desaster er für seine Partei und für sich bei dieser Dreier-Wahl rechnet.“

Nach den Wahlen:

Florian Gathmann/Philipp Wittrock, Blitzanalyse zu den Landtagswahlen: AfD triumphiert, schwarzer Sonntag für die CDU, Spiegel Online, 13. März 2016:

„Für die SPD ist das Ergebnis in Sachsen-Anhalt ein Desaster, obwohl das schwache Abschneiden vor allem landespolitische Gründe haben dürfte. Auch in Baden-Württemberg litt die SPD unter ihrer Juniorpartnerrolle in der Koalition mit den Grünen. Dennoch ist die Stimmung nicht total im Keller: Malu Dreyer rettet die Genossen, sie rettet Sigmar Gabriel. Der Last-Minute-Sieg der Amtsinhaberin in Rheinland-Pfalz wird die Debatten über den Parteichef und die Ausrichtung der SPD nicht beenden, aber Gabriel zumindest ein bisschen stabilisieren.“

Marc Etzold, AfD wird Ost-Volkspartei, FDP läuft sich für Bundestag warm, wiwo.de, 13. März 2016:

„Die SPD kaum noch Volkspartei: Vierte Kraft in Sachsen-Anhalt und in Baden-Württemberg. Hätte Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz nicht in einem beachtlichen Schlussspurt den Wahlsieg geholt – die SPD wäre der große Verlierer dieser Wahl gewesen. Dreyer macht den Sozialdemokraten Mut. Doch zeigt sie auch das größte Problem der Partei auf. Dort, wo die SPD

Regierungsverantwortung trägt, kann sie Wahlen gewinnen. Dort, wo die SPD Juniorpartner ist, wird sie immer schwächer. Das gilt für Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt und natürlich auch für die Große Koalition in Berlin. Spätestens jetzt weiß SPD-Chef Sigmar Gabriel. Die SPD wird nicht den nächsten Kanzler stellen, egal wer Kanzlerkandidat wird."

Sebastian Fischer, Es ist zu eng in der Mitte, Spiegel Online, 13. März 2016:

„Für die SPD ist die Lage noch dramatischer als für Merkel: Gerade mal ein bisschen mehr als zehn Prozent in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg für die Sozialdemokraten, das zeugt von völliger Entkopplung von Ex-Volkspartei und Wahlvolk. Darüber kann der Sieg Malu Dreyers in Rheinland-Pfalz kaum hinwegtäuschen. Schleunigst benötigt die SPD wieder ein eigenes Profil, das sie in der Großen Koalition nicht gewinnen kann. Insgesamt 15 Jahre in der Bundesregierung seit 1998, davon sieben Jahre Große Koalition - die Partei hat sich verschlissen im ständigen Kompromisseschmieden. Es braucht wieder mehr klare Kante. Wofür steht die SPD eigentlich? Was ist ihre Botschaft? Da muss mehr kommen als der Mindestlohn. Viel mehr."

3.4. Die Bedeutung der Wahlen für die AfD

Vor den Wahlen:

Peter Dausend/ Matthias Geis/ Tina Hildebrandt, Und was wird aus Merkel?, Die Zeit, 3. März 2016:

„Mischt die AfD bald Deutschland auf? […] Der Erfolg der AfD entscheidet sich nicht in den Landtagswahlen, sondern daran, ob Politik und Gesellschaft es zulassen, dass sich die Statik der Republik nach rechts verschiebt. Die bevorstehenden Wahlen sind also wegen der Paradoxien und schwer berechenbaren Nebenwirkungen wie ein Endspiel, das leider im Nebel stattfindet. Wird Merkel nach den Landtagswahlen ihren Kurs in der Flüchtlingspolitik ändern? Das ist die große Hoffnung ihrer Gegner. Mehr Macht ist besser als weniger Macht, und gute Stimmung ist besser als schlechte. Deshalb sind die Wahlen für Merkel natürlich nicht egal. Deshalb wird sie aber ihre Politik nicht ändern. Scheitert Wolf, dann scheitert Merkel noch lange nicht. Sollte Merkel scheitern, dann nicht Baden-Württemberg, sondern in Europa."

Nach den Wahlen:

Uwe Schmitt, Wahltriumphator AfD sieht sich als „wahre Opposition", welt.de, 13. März:

„Insgesamt ist es ein beispielloser Triumph der erst Anfang Februar 2013 gegründeten Partei. Sie übertrifft damit bei Weitem frühere Erfolge rechter Parteien von NPD, DVU und Republikanern. Mit den Erfolgen im Südwesten befreit sich die AfD zudem endgültig von dem Image, ein rein ostdeutsches Phänomen zu sein. „

Georg Anastasiadis, Parteiensystem in Trümmern, merkur.de, 13. März 2016:

„Und auch das ist ein Resultat dieser Wahl: Das durch das Feuer zweier Kriege gegangene Deutschland, das so stolz darauf war, als letztes Land in Europa die Rechten aus seinen Volksvertretungen ferngehalten zu haben, wird „normal" in dem Sinne, dass sich mit der AfD auch hier eine national-populistische Kraft parlamentarisch zu etablieren beginnt. In manchen Landstrichen im Osten vollzieht sich die Radikalisierung allerdings mit einer Vehemenz, die um den Fortbestand des demokratischen Grundkonsens bangen lässt. Links- und Rechtsradikale kommen in Sachsen-Anhalt gemeinsam auf über 40 Prozent. Wer hätte gedacht, dass die anmaßenden „Wir sind das Volk"-Parolen einer vulgären Pegida-Bewegung so schnell von der Wirklichkeit bestätigt würden. Zu lange hat sich die Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik allein von einem „humanitären Imperativ" leiten lassen."

Marc Etzold, AfD wird Ost-Volkspartei, FDP läuft sich für Bundestag warm, wiwo.de, 13. März 2016:

„AfD könnte kleine Volkspartei im Osten werden: Ursprünglich hatten die Gründer um den früheren Parteichef Bernd Lucke eine „Alternative für Deutschland“ in Sachen Euro-Politik im Sinn. Drei Jahre später geht es immer noch um Alternativen – nun allerdings für die Flüchtlingspolitik. In Sachsen-Anhalt ist die AfD so stark wie Sozialdemokraten, Linke und FDP zusammengerechnet und kann über ein Fünftel der Wählerstimmen auf sich vereinen, das zweitbeste Ergebnis hinter der CDU. Zweistellige Ergebnisse holt die AfD auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.Ja, eine Stimme für die AfD in einem der drei Bundesländer ist eine Stimme gegen die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Dass die Skepsis vor Zuwanderern im Osten höher ist als im Westen überrascht nicht. Die AfD hat im Osten nun die Möglichkeit zu einer kleinen Volkspartei zu werden. Die SPD ist in vielen neuen Bundesländern bereits zur linken Kraft zweiter Wahl hinter der Linkspartei geworden. Die AfD wird nun versuchen, die CDU im rechten Spektrum anzugreifen.“

Sebastian Fischer, Es ist zu eng in der Mitte, Spiegel Online, 13. März 2016:

„Ja, das Vehikel für den Aufstieg dieser Partei, die nun in acht Landtagen vertreten ist, war fraglos die Flüchtlingskrise. Aber der rechtspopulistische Spuk wird nicht vorbei sein, wenn die Krise gelöst ist. Da darf man sich nichts vormachen. Das kriechende Gift der Rechtspopulisten ist schon zu weit vorgedrungen. Auch die bürgerliche Mitte ist nicht so mittig und sicher, wie man das glauben wollte. Gleichzeitig verliert die Linkspartei an Bindekraft für Protestwähler.“

Heribert Prantl, Die AfD ist gefährlicher als die NPD, sueddeutsche.de, 13. März 2016:

„Bemerkenswert ist freilich, dass die AfD ohne eine echte Spitzenfigur reüssiert. Warum? Man hat immer gewusst, dass es in der Bundesrepublik fremdenfeindliche Einstellungen bei bis zu zwanzig Prozent der Bevölkerung gibt - so wie in anderen EU-Ländern auch, wo sich Rechtsaußen-Parteien längst etabliert haben. In Deutschland glaubte man aber bisher, dass dieser sogenannte Bodensatz ohne charismatische Führungsfigur nicht aktiviert werden kann. Es zeigte sich nun, dass es diese Figur nicht braucht. Le Pen oder Orbán werden in Deutschland durch den zur Unperson erklärten "Flüchtling" ersetzt. Diese Unperson ist die Leitfigur der AfD geworden; sie hat das Flüchtlingsthema zur Generalmobilisierung genutzt. […] Die NPD saß vor fünfzig Jahren, in ihren erfolgreichsten Zeiten, in sieben Landtagen; die AfD sitzt jetzt in acht. Sie ist gefährlicher, als es die NPD damals war, weil sie mehr bürgerlichen Anschluss hat. Bedrohlich für eine liberal-aufgeklärte Gesellschaft ist die AfD nicht nur wegen der Wahlerfolge, sondern weil mit ihr der gesellschaftliche und politische Diskurs nach scharf rechts verschoben wird. Die von Thilo Sarrazin im Jahr 2010 freigesetzte Menschenfeindlichkeit hat in der AfD ihre Partei gefunden: Es wird heute allenthalben über Themen diskutiert, die vor einem Jahr noch als indiskutabel galten.“

3.5. Die Bedeutung der Wahlen für Die Linke

Vor den Wahlen:

Frank Capellan, Wie Berlin auf die „kleine Bundestagswahl“ blickt, Deutschlandradio Kultur, 29. Februar 2016:

„Manche Genossen hatten in Sachsen-Anhalt auf ein Linksbündnis gehofft, nichts deutet aber daraufhin, dass die Sozialdemokraten dort vor der Linkspartei landen könnten. Angesichts der im Osten besonders starken AfD ist ohnehin fraglich, ob es rein rechnerisch für ein solches Linksbündnis reichen könnte. Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag, setzt nun ganz darauf, dass sich die Sozialdemokraten nach einem weiteren Wahldesaster auf die Linke zubewegen werden: *"Die drei Wahlergebnisse werden Grundfragen aufrufen: Macht man so weiter in der Großen Koalition? Kann man auch personell so weiter agieren? Geht das, dass der Vizekanzler Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender wird, oder muss er vielleicht aus der Regierung rausgehen? Diese Debatten wird es in der Sozial-*

demokratie geben!" Doch SPD und Grüne halten die Linkspartei nach wie vor wegen ihrer außen- und europapolitischen Positionen für nicht regierungsfähig."

Nach den Wahlen:

Florian Gathmann/Philipp Wittrock, Blitzanalyse zu den Landtagswahlen: AfD triumphiert, schwarzer Sonntag für die CDU, Spiegel Online, 13. März:

„Für die Linke ist es ein gebrauchter Wahlabend. In Baden-Württemberg und Rehinland-Pfalz [sic!] weiter draußen, deutliche Verluste auch im Osten. Und die Wählerwanderung wird wohl eine unangenehme Wahrheit für Sahra Wagenknecht und Co. zeigen: dass auch die Linke viele Wähler an die AfD verloren hat."

Christian Tretbar, Die AfD wird zum Problem – für die Linke, tagesspiegel.de, 13. März 2016:

„Die CDU ist der große Wahlverlierer, keine Frage, aber danach folgt gleich die Linke. Der SED-PDS-WASG-Nachfolger offenbart an diesem Wahlabend gleich mehrere Probleme. Fangen wir im Westen an: Dort kann sich die Partei ohne eine Identifikationsfigur wie Oskar Lafontaine nicht etablieren, sie bleibt Randpartei. Dass sie ausgerechnet in Baden-Württemberg, dem Heimatland ihres Vorsitzenden Bernd Riexinger, deutlich unter fünf Prozent bleibt, dürfte nicht nur ihm selbst zu denken geben. Im Osten kann sie sich nicht weiter entwickeln. In Sachsen-Anhalt hat sie massiv verloren, was zeigt, dass Wahlerfolge im Osten keine Selbstläufer mehr sind. Die alten Kader, die sie im Osten auch getragen haben, sterben langsam aus, oder folgen ihr schlicht nicht mehr – auch wegen der Flüchtlingspolitik. Das ist eines der größten Probleme der Linken. Sie hat ihren Protest-Nimbus verloren – an die AfD. Die Linkspartei an sich hat eine antifaschistische Tradition, ist der Antifa näher als der AfD-Jugend. Das Problem ist nur, dass viele ihrer Wähler anders ticken. Sie sehen in den Flüchtlingen eine stärkerer Bedrohung als es die Parteiführung wahr haben will. Sie sehen Konkurrenz am sozialen Rand. Lafontaine weiß das und schlägt deshalb immer wieder rechte Töne an – nicht erst seit es die AfD gibt, da aber besonders laut. Erste Wahlanalysen kommen zu dem Schluss, dass 17 Prozent der AfD-Wähler beim letzten Mal noch Linke gewählt. Und die Linken-Führung? Sie wird jetzt vielleicht Sahra Wagenknecht öfter mal nach vorne schicken – oder sie öfter zurückpfeifen müssen."

Tom Strohschneider, Linkspartei zum Rechtsruck: „Ein schlechter Tag", neues-deutschland.de, 13. März 2016:

„Auch wenn der Gedanke für viele zunächst eine Zumutung sein dürfte – schon vor knapp einem Jahrzehnt war bereits einmal eine kleine Debatte über die Möglichkeiten einer Kooperation von CDU und Linkspartei in Sachsen-Anhalt entfacht worden. Der frühere CDU-Ministerpräsident Wolfgang böhmer sagte damals, er könne eine solche Kooperation gegenwärtig nicht vorstellen. Das ist nun eine Weile her. Auch der verstorbene Linkspartei-Chef Lothar Bisky hatte seinerzeit von »Notsituationen« gesprochen, in denen man »um zwei, drei Sachen durchzusetzen« mit der CDU zusammenarbeiten könne. Bisky sprach damals, diese Option sei allerdings noch »etwas fern«. Auch der linke Spitzenkandidat dieser Wahl, Wulf Gallert, hatte 2007 laut darüber nachgedacht, ob perspektivisch auch eine Kooperation mit der CDU denkbar ist. Seine Antwort damals: »Ich will nicht ausschließen, dass die Linke in acht bis zehn Jahren mit der CDU koalieren kann.« Aufmerksame Beobachter werden feststellen, dass diese Zeitspanne nun um ist. Für eine belastbare Vorhersage ist es am Wahlabend noch zu früh. In Sachsen-Anhalt wurde mit dem »Magdeburger Modell« 1994, als SPD-geführte Landesregierungen von der PDS toleriert wurden, allerdings schon einmal bundespolitischer Trendsetter."

V. Hintergründe und Rahmenbedingungen

1. Die Wahl- und Parteiensysteme

1.1. Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg entstand in Folge der Volksabstimmung von 1951 am 25. April 1952. Damit gingen die Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden im neuen Südweststaat auf.[39]

Sowohl das Wahlrecht als auch der politische Wettbewerb und Verfahren der Ämtervergabe sind durch eine starke Betonung der Regionen in diesem bislang einzig erfolgreichen Beispiel einer Länderneugliederung in der Bundesrepublik Deutschland geprägt.

Das Wahlrecht

Der baden-württembergische Landtag setzt sich aus mindestens 120 Abgeordneten zusammen, die in derzeit 70 Wahlkreisen bestimmt werden. Dabei ist das Wahlrecht in Baden-Württemberg durch eine Reihe von regionalen Besonderheiten geprägt, die den Südweststaat von den anderen Ländern und dem Bundeswahlrecht vermutlich mindestens genauso abheben, wie das Hamburger Wahlrecht den norddeutschen Stadtstaat.

Nach Art. 28 Abs. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg werden die Abgeordneten nach einem Verfahren gewählt, „das die Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl verbindet“. Dies bedeutet, Mechanismen der Persönlichkeitswahl von denen der Verhältniswahl zu differenzieren.

Die Parteien stellen entsprechend der Persönlichkeitswahl keine Regional- oder Landeslisten auf, sondern nominieren allein Kandidatinnen und Kandidaten in allen 70 Wahlkreisen (§ 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Landtagswahlen (Landtagswahlgesetz - LWG))[40]. Gemäß § 1 Abs. 3 LWG hat jede Wählerin und jeder Wähler eine Stimme. Gewählt ist, wer im Wahlkreis die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen kann (§ 2 Abs. 3 LWG).

Gemäß den Grundsätzen der Verhältniswahl wird in einer doppelten Auszählung der abgegebenen Wahlstimmen die Anzahl der gewonnenen Landtagsmandate pro Partei ermittelt.

Während bis einschließlich der Wahl 2006 die Aufteilung der 120 Mandate auf die einzelnen Parteien gemäß ihrem landesweiten Wahlergebnis nach dem *d'Hondt*-Höchstzählverfahren erfolgte, wird mit der Landtagswahl 2011 erstmals das auch bei Bundestagswahlen verwendete Zählverfahren nach *Sainte-Laguë/Schepers* verwendet. Diejenigen Parteien, denen der Sprung über die 5%-Hürde nicht gelingt, bleiben dabei unberücksichtigt.

Sodann werden, gemäß § 2 Abs. 2 LWG *„Die jeder Partei im Land zustehenden Sitze (…) auf die Regierungsbezirke im Verhältnis der von ihr dort erreichten Stimmenzahlen nach dem in Absatz 1 Satz 1 festgelegten Höchstzahlverfahren verteilt.“* Nach Abs. 3 Satz werden im Falle, dass einer Partei in einem Regierungsbezirk mehr Landtagsmandate zustehen, als sie Wahlkreisgewinner vorweisen kann, für die rechtlichen Mandate die Wahlkreiskandidaten mit den höchsten prozentualen Stimmenanteilen im Regierungsbezirk berücksichtigt. Liegt die Anzahl der zustehenden Mandate hingegen unter der Anzahl der Wahlkreisgewinner, verbleiben diese als Überhangmandate und werden zu Wahrung der Mehrheitsverhältnisse im jeweiligen Regierungsbezirk gegebenenfalls durch Ausgleichsmandate für andere Parteien kompensiert. Diese Regelung führt dazu, dass das Verhältnis der Regierungsbezirke sich im Landtag verschiebt und die Anzahl der Abgeordneten erhöht wird.[41]

---

[39] Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2002, Länderneugliederung. Ein Modell für Ostdeutschland, Opladen, S. 72ff.

[40] Gesetz über die Landtagswahlen (Landtagswahlgesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2005, GBl. 2005, 384.

[41] Vgl. Ulrich Eith 2008, Das Parteiensystem Baden-Württembergs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 105.

Das Parteiensystem

LTW BW: Parteistimmen als Anteile an allen Wahlberechtigten, 1952-2011								
Jahr	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS/LINKE	Republi-kaner	Sonstige	Wahlent-haltung
2011	25,5%	15,1%	3,4%	15,8%	1,8%	0,7%	3,8%	33,7%
2006	23,3%	13,3%	5,6%	6,2%	1,6%	1,3%	2,1%	46,6%
2001	27,8%	20,6%	5,0%	4,8%		2,7%	1,7%	37,4%
1996	27,5%	16,7%	6,4%	8,1%		6,1%	2,9%	32,4%
1992	27,4%	20,3%	4,1%	6,5%		7,5%	4,2%	29,9%
1988	34,8%	22,7%	4,2%	5,6%		0,7%	3,8%	28,2%
1984	36,5%	22,8%	5,0%	5,6%			1,2%	28,8%
1980	38,1%	23,2%	5,9%	3,8%			0,9%	28,0%
1976	42,2%	24,8%	5,8%				2,6%	24,5%
1972	41,9%	29,7%	7,1%				1,3%	20,0%
1968	30,6%	20,0%	10,0%				10,1%	29,3%
1964	30,6%	24,7%	8,6%				3,9%	32,3%
1960	22,6%	20,3%	9,1%				7,0%	41,0%
1956	29,4%	19,9%	11,4%				9,5%	29,7%
1952	22,4%	17,5%	11,2%				12,6%	36,3%
1968: 6,8% für NPD; Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Kahrs 2016.								

LTW BW: kumulierte Gewinne und Verluste bei Anteilen an Wahlberechtigten					
	1992	1996	2001	2006	2011
Gewinne	9,0%	3,9%	4,3%	4,0%	15,6%
Verluste	-10,8%	-6,6%	-8,9%	-13,2%	-2,9%
Kahrs 2016					

In seiner Analyse des baden-württembergischen Parteiensystems[42] differenziert Eith wie folgt:

- Die formative Phase des Parteiensystems in den 1950er und 1960er Jahren
- Der Aufstieg der CDU zur „Landespartei"
- Die Ausdifferenzierung des politischen Wettbewerbs seit den 1980er Jahren.

Im Ergebnis der Landtagswahl 2011 erweiterten wir[43] diese Darstellung um eine weitere Phase: Erosion der CDU-Dominanz und Aufstieg der Grünen. Diese Phaseneinteilung hat sich bewährt.

Die formative Phase des Parteiensystems in den 1950er und 1960er Jahren

Ebenso wie in Rheinland-Pfalz begünstigte die Soziostruktur des Landes die CDU, der es gelang, an die vom politischen Katholizismus geprägten Traditionen der Weimarer Zentrumspartei anzuknüpfen. Bereits früh *„kristallisierten sich die katholischen Wahlkreise im*

[42] Eith 2008, a.a.O., S. 107ff.
[43] Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2011, Die Ergebnisse der Wahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, http://www.benjamin-hoff.de/serveDocument.php?id=746&file=9/6/34e.pdf

Süden des Landes, in Mittelbaden zwischen Offenburg und Rastatt sowie diejenigen des Main-Tauber- und Ostalbkreises als verlässliche christdemokratische Hochburgen heraus. Die im Kulturkampf zusammengeschweißten katholischen Milieus Baden-Württembergs – insbesondere Oberschwabens – bildeten bis in die 1980er Jahre schier unüberwindbare Bastionen der Union."[44]

Der liberale bzw. pietistische Protestantismus, die zweite relevante Strömung und religiöser Widerpart der Union in der Wählerschaft wurde hingegen nicht von der Sozialdemokratie, sondern zunächst von den Liberalen repräsentiert, die im protestantisch geprägten Nordwürttemberg Spitzenwerte von über 30% erreichte. Träger dieser Zustimmung zur FDP/DVP waren die dort stark vertretenen kleinen und mittleren Selbständigen, Gewerbetreibenden und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.[45]

Gleichzeitig konnten die Liberalen aufgrund

- der Schwierigkeiten beim Bestreben, stark widerstreitende liberale Strömungen, insbesondere liberal-demokratischer und nationalliberaler Strömungen, in einer Partei zusammenzuführen
- sowie aufgrund der traditionellen Ausrichtung als Honoratiorenpartei

keine ausreichende Kraft entfalten, die in der Lage gewesen wäre, der Konkurrenz einer sich überkonfessionell ausgerichteten und als bürgerliche Sammlungsbewegung gegen den Sozialismus entfaltenden CDU wirksames Auftreten entgegenzusetzen.[46]

Für die Zustimmung zur Sozialdemokratie war die Konfessionsstruktur weniger bedeutsam als der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, in denen sich die Unterschiede der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes abbildeten. Die besten Ergebnisse erzielte die SPD deshalb in den *„eher industriell geprägten Wahlkreisen rund um Stuttgart sowie Nord- und Mittelbadens. Darüber hinaus gelangen überdurchschnittliche Stimmenanteile im protestantisch-pietistischen Nordschwarzwald – Calw und Freudenstadt – sowie in kleineren Industriestädten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung wie Lörrach, Reutlingen oder auch Mühlacker."*[47] Gleichwohl besaß die SPD in den 1950er und 1960er Jahren innerhalb der Arbeiterschaft *„nicht den Rückhalt, wie ihn etwa die Christdemokraten von den Katholiken erfuhren. Bei den katholischen Arbeitern profitierte hiervon in erster Linie die CDU, bei den protestantischen Arbeitern CDU, FDP und 1968 auch die NPD."*[48]

Dass trotz dieser Vorteile für die CDU die erste Landesregierung Baden-Württembergs auf einem Bündnis aus FDP/DVP mit der Sozialdemokratie und dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB-BHE) beruhte und die CDU als stärkste Partei in die Opposition gezwungen wurde, ist insoweit erstaunlich. Hintergrund dessen war jedoch ein erbitterter Streit zwischen Liberalen und Christdemokraten über die Zukunft der Konfessionsschulen, die die Liberalen abschaffen und die Union beibehalten wollte. Die Liberalen versagten einem Bündnis mit der CDU deshalb die Zustimmung und stellten für eineinhalb Jahre den ersten und bislang einzigen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, der nicht Christdemokrat war. Die aufgrund der extremen innerparteilichen Spannungen bei den Liberalen auf Bundes- wie Länderebene zwischen Sozial- und Nationalliberalen zerfallende Landesregierung wurde deshalb ab 1953 durch ein Bündnis aus CDU und SPD ersetzt, wobei Liberale und Vertriebene weiterhin in der Regierung vertreten blieben.

Der zur Stabilisierung des neuen Bundeslandes geschaffenen Allparteien-Regierung folgte zwischen 1956 und 1966 schwarz-gelbe Landesregierungen, denen zwischen 1966 und 1972 zwei Große Koalitionen folgten, nachdem die dauerhaften innerliberalen Auseinandersetzungen einen Fortbestand des Regierungsbündnisses aus Sicht des neuen Ministerpräsi-

[44] Eith 2008, a.a.O., S. 107.
[45] Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 109.
[46] Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 107f..
[47] Eith 2008, a.a.O., S. 107.
[48] Eith 2008, a.a.O., ebd.

denten Filbinger unmöglich machten. Zumal die Union zwischenzeitlich bereit war, die Konfessionsschulen in Oberschwaben durch konfessionsunabhängige christliche Gemeinschaftsschulen zu ersetzen.[49]

Zusammengefasst: Die Soziostruktur des neugebildeten Landes Baden-Württemberg begünstigte die Christdemokraten. Denen gelang es zudem in Verbindung mit

- einer überkonfessionellen Ausrichtung als Sammlungsbewegung gegen sozialistische Bestrebungen,
- einer soziostrukturell (SPD) sowie durch innere Spannungen (Liberale) geschwächten Parteienkonkurrenz sowie
- durch die Fähigkeit, über die von ihr gestellten populären Ministerpräsidenten zum Ausgleich zwischen den unterschiedlichen fusionierten Landesteilen beizutragen

und auf diese Weise die Voraussetzungen für den Aufstieg zur originären Landespartei zu schaffen.

Der Aufstieg der CDU zur „Landespartei"

„Die Klippen der Wahl waren souverän gemeistert, die kurzen Turbulenzen des Übergangs ohne sichtbaren Schaden überstanden. Die Maschinen des gut eingespielten, auf christdemokratischen Kurs getrimmten Verwaltungsapparats stampften im Takt. Lustlos und verzagt, von Selbstzweifeln geplagt, segelte das Oppositionsfähnlein hinterher."[50]

Mit diesen Worten umschrieb der frühere Regierungssprecher Lothar Späths in seinem Roman des politischen Baden-Württembergs die Realität einer zur dominierenden, zeitweise hegemonialen Landespartei gewordenen CDU. Dieser Aufschwung der CDU zur Mehrheits- und Landespartei in Baden-Württemberg beruhte im Wesentlichen auf folgenden externen und internen Aspekten.

Auf der externen Ebene des parteipolitischen Wettbewerbs gelang es der Union diejenigen liberalen Wähler/-innen aufzufangen und an sich zu binden, die von einer sich in den sechziger und siebziger Jahren zunehmend linksliberal geprägten FDP nicht mehr vertreten fühlten. Auch wenn dieser liberale Kurs, der u.a. auf den „Freiburger Thesen" der Liberalen beruhte, die Bildung einer sozialliberalen Koalition im Bund und in Folge dessen die Durchsetzung einer Vielzahl wichtiger innen- und außenpolitischen Reformen ermöglichte[51], reagierten große Teile der *„altliberalen Traditionswähler, der bäuerlich-gewerbliche Mittelstand, Handwerker, Kaufleute sowie kleinere bis mittlere Unternehmer"*[52] darauf mit Ablehnung und Abwanderung zur CDU. Diese insbesondere bei der Wahl 1972 hinzugewonnenen Wähler/-innen gab die CDU auch bei den folgenden Wahlen nicht mehr ab.

Eine Wahl später gelang der CDU zudem der Einbruch in kleinbürgerlich-sozialdemokratische Wählermilieus, die sich durch die postmaterialistische Orientierung und Themensetzung des SPD-Spitzenkandidaten und Vordenkers Erhard Eppler nicht mehr ausreichend gewürdigt und vertreten fühlten.[53]

Die so hinzugewonnenen protestantischen und städtischen Wähler/-innen bildeten den Rahmen für die von Filbinger durchgesetzte Professionalisierung der CDU, deren Entscheidungsstrukturen durch Zentralisierung einerseits gestärkt wurden, während zugleich ein ausgeklügeltes regionales und politisches Proporzsystem entwickelt wurde, das bis heute Relevanz hat – insbesondere deshalb, weil es mit ausreichender Flexibilität behandelt wird.[54]

---

[49] Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 110.
[50] Manfred Zach 1997, Monrepos oder die Kälte der Macht, Tübingen, S. 133.
[51] Vgl. Heino Kaack 1976, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriß und Materialien, Meisenheim am Glan.
[52] Eith 2008, a.a.O., S. 111.
[53] Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 114.
[54] Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 113.

Nicht zuletzt konnte die Union in den siebziger Jahren die baden-württembergischen Landtagswahlen als Plebiszite gegen die sozialliberale Bundesregierung nutzen und damit die bürgerlich-konservative Mehrheit im Land erfolgreich mobilisieren.

Kurz gefasst gelang es der CDU, das Zentrumserbe zu überwinden und von einer ländlich ausgerichteten Partei zu einer Landespartei zu werden, die sowohl im ländlichen Raum als auch in der städtisch-industriellen Arbeitswelt mehrheitsfähig war. Dies sicherte ihr zwischen 1972 und 1984 absolute Mehrheiten bei den Wähler/-innen. Auf Basis der absoluten Mehrheit der Landtagsmandate konnte sie ab 1972 zwanzig Jahre lang ohne Koalitionspartner regieren.

Die Ausdifferenzierung des politischen Wettbewerbs seit den 1980er Jahren

Wie im gesamten Bundesgebiet folgte dem Konzentrationsprozess des Parteiensystems auch in Baden-Württemberg eine Ausdifferenzierung durch das Aufkommen neuer Parteien, insbesondere der Grünen. Deren parlamentarische Repräsentanz ebenso wie die zeitweise Vertretung der Republikaner im Landtag war jedoch nicht geeignet, die Vormachtstellung der CDU ernsthaft in Frage zu stellen.[55]

Die Entstehung der Grünen verstärkte noch einmal den Druck auf die SPD und verringerte deren eigenständige Machtperspektive. Während die materialistisch geprägten Wähler/-innen des Arbeitermilieus in Richtung CDU und mit dem Aufkommen der Republikaner auch dorthin diffundierten, verlor die SPD im neuen Mittelstand, gebildet aus Beschäftigten in Humandienstleistungsberufen, aber auch gehobenen Angestellten- und Beamtenpositionen, an die Grünen. *„Über zwei Jahrzehnte hinweg konnte die SPD den Spagat zwischen traditioneller Arbeiterschaft und postmaterialistischen Bildungseliten trotz wechselnden Führungspersonal nicht auflösen."*[56]

Die von Beginn an bürgerlich geprägten Grünen in Baden-Württemberg, die dennoch vor heftigen Konflikten zwischen sogenannten Fundis und Realos nicht gefeit waren[57], verfolgten spätestens ab 1992 – auch wenn damals eine Machtablösung der CDU ein Ziel des Wahlprogramms war – mit den schwarz-grünen Sondierungsgesprächen das Vorhaben, zu einer Auflockerung der parteipolitisch zementierten Verhältnisse (Raschke) beizutragen, zumal der SPD eine Regierungsfähigkeit kurzerhand abgesprochen wurde. Dieser Kurs, seit einigen Jahren repräsentiert durch den Fraktionsvorsitzenden und Ministerpräsidentenkandidaten für die Landtagswahl 2011, Winfried Kretschmann, ist seitdem unbestritten und in den Medien wurde im Verlauf des Landtagswahlkampfes 2011 darauf hingewiesen, dass die rot-grüne Orientierung bei dieser Landtagswahl sowohl Ironie der Geschichte als auch letztlich Ergebnis eines gescheiterten politischen Projektes Kretschmanns ist, für dessen Scheiterns sowohl die Politik von Mappus als auch letztlich die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 verantwortlich ist.

Die Republikaner waren ab 1992 für zwei Wahlperioden im Landtag vertreten und rekrutierten ihre Wählerschaft vor allem im Nordschwarzwald sowie in Nordwürttemberg, rund um Stuttgart. Die höchsten Ergebnisse erzielten sie in Gebieten mit einem hohen Anteil an produzierendem Gewerbe, bei Arbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern, jüngeren Männern und Kirchenfernen.[58]

Bezogen auf die Ausdifferenzierung des Parteiensystems ist festzuhalten, dass mit Beginn der 1980er Jahre die Entstehung der Grünen und in den 1990er Jahren die Fragmentierung das baden-württembergischen Parteiensystems zunahm. Demgegenüber nimmt der Konzentrationsgrad von CDU und SPD tendenziell ebenso ab, wie die Mobilisierungsfähigkeit.

Wie im nachstehenden Abschnitt ausführlicher gezeigt werden wird, kommt die Niederlage der CDU also nicht aus heiterem Himmel. Sie zeichnete sich vielmehr seit Längerem ab.

---

[55] Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 115.
[56] Eith 2008, a.a.O., S. 115.
[57] Vgl. Joachim Raschke 1993, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln, S. 249ff.
[58] Vgl. Eith 2008, a.a.O., S. 117.

Erosion der CDU-Dominanz und Aufstieg der Grünen

Bei der Bundestagswahl 1983, der Wahl, mit der Helmut Kohl sich die per Misstrauensvotum errungene Kanzlerschaft betätigen ließ, erreichte die CDU in Baden-Württemberg die Stimmen von 46% der Wahlberechtigten und damit ihr bestes Ergebnis bei allen Wahlen vorher und nachher.

Bei der Landtagswahl 1992 waren es nur noch 27,2% der Wahlberechtigten (bei 29,9% Nichtwählern). Sechzehn Jahre später sank der CDU Anteil auf 23,3% bei einem Nichtwähler-Anteil von 46,6%. 2011 erreichte die CDU die Stimmen von immerhin 25,5% der Wahlberechtigten bei einem Nichtwähleranteil von 33,8%. Die Erosion der CDU geht mit einem Sinken der Wahlbeteiligung einher, gleichzeitig werden die Ausschläge zwischen Bundestags- und Landtagswahlergebnis, aber auch zwischen den Bundestagswahlen selbst größer.

Bei der Bundestagswahl 2002 – Stoiber gegen Schröder – erreichte die CDU mit 34,3% der Wahlberechtigten wieder Anteile wie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Eine Wahl später – Merkel gegen Schröder – waren es mit 30,3% weniger als 1998. Im Jahre 2009 - Steinmeier gegen Merkel – gaben nur noch 24,6% der Wahlberechtigten ihre Stimme der Union. Bei der vergangenen Bundestagswahl – Steinbrück gegen Merkel – sicherte u.a. die konservative Wähler/-innenschaft in Baden-Württemberg den bemerkenswerten Wahlerfolg der Kanzlerin ab. Immerhin 37,4% der Wahlberechtigten stimmten damals für die CDU, während die Grünen gegenüber der Bundestagswahl 2009 Stimmen abgeben mussten. Eine Trendwende war dies jedoch nicht – vielmehr wirkten bundespolitische Ereignisse auf die regionale Wähler/-innenschaft.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten erlebte Baden-Württemberg also zunächst einen schleichende Erosionsprozess der“ regierenden Partei“, nicht unähnlich dem Schicksal der CSU. Waren es zunächst, Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, die Republikaner, die am konservativen Rand der „modernen“ Späth-CDU „nagten“, so waren es später städtisch-bürgerliche Schichten, die sich von der CDU entfremdeten und sich in Richtung Grüne orientierten. Vorboten waren seit mehr als zehn Jahren auf kommunaler Ebene zu beobachten.

Gleichzeitig war die SPD aus verschiedenen Gründen keine Alternative für enttäuschte CDU-Wähler/-innen. Die SPD, das waren immer die anderen, die Roten, die aus dem anderen Lager, zu denen man nicht überläuft. Dieses Phänomen findet sich auch in anderen konservativ-ländlich geprägten Flächenländern. Zudem: Das Wechselspiel zwischen SPD und CDU hatte sich mit der Großen Koalition in den 1990er Jahren im Land erschöpft – die SPD hatte den Sprung in die Staatskanzlei nicht geschafft. Das Abbröckeln der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler seit den späten 1990er Jahren trug ein Übriges zu dieser Entwicklung bei.

Den Grünen ist es im Zuge der Regentschaft von Winfried Kretschmar endgültig gelungen, von der Anti-Partei, die sie in Baden-Württemberg nie in dem Maße, wie in anderen Bundesländern darstellten, zur konservativen Wahloption zu werden. Der christdemokratische Versuch der vergangenen Wahlperiode, durch Betonung des Konservatismus, ehemalige CDU-Wähler/-innen zurückzugewinnen, hat sich als nicht erfolgreich erwiesen. Im Gegenteil – diejenigen Anhängerinnen und Anhänger der CDU, die bereits 2011 ihre Stimme nicht für die Mappus-CDU gegeben hatten, sahen auch keine Veranlassung zur Union von Wolf zurückzukehren.

Blieb es ursprünglich dem Machttaktiker Franz Josef Strauß vorbehalten, Wertorientierung und industrielle Dynamik in der paradoxen Formulierung zusammen zu fügen: „Konservativ sei, wer an der Spitze des Fortschritts marschiere“, so kann diese Aussage phänotypisch auf den Regierungsstil von Winfried Kretschmann angewendet werden.

Solange es der Partei gelingt, dieses Spannungsverhältnis als Bindeglied zwischen eigener Stammwählerschaft und neuen Wähler/-innen-Gruppen der Union aufrecht zu erhalten, wird es der CDU schwer fallen, wieder dauerhaft den Anspruch zu erheben, stärkste Partei im Land zu sein.

1.2. Rheinland-Pfalz

Das Wahlrecht

Seit der Wahlreform 1991 besteht der nunmehr alle fünf Jahre gewählte Landtag aus mindestens **101 Abgeordneten**. Davon werden 51 Sitze in Einpersonenwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über **geschlossene Listen** vergeben.

In den Wahlkreisen sind diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die die relative Mehrheit der abgegebenen Erststimmen erzielt haben. Für die Verteilung der Gesamtmandate nach Verhältniswahlgrundsätzen werden von der Ausgangszahl von 101 Sitzen diejenigen Wahlkreissitze abgezogen, die von Kandidat/-innen errungen wurden, die keiner zugelassenen Landesliste angeschlossen sind oder deren Landesliste die Fünfprozenthürde verfehlt hat.

Diese verbleibende Sitzzahl wird auf die Parteien, die die Fünfprozenthürde überspringen konnten, - wie in Baden-Württemberg – nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Land erreichten Zweitstimmenzahlen verteilt. Erhält hiernach eine Partei, auf die mehr als die Hälfte aller zu berücksichtigenden Zweitstimmen entfallen sind, nicht auch mehr als die Hälfte der zu vergebenden Mandate, so wird dieser Partei auf Kosten der anderen Parteien ein weiterer Sitz zugeteilt.

Von den so auf die Landesliste einer Partei entfallenden Sitzen werden die in den Wahlkreisen direkt errungenen Mandate abgezogen. Die verbleibenden Sitze werden entsprechend der Reihenfolge der Bewerber/-innen auf der Landesliste vergeben. Bewerber/-innen, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt.

Gewinnt eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, verbleiben diese Sitze der Partei. Die übrigen Parteien erhalten Ausgleichsmandate.[59]

Das Parteiensystem

Auch wenn Rheinland-Pfalz anders als das Land Baden-Württemberg nicht das Ergebnis einer Länderfusion ist, sondern Produkt alliierter Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland, hatten auch die dort zusammengefügten Landesteile, bestehend aus der früheren bayerischen Provinz Pfalz und den ehemaligen preußischen Rheinprovinzen und Regierungsbezirken Rheinhessen, Montabaur, Koblenz und Trier wenig gemeinsame Anknüpfungspunkte.

In Folge dessen waren, zur Stabilisierung des gemeinsamen Landes, die Parteien in der Gründungsphase des Landes und des spezifischen landespolitischen Parteiensystems bereit, in einer Allparteienregierung von CDU bis KPD tätig zu werden. Bereits ein Jahr später, im Jahre 1948, wurde die KPD im Hinblick auf die Ost-West-Spannungen aus der Landesregierung entlassen und zwischen 1948 und 1951 regierten CDU und SPD miteinander.[60]

Wie auch in Baden-Württemberg kamen der CDU in der Gründungsphase des Parteiensystems die Vorteile der spezifischen Siedlungs- und Konfessionsstruktur des Landes zugute. *„Großstädtische Regionen mit industrieller Agglomeration und gewerkschaftlich gebundener Arbeitnehmerschaft traten seit jeher in Rheinland-Pfalz eindeutig hinter dem Anteil ländlicher Gemeinden zurück. Vor der politischen Vereinigung Deutschlands lagen mehr als 50% der Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern in Rheinland-Pfalz.“*[61]

---

[59] Vgl. http://www.wahlrecht.de/landtage/rheinland-pfalz.htm. Letzter Zugriff am 20. März 2011.
[60] Vgl. Uwe Juhn/Benjamin Höhne 2008, Das Parteiensystem in Rheinland-Pfalz, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 345f.
[61] Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 346.

LTW RP: Parteistimmen im Verhältnis zu Wahlberechtigten 1971-2011							
Jahr	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	WASG/ LINKE	Sonstige	Wahlent-haltung
2011	21,3%	21,6%	2,6%	9,3%	1,8%	5,2%	38,2%
2006	18,7%	26,0%	4,6%	2,6%	1,5%	4,9%	41,8%
2001	21,4%	27,1%	4,7%	3,2%		5,7%	37,9%
1996	26,7%	27,5%	6,2%	4,8%		5,6%	29,2%
1991	28,1%	32,5%	5,0%	4,7%		3,6%	26,1%
1987	34,2%	29,5%	5,5%	4,5%		3,2%	23,0%
1983	46,5%	35,4%	3,1%	4,0%		1,3%	9,6%
1979	40,3%	34,0%	5,1%			2,0%	18,6%
1975	43,2%	30,9%	4,5%			2,3%	19,2%
1971	39,2%	31,8%	4,7%			3,8%	20,6%
Kahrs 2016							

LTW RP: Kumulierte Gewinne und Verluste der Srtimmenanteile an Wahlberechtigten					
	1991	1996	2001	2006	2011
Gewinne	4,7%	2,9%	1,2%	1,8%	10,7%
Verluste	-8,1%	-6,4%	-9,7%	-5,5%	-7,1%
Kahrs 2016					

Insbesondere der überdurchschnittliche Katholikenanteil, der bis in die 1990er Jahre über 50% lag – wenn der Anteil auch regional zwischen einem Anteil von 25% bis zu rund 90% schwankt – ist verantwortlich für die rund vier Jahrzehnte andauernde Dominanz der Christdemokraten in Rheinland-Pfalz.

Dominierte die CDU also im dünnbesiedelten und katholischen ländlichen Raum, gelang es der SPD umso stärker zu werden, je mehr die Siedlungsdichte zu- und der Anteil der Katholiken an der Wahlbevölkerung abnahm. Dieser Anteil war jedoch in der Gesamtstruktur des Landes nicht groß genug, um der CDU die Spitzenstellung ernsthaft streitig machen zu können.[62]

Dass es der CDU gelang, in den Jahren zwischen 1967 und 1987 nicht nur ihre dominante Stellung zu behaupten, sondern hegemoniale Kraft zu entfalten, ist laut Jun/Höhne jedoch nicht nur den beschriebenen soziostrukturellen Ursachen zuzuschreiben.

In Rheinland-Pfalz wie in Baden-Württemberg gelang es der CDU, die Festigung der politischen Macht mit der Repräsentanz ausgesprochen erfolgreichen und als „Landesväter" beliebten politischem Personals – zuerst Helmut Kohl und dann Bernhard Vogel – sowie einer innerparteilichen Organisationsreform zu verbinden, die den Parteiapparat zum Instrument der Machtsicherung und funktionierenden Wahlkampfmaschine werden ließ.[63] Dadurch konnte die CDU weit über ihr bisheriges katholisch-dominiertes Klientel hinaus vermehrt in protestantische Wählermilieus vordringen.

Die Situation für die SPD wurde unter dem Ministerpräsidenten Kohl insofern noch schwerer, als der *„pragmatische Regierungsstil Kohls, der zentrale Reformen jener Jahre wie die Verwaltungs-, Schul- und Hochschulreform parteiübergreifend durchsetzte und dabei die ebenfalls überwiegend pragmatisch orientierte Sozialdemokratie des Landes mit einbezog. Kohl verstand es zudem, die Rolle des bürgernahen Landesvaters hervorragend auszufüllen,*

[62] Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., ebd.
[63] Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 347f.

(wobei) die CDU bei ihrem besten Ergebnis bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz überhaupt im Jahre 1975 von den bundespolitischen Ambitionen Kohls (‚einen von uns zum Kanzler machen')"[64] profitierte.

So sehr die CDU ihre Erfolge in den Jahren zwischen 1967 und 1987 eigenen Aktivitäten verdankte, umso sehr ist auch der Niedergang nicht nur christdemokratischer Hegemonie, sondern selbst christdemokratischer Dominanz bei den Wahlen zum Landtag und der Wechsel zu sozialdemokratischer Dominanz selbstverschuldet.

Es ist hier nicht der Raum, die seit dem Sturz Bernhard Vogels anhaltenden innerparteilichen Streitigkeiten der CDU in Rheinland-Pfalz darzustellen. Festzuhalten ist, dass in Folge der Notwendigkeit für die CDU, nach der Wahl 1987 einen Koalitionspartner finden zu müssen, diejenigen in der Landes-Union die Oberhand gewannen, die Vogel als Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten in Frage stellten und letztlich zum Rückzug zwangen. In Folge dessen erodierte die Mehrheitsfähigkeit der CDU aufgrund innerparteilicher Zerrissenheit. Bis nach der vergangenen Landtagswahl hatte sich die CDU von diesen Ereignissen der Jahre 1987/1988 nicht erholt.

Parallel zur Erosion der christdemokratischen Machtbasis vollzog die SPD unter dem Vorsitz von Rudolf Scharping ab Mitte der 1980er Jahre notwendige organisationspolitische Veränderungen, die zu einer Zentralisierung im Landesverband und der Abschaffung der Macht der bis dahin dominanten Bezirksverbände führten. Dadurch konnte die SPD wählerwirksamer und geschlossener auftreten. Rudolf Scharping entwickelte, ausgehend von der gemeinhin bürgerlich geprägten Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz, eine politische Strategie, die darauf ausgerichtet war, *„die SPD für traditionelle Wähler der CDU wie Mittelständler, Winzer, Landwirte und Handwerker zu öffnen, ohne die Parteiloyalitäten der Stammwähler zu gefährden. Er zielte darauf ab, im strukturell konservativen Rheinland-Pfalz die SPD zum einen in die Mehrheitsposition zu bringen, zum anderen diese durch koalitionspolitische Aktivitäten abzusichern, was er unter Einbezug der bürgerlichen Mittel in einer Regierungsbildung mit der FDP weitaus eher gewährleistet sah als mit den Grünen."*[65]

Diese Strategie fruchtete bei der Landtagswahl 1991 in deren Folge die SPD eine sozialliberale Koalition bildete, die sie über die Wahlen 1996 und 2001 fortsetzte. Beide Parteien verfolgten dadurch das Ziel einer langfristigen Sicherung der Position als Regierungspartei.[66]

Der geräuschlose Wechsel von Rudolf Scharping zu Kurt Beck eröffnete letzterem die Möglichkeit, sich schnell, erfolgreich und nachhaltig Ansehen als populärer Landesvater in der Zustimmungstradition von Kohl und Vogel zu erarbeiten.

Letztlich waren der Erfolg bei der Landtagswahl 2001 und die Erringung der absoluten Mehrheit 2006 für die SPD auf dem Beck-Bonus gebaut. Der kurze und erfolglose Ausflug in die Bundespolitik als SPD-Parteivorsitzender wurde ihm im Land nicht negativ ausgelegt, vielmehr unterstrich die Rückkehr in die Landespolitik sein Image der Bodenständigkeit. Dass weder dies noch der erwartbare Verlust der absoluten Mehrheit innerhalb der SPD in Rheinland-Pfalz eine Nachfolgedebatte auslöste, konnte als Beweis sozialdemokratischer Stabilität gewertet wissen.

Bei der Landtagswahl 2011 ließen die Wählerinnen und Wähler der SPD ihre Partei mit einer Zustimmungsrate von 48% gegenüber der Landesregierung bei sehr guten Zustimmungswerten für den Ministerpräsidenten wissen, dass sie der SPD einen Koalitionspartner an die Seite gestellt sehen wollten, der der Partei „auf die Finger schaut". Darin drückte sich der Wunsch nach einem „Denkzettel" für die skandalgebeutelte Landespartei aus, der zu einem kleinen Regierungswechsels beitrug.

Die Koalition arbeitete weitgehend geräuschlos und genauso leise vollzog die SPD erneut im laufenden Amt einen Wechsel des Ministerpräsidenten. In diesem Falle zu Malu Dreyer, die sich in ihrer Tätigkeit profilieren und bei extern motivierten schlechten Zwischenergebnissen

[64] Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 347.
[65] Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 349.
[66] Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 349.

im Wahlkampf ein heißes Rennen mit ihrer Gegenkandidatin Julia Klöckner lieferte. Klöckner, stellvertretende Bundesvorsitzende der Union und inzwischen lange Zeit Partei- und Fraktionsvorsitzende im Land, war es gelungen, die Partei zu einigen, Skandale abzuräumen und keine neuen Skandale in der Union zu erzeugen.

Daraus entstand die Basis für eine ernsthafte Infragestellung des Machtanspruchs der SPD, da die sozialdemokratische Dominanz im Land eine weitgehen auf die Landespolitik beschränkte Dimension hat, da kommunal und bundespolitisch die CDU ununterbrochen weiterhin dominiert.

Aus den vorgenannten Darlegungen lassen sich zusammengefasst folgende Merkmale des rheinland-pfälzischen Parteiensystems benennen:

- Die Stärke der SPD in Rheinland-Pfalz ist eine landespolitische Stärke. Dort wird ihr Kompetenz und Regierungsfähigkeit zugesprochen. Auf kommunaler wie bundespolitischer Ebene dominiert weiterhin die CDU die politischen Verhältnisse, mit zum Teil erheblichen Unterschieden zur SPD. Diese Differenz ist auch aus anderen Ländern bekannt.
- Die gemeinsame Mobilisierungsfähigkeit und der Konzentrationsgrad der beiden Großparteien, SPD und CDU geht seit Mitte der 1980er Jahre zurück. Auch die Wahlbeteiligung nimmt tendenziell ab.[67]
- Die Liberalen bilden von jeher die drittstärkste Partei im Land – den Grünen gelang es zwar zwischen 1987 und 2006 ununterbrochen im Landtag vertreten zu sein, doch mit einem durchschnittlichen Anteil von 5,6% lagen sie jeweils hinter der FDP, die einen durchschnittlichen Wähleranteil von 8,5% auf sich verbuchen konnte.[68] Das Wahlergebnis von 2011 stellte insoweit eine Ausnahme und zugleich die Ouvertüre für das Scheitern der Liberalen bei der Bundestagswahl 2013 dar. Die Landtagswahl 2016 korrigiert diesen Zustand wieder.
- Der Zustimmungsanteil für sonstige Parteien auf zuletzt rund 7% führte bislang nicht zu einer weiteren parlamentarischen Fragmentierung. Insgesamt ist in der Landesgeschichte neben den Grünen allein drei Parteien der jeweilige Einzug in das Landesparlament für eine begrenzte Zeit gelungen: Der KPD von 1947 bis 1951 (8 Mandate), der rechtsextremen Deutschen Reichspartei bei der Landtagswahl 1959 (1 Mandat) und der ebenfalls rechtsextremen NPD bei der Wahl 1967 (4 Mandate).[69]

1.3. Sachsen-Anhalt

Das Wahlrecht

Seit Beginn der 5. Wahlperiode besteht der Landtag aus mindestens **91 Abgeordneten**. Davon werden 45 Sitze in Einpersonenwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über **geschlossene Listen** vergeben.

In den Wahlkreisen sind diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die die relative Mehrheit der abgegebenen Erststimmen erzielt haben. Für die Verteilung der Gesamtmandate nach Verhältniswahlgrundsätzen werden von der Ausgangszahl von 91 Sitzen diejenigen Wahlkreissitze abgezogen, die von Kandidat/-innen errungen wurden, die keiner zugelassenen Landesliste angeschlossen sind oder deren Landesliste die Fünfprozenthürde verfehlt hat.

Diese verbleibende Sitzzahl wird auf die Parteien, die die Fünfprozenthürde überspringen konnten, nach dem Verfahren Hare/Niemeyer entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Land erreichten Zweitstimmenzahlen verteilt. Erhält hiernach eine Partei, auf die mehr als die Hälfte aller zu berücksichtigenden Zweitstimmen entfallen sind, nicht auch mehr als die

[67] Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 356.
[68] Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., ebd.
[69] Vgl. Juhn/Höhne 2008, a.a.O., S. 345.

Hälfte der zu vergebenden Mandate, so wird dieser Partei auf Kosten der anderen Parteien ein weiterer Sitz zugeteilt.

Von den so auf die Landesliste einer Partei entfallenden Sitzen werden die in den Wahlkreisen direkt errungenen Mandate abgezogen. Die verbleibenden Sitze werden entsprechend der Reihenfolge der Bewerber/-innen auf der Landesliste vergeben. Bewerber/-innen, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt.

Gewinnt eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, verbleiben diese Sitze der Partei. Die übrigen Parteien erhalten Ausgleichsmandate.[70]

Das Parteiensystem

LTW ST: Parteistimmen als Anteile an Wahlberechtigten 1990-2011								
Jahr	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS/LINKE	DVU	Sonstige	Wahlenthaltung
2011	16,2%	10,7%	1,9%	3,6%	11,8%		6,9%	48,8%
2006	15,7%	9,3%	2,9%	1,5%	10,5%	1,3%	3,2%	55,6%
2002	20,6%	11,0%	7,3%	1,1%	11,2%		5,3%	43,5%
1998	15,3%	25,0%	2,9%	2,3%	13,7%	9,0%	3,4%	28,5%
1994	18,1%	17,9%	1,9%	2,7%	10,4%		3,8%	45,2%
1990	24,6%	16,4%	8,5%	3,3%	7,6%		4,6%	34,9%
Kahrs 2016								

LTW ST: Kumulierte Gewinne und Verluste Stimmenanteile Wahlberechtigte					
	1994	1998	2002	2006	2011
Gewinne	4,3%	20,3%	11,6%	1,8%	9,0%
Verluste	-14,6%	-3,7%	-26,6%	-13,8%	-2,3%
Kahrs 2016					

Misst man das Kräfteverhältnis der Parteien anhand der bei den Landtagswahlen errungenen Ergebnisse, so lassen sich für Sachsen-Anhalt folgende Feststellungen treffen:

Bis zur Landtagswahl 2016 waren die drei parlamentarisch dominierenden Parteien CDU, SPD und LINKE, vormals PDS. Im Hinblick auf Mitgliedszahlen sowie Mandaten im Landtag und den kommunalen Mandaten bildet die CDU die stärkste Parteiorganisation in Sachsen-Anhalt. SPD und LINKE verfügen über eine einigermaßen vergleichbare organisatorische Kraft.

Gleichwohl sind bei diesen drei Parteien, wie Holtmann unter Bezugnahme auf Infratest-dimap darlegt, weder Hochburgen noch Diaspora-Gebiete klar zu erkennen. „Sachsen-Anhalt ist im Hinblick auf das Wahlverhalten eine ‚Landkarte mit wenig Konturen' (es gibt) ‚bei den einzelnen Parteien nur ein geringes regionales Gefälle, die besten und die schwächsten Wahlkreise liegen nicht sehr weit auseinander und Partei-Hochburgen sind eher die Ausnahme'."[71] Es ist Ausdruck der spezifischen Strukturschwäche Sachsen-Anhalts,

[70] Vgl. http://www.wahlrecht.de/landtage/sachsen-anhalt.htm. Letzter Zugriff am 20. März 2011.
[71] Everhard Holtmann 2007, Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 26. März 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/07, S. 58.

dass die Organisationsdichte der drei Volksparteien, gemessen an ihrer Rekrutierungsfähigkeit niedrig ist.

Die FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN bewegen sich notorisch in der Risikozone nahe der 5%-Hürde. Anders als den Grünen gelang es den Freidemokraten in den vergangenen 20 Jahren zumindest drei Wahlperioden im Landtag und davon zweimal in der Landesregierung vertreten zu sein.

Erreichte die FDP 1990 13,% reduzierte sich dieser Wert in der darauffolgenden Landtagswahl auf 3,5%, um bei der Wahl 2002 auf erneut 13,3% anzuwachsen, sich vier Jahre später jedoch bereits wieder auf 6,7% zu halbieren. Im Jahre 2011 schieden sie aus dem Landtag aus. Ein Wiedereinzug in den Landtag 2016 dürfte zur Zitterpartie werden.

Den Grünen gelang seit ihrem Ausscheiden aus dem Landtag nach dem Ende der zweiten Wahlperiode erst in Folge des Allzeit-Hochs der Partei im Jahre 2011 der erneute Einzug in den Landtag. Sie sind von allen demokratischen Parteien am schwächsten organisatorisch und kommunalpolitisch im Land verankert. Gleichwohl spricht viel dafür, dass sie – anders als die FDP auch dem künftigen Landtag angehören werden.

Nur partielle Stabilisierung des Wahlverhaltens bei der Landtagswahl 2011

Die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt haben in den vergangenen zwanzig Jahren unterschiedliche politische Konstellationen durch ihr Wahlverhalten ermöglicht und insofern „erprobt“. Bisher endete jede Landtagswahl mit einem Regierungswechsel.

1994 und 2002 kam es zu großen politischen Richtungswechseln, 1998 und 2006 fanden kleinere Wechsel statt. Gleichzeitig unterschieden die Wählerinnen und Wähler wie in anderen, vor allem ostdeutschen, Ländern zwischen der Bundespartei und den Landesparteien. Besonders deutlich wurde dies 2002, als im März die SPD nur noch 20% erhielt, ihr Ministerpräsident Höppner abgewählt und die SPD erstmals hinter der Linken landete, und dann im September bei den Bundestagswahlen die SPD mit 43,2% der Stimmen wieder deutlich stärkste Partei wurde, gleichzeitig die PDS aber auf 14,4% einbrach. Die CDU erhielt als Regierungspartei im Land bei den Bundestagswahlen nur noch 24,1%, bei den Landtagswahlen 2006 sechs Monate später aber wieder 36,2%.

Vor diesem Hintergrund erschien das Wahlergebnis 2011 als Resultat einer allmählichen Stabilisierung des Wählerverhaltens auf Landesebene.

Die Proportionen zwischen den drei großen Parteien hatten sich kaum verschoben; die Grünen kamen wieder in den Landtag, die FDP Mal nicht, die NPD konnte sich, anders als die DVU, nicht als Auffangbecken einer breiten Proteststimmung profilieren.

Die Wählerinnen und Wähler gaben bei der vergangenen Landtagswahl erstmals einer Landesregierung die Möglichkeit, weiter zu regieren. Eine Fortsetzung der „Großen“ Koalition wurde nicht als Notlösung gesehen, sondern vom Wahlvolk durchaus befürwortet. Daran hat sich auch bei der Landtagswahl im Jahr 2016 nichts geändert.

Von einer „Stabilisierung“ konnte folglich insoweit gesprochen werden, als die drei großen etablierten Parteien stabil zwischen 35% und 40% der Wahlberechtigten repräsentieren. Die politischen Veränderungen im Wahlverhalten drücken sich vor allem im Auf und Ab der kleineren Parteien aus. Diese Annahme einer sich im Wahlverhalten ausdrückenden sukzessiven „Stabilität“ korrigierte die im Vorfeld der Landtagswahl 2011 wiederholt geäußerten Vermutung, dass es einen Widerspruch gäbe, zwischen der mehrheitlichen Unzufriedenheit mit der Landesregierung und der nur gering ausgeprägten Wechselstimmung in Sachsen-Anhalt.

Das Parteiensystem in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl 2016

Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der im Landtag vertretenen Parteien in Sachsen-Anhalt ist traditionell nicht hoch ausgeprägt. Mit anderen Worten: In den Augen der Wähler/-innen sind die Probleme des strukturschwachen und durch hohe Arbeitslosigkeit

geprägten Landes so tiefgreifend, dass keiner Partei auf Landesebene tatsächlich zugetraut wird, nachhaltig zu ihrer Lösung beitragen zu können.

Dies drückt sich u.a. in den verglichen mit anderen Bundesländern stets niedrigen Zufriedenheitswerten mit der Landesregierung aus. Damit eine Wechselstimmung für einen tatsächlichen Regierungswechsel (wie 1994 und 2002) entsteht, muss das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der jeweils amtierenden Regierung jedoch eine bestimmte Grenze unterschreiten. Mit 21% Zufriedenheit mit der Landesregierung, war diese Grenze 2002 unterschritten.

Ist diese Grenze nicht unterschritten, führt dies, wenn überhaupt, zu einem kleinen Wechsel, also dem Austausch oder Verlust des jeweils kleineren Koalitionspartners (wie 1998 und 2006). Dies bedeutet: Zwar lag die Unzufriedenheit über die Landesregierung vor der Wahl höher war als die Zufriedenheit mit der Landesregierung, jedoch drückt sich darin – gemessen an den seit 1998 gemessenen Werten in Sachsen-Anhalt – kein massives Misstrauen, sondern vielmehr typisch niedriges Vertrauen aus.

Dass es im Gefolge der Landtagswahl 2016 zu einem wenigstens kleinen Regierungswechsel kommen wird, ist insoweit nicht auf eine Wechselstimmung zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Neukonfiguration des Parteiensystems in Sachsen-Anhalt, die eher als Programmabsturzes als ein geplantes Update daher kommt.

Die Landtagswahl hat im Wesentlichen drei Konsequenzen:

1. CDU, LINKE und SPD binden bei dieser Landtagswahl nicht einmal mehr die Hälfte der Wählerinnen und Wähler (47%) und nur noch 35% der Wahlberechtigten. Allein die Zahl der Nichtwähler/-innen liegt mit 37% oberhalb der drei Parteien, bezogen auf die Wahlberechtigten. Seit der Landtagswahl 2002 stritten die SPD und die PDS, die spätere DIE LINKE, über den zweiten Platz im Parteiensystem. Diese Frage stellt sich seit dieser Landtagswahl nicht mehr. Weder die eine noch die andere Partei kann diesen Anspruch erheben. Beide Parteien sind unter die 20%-Marke gefallen und haben zusammen 18,6% verloren (-11% SPD, -7,6% DIE LINKE).

2. Im Jahr 1994 startete in Sachsen-Anhalt die als „Magdeburger Modell“ in die bundesdeutsche Parteiengeschichte eingehende Tolerierung zuerst eines rot-grünen und ab 1998 rein sozialdemokratischen Minderheitenkabinetts durch die damalige PDS, die heutige LINKE. Erstmals wieder seit 2002 sind beide Parteien, diesmal selbst mit den Grünen, auch rechnerisch nicht in der Lage, eine gemeinsame Regierung zu bilden.

3. Stärker noch als durch den Einzug der DVU in den Landtag 2002 wird das Abschneiden der AfD die Landespolitik in Sachsen-Anhalt verändern. Die Partei ist mit Abstand die zweitstärkste Partei geworden. Sie wird den Vizepräsidenten des Landtages stellen, kann den Anspruch der Oppositionsführerschaft erheben und sie wird Einfluss nehmen auf wesentliche Verfassungsorgane, wie die Besetzung des Landesverfassungsgerichts, die Zusammensetzung des Rundfunkrates etc.

2. Sozioökonomische Rahmendaten

Die Wahlen finden zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Statistiker aller drei Länder jeweils auf eine positive Entwicklung bei Wirtschaft und Beschäftigung zurückblicken, die jedoch regional sehr unterschiedlich ausfällt. Die amtliche Arbeitslosenquote lag im Februar 2016 in Baden-Württemberg mit 4,0% auf dem niedrigsten Wert aller Länder. Sie schwankte zwischen 2,7% im Kreis Biberach und 7,7% in der Stadt Pforzheim. Die amtliche Unterbeschäftigungsquote wurde mit 5,9% ausgewiesen. In Rheinland-Pfalz betrug die Arbeitslosenquote 5,5% und schwankte zwischen 3,5% im Rhein-Pfalz-Kreis du 13,4% in der Stadt Pirmasens. Die Unterbeschäftigungsquote lag bei 6,9%. Sachsen-Anhalt verzeichnete mit 10,8% die höchste Arbeitslosenquote aller Länder. Die Unterbeschäftigungsquote betrug 13,5%, die höchste Arbeitslosenquote wies der Kreis Mansfeld-Südharz mit 14,2% aus, die niedrigste im Land der Kreis Börde mit 8,2%. Während man in Baden-Württemberg in den vergangenen

fünf Jahren sich eher Vollbeschäftigungsverhältnissen angenähert hat, hat in Sachsen-Anhalt die positive wirtschaftliche Entwicklung nicht zu einem Arbeitslosigkeitsniveau geführt, welches unterhalb desjenigen von Baden-Württemberg zu Krisenhochzeiten liegt.

Die Bruttowertschöpfung lag in Deutschland im Jahr 2014 um 37% über dem Niveau des Jahres 2000. In Baden-Württemberg lag sie um 41,6% höher, in Rheinland-Pfalz um 35,1% und in Sachsen-Anhalt nur um 30,3%. Bis zum Jahr 2008 lag Sachsen-Anhaltmit einem Plus von 19,2% noch vor Rheinland-Pfalz. Der Kriseneinbruch 2008/09 bzw. die deutsche exportorientierte Krisenbewältigungsstrategie führte danach zu einem Anstieg 2009 bis 2014 in Baden-Württemberg von 23,9%, in Rheinland-Pfalz von 17,9% und in Sachsen-Anhalt von nur 14,7%. Der Anteil Baden-Württembergs an der bundesdeutschen Wertschöpfung stieg von 2000 bis 2014 von 14,6% auf 15,1, während der Anteil von Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt jeweils leicht sank, auf 4,4% und 1,9%. Hinter diesen Verschiebungen verbirgt sich einerseits eine Halbierung im Baugewerbe Sachsen-Anhalts in den vergangenen zehn Jahren, während der Rückgang in den beiden anderen Ländern etwa ein Fünftel betrug; andererseits brach der Aufschwung der verarbeitenden Industrie in Sachsen-Anhalt mit dem Krisenjahr 2009 ab: Bis 2008 war die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe gegenüber 2000 um 62,7% gestiegen, in Baden-Württemberg nur um 21,9% und in Rheinland-Pfalz um 12,2%. 2014 sie in Sachsenhalt nur um 5,4 Prozentpunkte höher als 2009, in Rheinland-Pfalz um 13,2 Punkte und in Baden-Württemberg um 21,4 Prozentpunkte. Hinter jeweils positiven wirtschaftlichen Eckdaten verbergen sich wachsende regionale Unterschiede. Im Sport würde man sagen: Baden-Württemberg baut seinen Spitzenplatz aus, Rheinland-Pfalz sinkt leicht ins untere Mittelfeld ab und der Abstand Sachsen-Anhalts zu den Relegationsplätzen vergrößert sich.

Verbessert hat sich die relative Position Sachsen-Anhalts beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe. Es stieg von 2000 bis 2014 um 46,4%, in den beiden anderen Ländern nur um 34,9%. Während dieses Arbeitnehmerentgelt in Rheinland-Pfalz in 2000 wie n 2014 bei 83,2% desjenigen in Baden-Württemberg lag, stieg das Niveau in Sachsen-Anhalt von 54,8% auf 59,4% des südwestdeutschen. Die Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf aller Arbeitnehmer stiegen in Sachsen-Anhalt mit 32,9% gegenüber 2000 ebenfalls stärker als in Baden-Württemberg (25,9%) und Rheinland-Pfalz (23,2%). Während gemessen an Baden-Württemberg das Niveau von Rheinland-Pfalz von 91,7% auf 89,7% sank, stieg dasjenige von Sachsen-Anhalt von 71,9% auf 75,9% des Niveaus von Baden-Württemberg.

Wie schlagen sich diese Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder) im sozialen Leben nieder? Die Zahl der Arbeitnehmer erreichte 2005 in Sachsen-Anhalt 895.000 einen historischen Tiefstand, seitdem ist zwischenzeitlich auf 934.000 in 2010 gestiegen, sinkt aber seitdem wieder (letzte Angabe 2014: 918.000). Gemessen am Jahr 2000 (=100) lag sie damit bei 93,2 Punkten während sie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf 109,6 bzw. 109,4 gestiegen war. Die Zahl der Erwerbstätigen sank in Sachsen-Anhalt gegenüber 2000 „nur“ auf 94,1 Punkte, weil die Zahl der Selbstständigen um gut 5% höher lag. Deren Zahl war indes in den ersten Jahren der Hartz-Reformen, 2005-2007 allerdings bereits um bis zu 22% gegenüber 2000 gestiegen.

Gegenüber dem Krisenjahr 2009 stieg die Arbeitnehmerzahl in Baden-Württemberg bis 2014 um 6,2% und in Rheinland-Pfalz um 4,5%, während sie in Sachsen-Anhalt um 1,3% sank. Allerdings baute sich im gleichen Zeitraum die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in diesem Land um 3% auf, der Rückgang betraf also vor allem nichtsozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer. Indessen stieg im gleichen Zeitraum die sozialversicherungspflichtige in Baden-Württemberg um 12,5% und in Rheinland-Pfalz um 11,1%.

Die geleisteten Arbeitsstunden (Jahresarbeitsvolumen) aller Erwerbstätigen – Arbeitnehmer und Selbstständige – lagen in Deutschland 2014 um 1,9% höher als im Jahr 2000. Für die drei Bundesländer verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. In den beiden westlichen Bundesländern lag das Arbeitsvolumen um 4,6% (Baden-Württemberg) bzw. 2,8% (Rheinland-Pfalz) höher. In Sachsen-Anhalt hingegen sank das Arbeitsvolumen um 14,5%. Auch nach dem Einbruch 2009 blieb diese gegensätzliche Entwicklung erhalten: Anstieg gegen-

über 2009 bis 2014 in Baden-Württemberg um 6,4% und in Rheinland-Pfalz um 3,1%, Schrumpfung in Sachsen-Anhalt um 2,5%. Gleichfalls umgekehrt verlief die Entwicklung, wenn bei den Erwerbstätigen zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen differenziert wird. In beiden südwestdeutschen Ländern stieg das von Arbeitnehmern geleistete Arbeitsvolumen deutlich stärker als das der Selbstständigen, in Sachsen-Anhalt „verloren" die Arbeitnehmer mehr Arbeitsstunden als die Selbstständigen.

In allen drei Bundesländern sank das Jahresarbeitsstundenvolumen je Arbeitnehmer in den zurückliegenden Jahren (letzte Daten für 2014). In Baden-Württemberg betrug der Rückgang gegenüber 2000 2,6 Prozent, in Rheinland-Pfalz 3,8% und in Sachsen-Anhalt 8,1%.

Anders als in den beiden anderen Ländern setzte sich in Sachsen-Anhalt in den zurückliegenden zehn Jahren der Bevölkerungsrückgang fort. Die Einwohnerzahl sank um rund 8,5%, zuletzt allerdings nicht mehr so stark. Die Zahl der unter 18jährigen stieg zuletzt leicht an. Gleichwohl bleibt in weiten Teilen Sachsen-Anhalts die Alterung der Bevölkerung und das „Schrumpfen" in all seinen Formen und mit all seinen Folgen eine prägende Alltagserfahrung.

Die Landtagswahlen, so lässt sich zusammenfassen, finden in keiner wirtschaftlichen Krisensituation statt. Vor allem in den beiden westdeutschen Ländern deuten die Rahmendaten daraufhin, dass im Alltagsleben während der gesamten Legislaturperiode weit überwiegend eine positive wirtschaftliche Entwicklung (Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, Einkommen) erfahren werden konnten. Eine gewisse Entprekarisierung könnte wahrgenommen worden sein, etwa durch den Rückgang marginaler, nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und aus der Not der Arbeitslosigkeit entstandener Selbstständigkeit. Massive und verbreitete soziale Aufstiegserfahrungen blieben während der gesamten zurückliegenden Legislaturperiode aus. Gleichzeitig blieben soziale und regionale Ungleichheiten bestehen, teilweise wuchsen sie weiter. In Sachsen-Anhalt dürften positive Wahrnehmungen nur sehr gedämpft möglich gewesen sein, wenn die Erwerbstätigkeit eher rückläufig ist bzw. stagniert und die Arbeitslosigkeit mit zuletzt immer noch über 10% hoch und im Alltag präsent bleibt. Massive Einbrüche blieben jedoch aus, eher legen die Rahmendaten eine Verfestigung der Schrumpfungserfahrungen und der Blockade von sozialen Aufstiegshoffnungen nahe. Inwieweit die regional unterschiedliche Entwicklung in den drei Ländern wechselseitig wahrgenommen und im Alltagsbewusstsein verarbeitet wurde, muss dahin gestellt bleiben, doch spricht die sozialwissenschaftliche Erkenntnis dafür, dass eher die Vergleiche innerhalb des regionalen Erlebnis- und Erfahrungsraum, in den Nachbarschaften prägen.

Insgesamt liefern die Indikatoren keine Hinweise, dass auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Rahmendaten große Einschnitte und Brüche im Verhalten der Wählerinnen und Wähler zu erwarten seien. Wenn sie dennoch eintreten, steht eine „gefühlte" Gewissheit der gesellschaftspolitischen Debatte zur Disposition. Gemeinhin galt in Deutschland ja, dass erst ökonomische Krisen und tiefe wirtschaftliche Einbrüche zur Radikalisierung von Einstellungen und Wahlverhalten bei betroffenen Bevölkerungsschichten, zum Aufstieg populistischer Kräfte führen würden. Diese aus der Geschichte der Weimarer Republik hergeleitete Annahme muss angesichts des gegenwärtigen Aufstiegs des Populismus revidiert werden. Wachsender volkswirtschaftlicher Reichtum und Wohlstand bei abnehmender Arbeitslosigkeit hemmen den Aufstieg (rechts-)populistischer Kräfte nicht (mehr). Wenn das „Rheingold"-Institut im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 vom „bedrohten Paradies" sprach, als das die Mehrheit der Deutschen das Land sah, so muss mittlerweile bei Teilen der Bevölkerung von einer erhöhten Bereitschaft zur aggressiven Verteidigung des „bedrohten Paradieses", einer guten Gegenwart gegen eine offene Zukunft, ausgegangen werden. Bisher liegen keine belastbaren empirischen Erkenntnisse darüber vor, welche Rolle die anhaltende Niedrigzinspolitik für diese Gefühlslage spielt. Niedrige Zinsen bedrohen zum Beispiel Spar- und Altersvorsorgepläne und schaffen so womöglich eine anhaltende Verunsicherung, die ein Klima der Besorgnis, der Nervosität und „unsichtbaren" Bedrohung nährt.[72]

[72] Vgl. Horst Kahrs: Bemerkungen zur „Zeitenwende",5.1.2016, S. 3-5; http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2016/02/2016-01-07-Ka-Bemerkungen-Wende.pdf